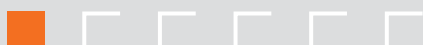




Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2007



Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF

Mai 2007

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	35
Analysen und Berichte	39
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007	41
Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	47
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2007	61
Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen: Ein international anerkanntes Finanzmarktprodukt für Deutschland	65
Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2006 der EU-Mitgliedstaaten	69
Statistiken und Dokumentationen	81
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	107
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

nach den jüngsten Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 2007 gegenüber der Steuerschätzung vom November 2006 voraussichtlich um 20,2 Mrd. € höher ausfallen. Ursächlich hierfür ist vor allem die erfreuliche Entwicklung der Einkommen-, der Körperschaft- und der Gewerbesteuer. Auch werden kräftige Zugewinne der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz erwartet. Mittelfristig werden für die Jahre 2007 bis 2010 Steuermehreinnahmen in Höhe von 179,2 Mrd. € gegenüber den Ergebnissen der Steuerschätzungen von Mai und November 2006 prognostiziert.

Dieses sehr erfreuliche Ergebnis wird gestützt von den ersten Kassenergebnissen im laufenden Jahr. Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern stiegen im 1. Quartal 2007 um 15,4 % ggü. dem Vorjahrswert. Hier ist eine dynamische Entwicklung der Veranlagungssteuern zu beobachten. Grund ist die Überlagerung zweier Entwicklungen: Der kräftige wirtschaftliche Aufschwung und die Mehrwertsteuererhöhung.

Im Bundeshaushalt zeigt sich in den ersten vier Monaten 2007 ein deutlicher Steuerzuwachs, gleichzeitig verläuft die Ausgabenentwicklung insgesamt planmäßig. Der Finanzierungssaldo reduziert sich demzufolge gegenüber dem Vorjahr deutlich, liegt aber aktuell mit 21,6 Mrd. € immer noch auf hohem Niveau.

Die Bundesregierung wird deshalb ihre erfolgreiche wirtschafts- und finanzpolitische Leitlinie beibehalten: Es bleibt gerade in Zeiten guter konjunktureller Entwicklung und entsprechend hoher Steuereinnahmen wichtig, den Konsolidierungskurs nicht zu verlassen. Angesichts einer Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte von fast 1500 Mrd. € müssen wir – schon im Interesse zukünftiger Generationen –



mittelfristig dahin kommen, nicht beständig weitere Schulden aufzunehmen, sondern den Abbau der Verschuldung anzugehen.

Die Politik der „doppelten Tonlage“ aus struktureller Konsolidierung und gleichzeitiger Stärkung der Wachstumspotenziale hat sich auch mit Blick auf die in Europa eingegangenen Verpflichtungen als richtig erwiesen. Deutschland wird voraussichtlich auf dem Juni-ECOFIN aus dem Defizitverfahren entlassen, nachdem die EU-Kommission in ihrer Frühjahrsprognose für das Jahr 2007 ein nominales Staatsdefizit von nur noch 0,6 % des BIP erwartet. Der Überblick über die aktuellen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten zeigt: Der wirtschaftliche Aufschwung hat selbstverständlich positive Auswirkungen auf die Haushaltslage, aber der Abbau der Defizite wird in den meisten Ländern auch von Konsolidierungsanstrengungen der Regierungen unterstützt.

Zur weiteren Steigerung der Attraktivität des Standorts Deutschland werden zukünftig deutsche Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (REITs) als ein international anerkanntes Finanzmarktprodukt für Deutschland entstehen. Hierdurch eröffnen sich neue Chancen für Investitionen in die deutsche Immobilienwirtschaft. Unternehmen haben nun die Möglichkeit, ihren Immobilienbesitz in REITs einzubringen und so ihre Liquidität im Bedarfsfall zu erhöhen. Durch das REIT-Gesetz wird Wettbewerbsgleichheit mit anderen europäischen Finanz- und Immobilienstandorten

erzielt. Die Nichteinbeziehung von Bestandswohnmobilien in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes trägt dabei zugleich der besonderen städtebaulichen und sozialen Bedeutung dieser Immobilien Rechnung.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	35

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich April mit 96,3 Mrd. € um 3,5 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 3,8 %). Größter Posten der Mehrausgaben ist die im Zusammenhang mit

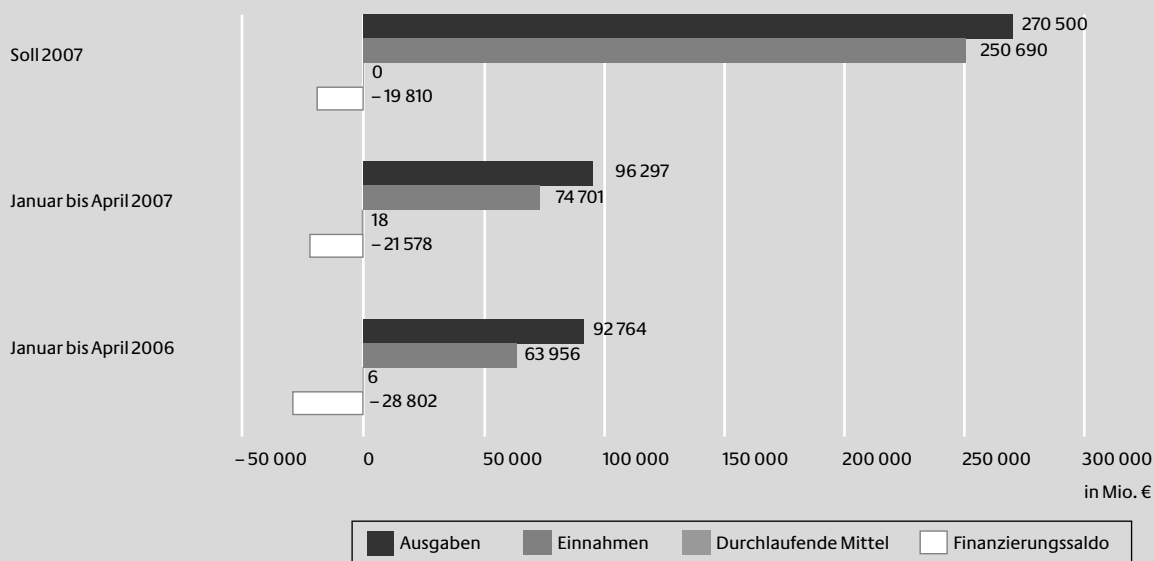
der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes seit diesem Jahr eingeführte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2007	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis April 2007
Ausgaben (Mrd. €)	270,5	96,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	3,8
Einnahmen (Mrd. €)	250,7	74,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,7	16,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	220,5	65,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	8,2	21,1
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 19,8	- 21,6
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 18,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 19,6	- 3,2

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 74,7 Mrd. € um 10,7 Mrd. € (+ 16,8 %). Die Steuereinnahmen stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum

um 21,1 %. Hier wirkten sich in erster Linie wie bereits in den vergangenen Monaten Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz, bei der Einkommensteuer sowie bei den Verbrauchs-

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis April 2007		Ist-Entwicklung Januar bis April 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	16 141	16,8	15 817	17,1	2,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	1 985	2,1	1 760	1,9	12,8
Verteidigung	27 795	28 222	9 171	9,5	8 857	9,5	3,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	2 601	2,7	2 685	2,9	- 3,1
Finanzverwaltung	3 151	3 383	921	1,0	914	1,0	0,8
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	3 637	3,8	3 303	3,6	10,1
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	695	0	0,0	245	0,3	-100,0
BAföG	1 072	1 130	477	0,5	466	0,5	2,4
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	1 632	1,7	1 792	1,9	- 8,9
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	138 007	50 322	52,3	48 844	52,7	3,0
Sozialversicherung	74 431	75 745	30 479	31,7	30 033	32,4	1,5
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	2 156	2,2	0	0,0	X
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	11 906	12,4	12 820	13,8	- 7,1
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	7 989	8,3	9 206	9,9	- 13,2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	1 456	1,5	1 308	1,4	11,3
Wohngeld	956	1 000	188	0,2	203	0,2	- 7,4
Erziehungsgeld	2 801	1 940	874	0,9	938	1,0	- 6,8
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	975	1,0	1 004	1,1	- 2,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	220	0,2	244	0,3	- 9,8
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	518	0,5	430	0,5	20,5
Wohnungswesen	1 002	1 446	451	0,5	373	0,4	20,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	2 418	2,5	2 322	2,5	4,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	167	0,2	154	0,2	8,4
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 698	1,8	1 582	1,7	7,3
Gewährleistungen	794	1 150	135	0,1	146	0,2	- 7,5
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	2 810	2,9	2 143	2,3	31,1
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	1 023	1,1	1 045	1,1	- 2,1
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	10 177	2 315	2,4	2 011	2,2	15,1
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	1 507	1,6	1 527	1,6	- 1,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	725	0,8	387	0,4	87,3
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	17 916	18,6	17 651	19,0	1,5
Zinsausgaben	37 469	39 278	17 609	18,3	17 405	18,8	1,2
Ausgaben zusammen	261 046	270 500	96 297	100,0	92 764	100,0	3,8

steuern aus. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 9,7 Mrd. € um 0,6 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis (– 5,6 %). Dies ist jedoch mit positiven Einmaleffekten im Vorjahr begründet.

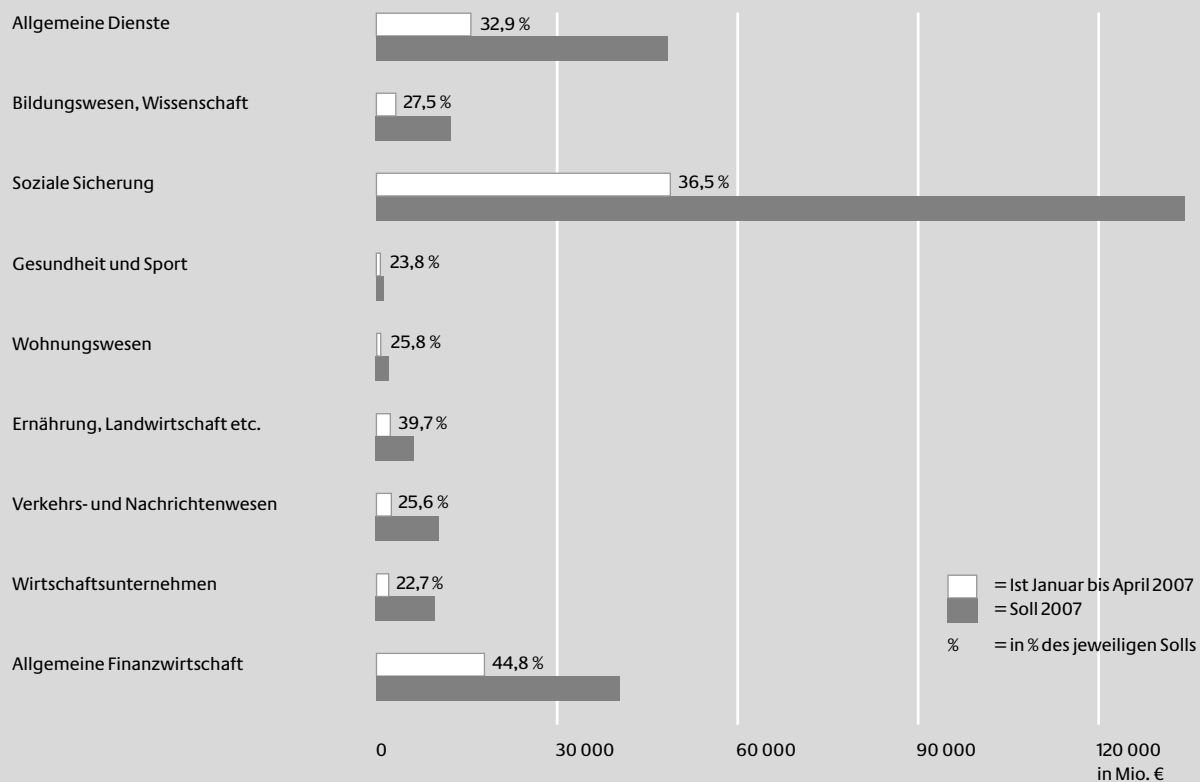
Der derzeitige Finanzierungssaldo fällt gegenüber dem Vorjahr deutlich geringer aus, liegt aber mit 21,6 Mrd. € immer noch auf hohem

Niveau. In Anbetracht der sich gemäß der aktuellen Steuerschätzung abzeichnenden Steuermehreinnahmen und der derzeitigen Ausgabenentwicklung ist davon auszugehen, dass die im Haushaltsplan 2007 vorgesehene Ermächtigung zur Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € unterschritten wird.

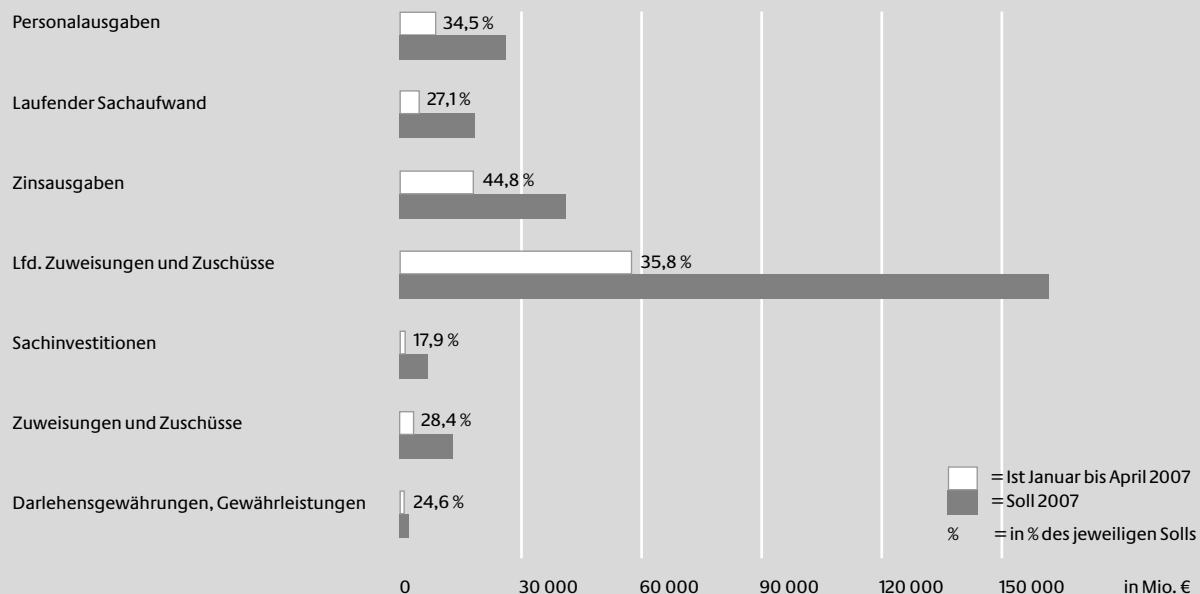
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis April 2007		Ist-Entwicklung Januar bis April 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
Konsumtive Ausgaben	238 330	247 040	90 000	93,5	87 779	94,6	2,5
Personalausgaben	26 110	26 204	9 034	9,4	9 081	9,8	– 0,5
Aktivbezüge	19 730	19 761	6 648	6,9	6 695	7,2	– 0,7
Versorgung	6 380	6 443	2 386	2,5	2 385	2,6	0,0
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	5 073	5,3	4 894	5,3	3,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	307	0,3	397	0,4	– 22,7
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	2 282	2,4	2 159	2,3	5,7
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	2 484	2,6	2 338	2,5	6,2
Zinsausgaben	37 469	39 278	17 609	18,3	17 405	18,8	1,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	58 130	60,4	56 240	60,6	3,4
an Verwaltungen	13 937	14 770	4 292	4,5	4 176	4,5	2,8
an andere Bereiche	142 079	147 697	54 001	56,1	52 062	56,1	3,7
darunter:							
Unternehmen	14 275	18 002	5 331	5,5	4 732	5,1	12,7
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	10 047	10,4	11 314	12,2	– 11,2
Sozialversicherungen	91 707	97 633	37 251	38,7	34 768	37,5	7,1
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	153	0,2	159	0,2	– 3,8
Investive Ausgaben	22 715	23 957	6 297	6,5	4 984	5,4	26,3
Finanzierungshilfen	15 603	17 096	5 069	5,3	3 841	4,1	32,0
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	13 674	3 888	4,0	2 779	3,0	39,9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	683	0,7	617	0,7	10,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	497	0,5	446	0,5	11,4
Sachinvestitionen	7 112	6 860	1 229	1,3	1 144	1,2	7,4
Baumaßnahmen	5 634	5 326	958	1,0	831	0,9	15,3
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	199	0,2	191	0,2	4,2
Grunderwerb	536	505	71	0,1	122	0,1	– 41,8
Globalansätze	0	– 496	0		0		
Ausgaben insgesamt	261 046	270 500	96 297	100,0	92 764	100,0	3,8

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis April 2007



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis April 2007



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis April 2007		Ist-Entwicklung Januar bis April 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	203 903	220 530	64 958	87,0	53 634	83,9	21,1
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	175 627	54 190	72,5	44 571	69,7	21,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	81 766	23 924	32,0	19 493	30,5	22,7
davon:							
Lohnsteuer	52 122	53 890	15 979	21,4	14 515	22,7	10,1
veranlagte Einkommensteuer	7 466	8 266	599	0,8	– 968	– 1,5	X
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	5 952	5 580	2 338	3,1	1 754	2,7	33,3
Zinsabschlag	3 359	3 610	2 196	2,9	1 594	2,5	37,8
Körperschaftsteuer	11 449	10 420	2 811	3,8	2 599	4,1	8,2
Steuern vom Umsatz	77 732	92 347	30 076	40,3	24 854	38,9	21,0
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 514	190	0,3	223	0,3	– 14,8
Energiesteuer	39 916	40 521	7 366	9,9	7 640	11,9	– 3,6
Tabaksteuer	14 387	14 100	4 135	5,5	4 062	6,4	1,8
Solidaritätszuschlag	11 277	11 479	3 768	5,0	3 315	5,2	13,7
Versicherungsteuer	8 775	10 620	5 110	6,8	4 304	6,7	18,7
Stromsteuer	6 273	6 500	2 256	3,0	1 992	3,1	13,3
Branntweinabgaben	2 166	1 976	562	0,8	556	0,9	1,1
Kaffeesteuer	973	980	404	0,5	287	0,4	40,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14 689	– 14 632	– 3 706	– 5,0	– 3 701	– 5,8	0,1
BNE-Eigenmittel der EU	– 14 586	– 16 450	– 5 418	– 7,3	– 5 781	– 9,0	– 6,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 3 677	– 3 900	– 1 598	– 2,1	– 1 355	– 2,1	17,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	– 7 053	– 6 710	– 2 237	– 3,0	– 2 386	– 3,7	– 6,2
II. Sonstige Einnahmen	28 903	30 160	9 743	13,0	10 322	16,1	– 5,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	3 559	4,8	2 913	4,6	22,2
Zinseinnahmen	885	465	197	0,3	146	0,2	34,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	11 167	1 621	2,2	2 599	4,1	– 37,6
Einnahmen zusammen	232 806	250 690	74 701	100,0	63 956	100,0	16,8

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im April 2007 um + 15,3 % über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Die in den beiden Vormonaten zu beobachtende Dynamik hat sich nur leicht abgeschwächt. Der stärkste Anstieg war mit + 20,1 % bei den gemeinschaftlichen Steuern zu verzeichnen. Die Bundessteuern waren mit – 0,6 % leicht rückläufig, während die Ländersteuern sich um + 10,2 % verbesserten.

In der kumulierten Betrachtung, d.h. im 1. Jahresdrittel zusammengekommen und gemessen am gleichen Zeitraum des Vorjahres, legten die Steuereinnahmen wie im April selbst um + 15,3 % zu. Einem unterdurchschnittlichen Ergebnis im Januar standen überdurchschnittliche Zuwächse im Februar und März dieses Jahres gegenüber.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen das April-Ergebnis des Vorjahres um + 16,1%. Kumuliert ergibt sich für den Bund derzeit eine Zuwachsrate von + 20,7%.¹

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer übertrafen im April 2007 das Vorjahresergebnis um + 8,9 %. Seit Anfang des Jahres schon treffen hier die

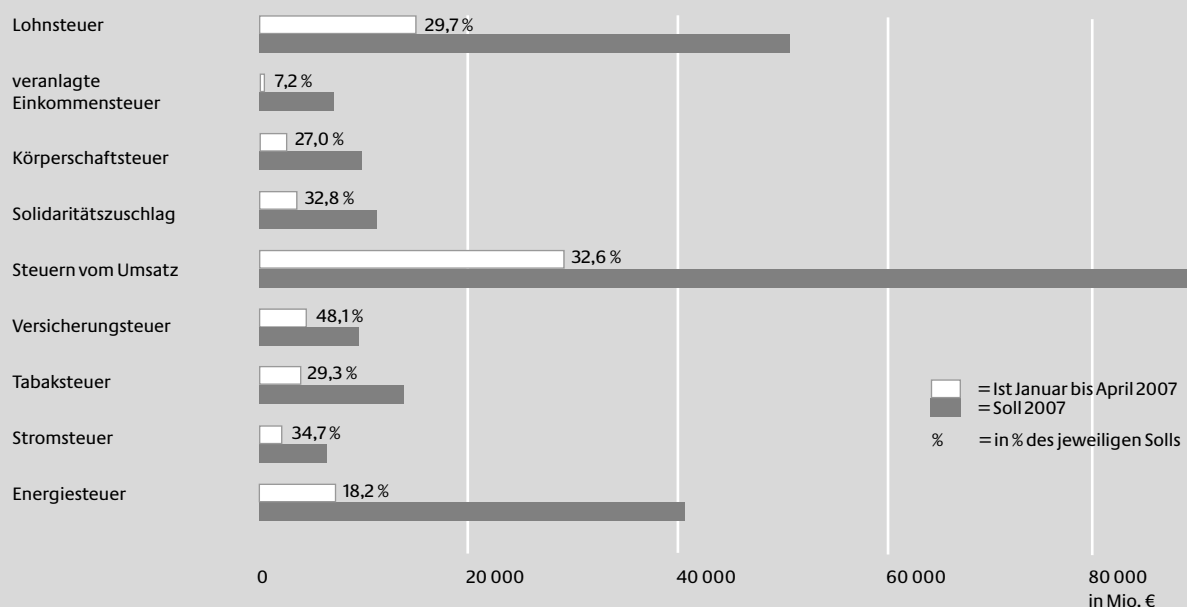
Impulse aus der allgemeinen konjunkturellen Belebung, die sich auch auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erstreckt, mit den Einflüssen einer ungewöhnlich günstigen Witterung, die sich vor allem in der Bauwirtschaft positiv bemerkbar macht, zusammen. In den nächsten Monaten – und mit dem Wegfall der witterungsbedingten Ursachen für die positive Entwicklung – wird es allerdings schwerer fallen, die hohen Vorjahresabstände aufrechtzuerhalten.

Bei der veranlagten Einkommensteuer war beim Kassenaufkommen ebenfalls ein ganz erheblicher Zuwachs (+ 775 Mio. €) zu verzeichnen. Dafür hat die anhaltend gute Gewinnsituation die entscheidende Rolle gespielt. Geringere Auszahlungen von Eigenheimzulagen (– 70 Mio. €) und Investitionszulagen (– 15 Mio. €) glichen sich mit erhöhten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (+ 55 Mio. €) in ihrer Wirkung auf das Steueraufkommen nahezu aus.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen um rd. 150 Mio. € über dem im Vorjahr erzielten Ergebnis. Die unter anderem durch das Auslaufen des Moratoriums für die Auszahlung von Steuerguthaben (Altkapitalregelung) bedingten Minderungen des Aufkommens werden durch Nachzahlungen für weiter zurückliegende Veranlagungszeiträume und durch Mehreinnahmen

¹ Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn 1, S. 18).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis April 2007



aufgrund angepasster Vorauszahlungen inzwischen offenbar überkompensiert.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurden deutliche Einbußen in den beiden Vormonaten jetzt durch ein starkes Plus (+ 50,3 %) abgelöst. Ein heftiges Auf und Ab kann sich wegen möglicher Verschiebungen in den Terminen für die Ausschüttung von Dividenden hier immer wieder ergeben.

Noch stärker als bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag war nur der Anstieg beim Zinsabschlag (+ 74,1 %). Dafür maßgeblich war die positive Entwicklung in einem aufkommensstarken Bundesland. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die weitere Entwicklung die gleiche Dynamik aufweisen wird.

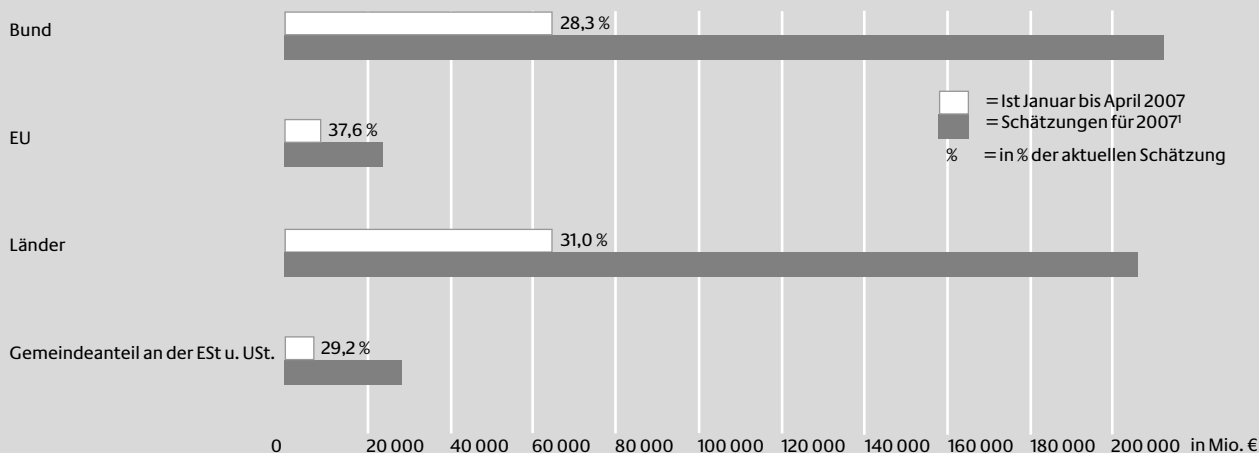
Die Steuern vom Umsatz legten um + 17,0 % zu. Damit blieb das April-Ergebnis hinter den im Februar und März verzeichneten Zuwachsraten zurück. Eine Erklärung dafür ist, dass sich in den Zahlungseingängen neben den isolierten Effekten der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes nun auch der Wegfall von Umsätzen zu Beginn des Jahres 2007 (in Reaktion auf entsprechende Vorzieheffekte gegen Ende 2006) bemerkbar zu machen beginnt. Positive wie negative Umsatzverlagerungen schlagen sich wegen der Möglichkeit der Dauerfristverlängerung bei der (Binnen-)Umsatzsteuer erst mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa zwei Monaten im Steueraufkommen nieder. Für sich genommen ergab sich bei der Umsatzsteuer ein Anstieg von + 16,6 %, bei der Einfuhrumsatzsteuer von + 18,1 %.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern lag um – 0,6 % unter dem Ergebnis des Vorjahres, veränderte sich in der Summe also nur wenig. Dahinter stehen bei den einzelnen Steuern aber durchaus unterschiedliche Entwicklungen. Die Einnahmen aus der Versicherungsteuer erhöhten sich in einer vor dem Hintergrund der Steuersatzanhebung zu erwartenden Größenordnung (+ 18,3 %), der Zuwachs beim Solidaritätszuschlag (+ 19,3 %) spiegelt die positive Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen wider.

Im Falle der Energiesteuer war im April verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Rückgang um – 10,6 % zu beobachten. Darin macht sich vor allem beim Erdgas die durch Rechtsänderung bewirkte gleichmäßigere Verteilung der Steuerzahlung auf die einzelnen Monate des Jahres bemerkbar. Daneben könnten die milde Witterung und gut gefüllte Tanks bei den Verbrauchern dafür gesorgt haben, dass es zu einer schwachen mengenmäßigen Nachfrage und zu einem Minus auch bei der Steuer auf Heizöl kam.

Bei der Tabaksteuer (– 4,4 %) und bei der Branntweinsteuer (– 6,4 %) haben die in den ersten Monaten des Jahres erkennbaren Vorzieheffekte, die ihrerseits Folge gesetzlicher Neuregelungen bei den Fristen und Modalitäten für einzelne Verbrauchsteuern waren, zu dem erwarteten Rückschlag geführt. Bei der Stromsteuer (+ 21,9 %) ergab sich hingegen ein kräftiges Plus.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis April 2007



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2007).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2007	April	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis April	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 434	8,9	40 899	8,5	131 350	7,1
veranlagte Einkommensteuer	582	X	1 410	X	22 150	26,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 903	50,3	4 677	33,0	12 590	5,8
Zinsabschlag	799	74,1	4 991	37,7	9 240	21,1
Körperschaftsteuer	188	X	5 622	7,7	23 600	3,1
Steuern vom Umsatz	13 002	17,0	55 039	17,1	172 600	17,7
Gewerbesteuerumlage	594	4,7	690	– 8,9	3 694	– 3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	549	5,2	606	– 6,0	2 970	– 6,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	28 050	20,1	113 935	18,5	378 194	12,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	2 826	– 10,6	7 366	– 3,6	40 000	0,2
Tabaksteuer	1 220	– 4,4	4 135	1,8	14 500	0,8
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	145	– 6,4	561	1,2	1 970	– 8,8
Versicherungsteuer	606	18,3	5 110	18,7	10 480	19,4
Stromsteuer	609	21,9	2 256	13,3	6 450	2,8
Solidaritätszuschlag	820	19,3	3 768	13,7	12 100	7,3
übrige Bundessteuern	124	25,8	530	26,4	1 482	4,0
Bundessteuern insgesamt	6 350	– 0,6	23 727	6,5	86 982	3,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	336	7,6	1 486	9,2	4 066	8,1
Grunderwerbsteuer	542	23,4	2 369	11,8	6 330	3,3
Kraftfahrzeugsteuer	750	6,7	3 386	– 1,0	8 800	– 1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	133	– 1,4	549	– 8,5	1 695	– 4,5
Biersteuer	55	– 5,6	223	– 1,9	773	– 0,8
sonstige Ländersteuern	26	5,6	182	– 9,6	343	– 1,8
Ländersteuern insgesamt	1 842	10,2	8 196	3,3	22 007	1,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	351	6,6	1 313	5,5	4 200	8,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	241	22,1	1 598	18,0	3 900	6,1
BNE-Eigenmittel	1 045	8,6	5 418	– 6,3	14 050	– 3,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 637	10,0	8 330	– 0,6	22 150	0,0
Bund³	16 700	16,1	65 266	20,7	230 528	13,0
Länder³	16 248	14,6	65 526	12,2	211 110	8,3
EU	1 637	10,0	8 330	– 0,6	22 150	0,0
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 009	18,6	8 049	19,8	27 596	10,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	36 594	15,3	147 171	15,3	491 384	10,1

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007.

Bei den reinen Ländersteuern stieg das Aufkommen insgesamt um + 10,2 %. Bei der Grunderwerbsteuer setzte sich der anhaltende Aufwärtstrend mit einem Zuwachs im zweistelligen Bereich (+ 23,4 %) fort. Offenbar bringt die gute konjunkturelle Entwicklung eine Vielzahl von Grunderwerben aus dem Bestand mit sich.

Positiv waren die Veränderungsraten auch bei der Erbschaftsteuer (+ 7,6 %) und bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 6,7 %). Bei der Biersteuer (– 5,6 %) wie bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 1,4 %) gingen die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr dagegen zurück.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im April weiter gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende März bei 4,04 % lag, notierte Ende April bei 4,20 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 3,92 % Ende März auf 4,02 % Ende April. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 8. März 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 14. März liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,75 %, der Zinssatz für

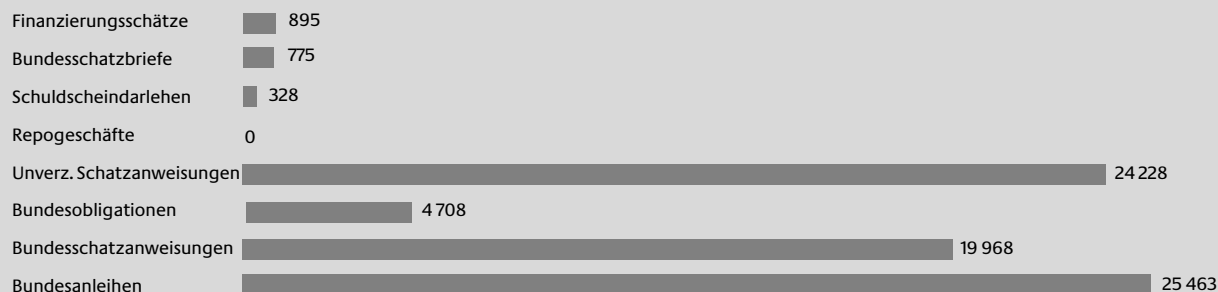
die Einlagefazilität bei 2,75 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,75 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im April weiter zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 6 917 auf 7 409 Punkte, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 von 4 181 auf 4 392 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

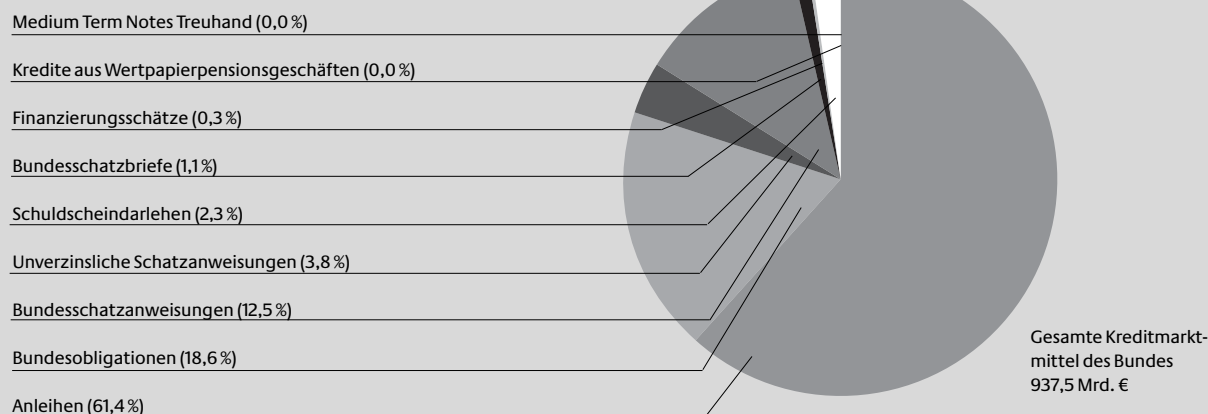
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im März auf 10,9 % (nach 10,0 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für

Kreditaufnahme des Bundes bis April 2007 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.

Kreditmarktmittel des Bundes per 30. April 2007



den Zeitraum Januar bis März 2007 stieg auf 10,3 %, verglichen mit 9,9 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich auf 10,8 % und war damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Die nach wie vor kräftige Ausweitung der Geldmenge und der Kreditvergabe spiegelt das über einen längeren Zeitraum niedrige Zinsniveau sowie die konjunkturelle Belebung im Euroraum wider. In Deutschland sank die vorgenannte Kreditwachstumsrate leicht von 2,8 % im Februar auf 2,7 % im März.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich April 76,4 Mrd. €. Davon wurden 70,5 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde erstmals im Tenderverfahren eine Aufstockung der 1,5%igen inflationsindexierten Anleihe des Bundes – ISIN DE0001030500 WKN 101 050 – um 2 Mrd. € auf 11 Mrd. € vorgenommen. Die Anleihe wird am 15. April 2016 fällig. Ferner erfolgte die übrige Kreditaufnahme durch Marktpflegeoperationen, Schuldscheindarlehen sowie Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 30. April 2007 um 0,3 % auf 937,5 Mrd. € reduziert.

Der Bund beabsichtigt, im 2. Quartal 2007 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2007“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 49 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätsslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 2. Quartal 2007 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	–
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	13,0	13,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,2	0,4	0,1	0,7
Finanzierungsschätze	0,2	0,3	0,2	0,7
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,4	0,0	0,2	0,5
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	6,6	6,6	19,4	32,6

Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	2,6	0,1	1,3	4,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2007 auf rund 32,6 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und

seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2007 auf rund 4,1 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2007

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137172 WKN 113 717	Aufstockung	18. April 2007	2 Jahre fällig 13. März 2009 Zinslaufbeginn: 13. März 2007 erster Zinstermin: 13. März 2008	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141505 WKN 114 150	Aufstockung	2. Mai 2007	5 Jahre fällig 13. April 2012 Zinslaufbeginn: 30. März 2007 erster Zinstermin: 13. April 2008	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135333 WKN 113 533	Neuemission	23. Mai 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137180 WKN 113 718	Neuemission	13. Juni 2007	2 Jahre fällig 12. Juni 2009 Zinslaufbeginn: 12. Juni 2007 erster Zinstermin: 12. Juni 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141505 WKN 114 150	Aufstockung	20. Juni 2007	5 Jahre fällig 13. April 2012 Zinslaufbeginn: 30. März 2007 erster Zinstermin: 13. April 2008	ca. 5 Mrd. €
2. Quartal 2007 insgesamt				ca. 31 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115038 WKN 111 503	Neuemission	16. April 2007	6 Monate fällig 17. Oktober 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115046 WKN 111 504	Neuemission	14. Mai 2007	6 Monate fällig 14. November 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115053 WKN 111 505	Neuemission	11. Juni 2007	6 Monate fällig 12. Dezember 2007	ca. 6 Mrd. €
2. Quartal 2007 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der wirtschaftliche Aufschwung setzte sich im 1. Quartal – trotz Umsatzsteuersatzanhebung – mit nur leicht verlangsamter Dynamik fort.
- Wachstumsimpulse kamen aus dem Inland, vor allem von den Investitionen. Private Konsumausgaben bremsten das Wachstum dagegen deutlich.
- Der Beschäftigungsaufbau gewinnt nach Regionen und Branchen an Breite.

Die deutsche Wirtschaft ist mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um preis-, saison- und kalenderbereinigt 0,5 % im 1. Quartal gegenüber dem Vorquartal gut in dieses Jahr gestartet. Nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes kamen die Wachstumsimpulse aus dem Inland. Insbesondere die Investitionen haben positiv zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beigetragen, während der private Konsum, belastet durch die Umsatzsteuersatzerhöhung, das Wachstum gebremst hat. Der Außenbeitrag dürfte rein rechnerisch dämpfend gewirkt haben.

Insgesamt hat die Umsatzsteueranhebung die wirtschaftlichen Aktivitäten weit weniger belastet als ursprünglich erwartet: Die Inlandsnachfrage ist weiterhin intakt, die Produktion, Umsätze sowie Auftragseingänge in der Industrie sind aufwärts gerichtet, die Stimmung der Unternehmen hat sich kräftig verbessert, und auch die Konsumenten scheinen wieder Vertrauen in die Wirtschaftskraft Deutschlands zu fassen. Angesichts des voranschreitenden Beschäftigungsaufbaus und der damit einhergehenden Einkommensverbesserungen wird mit einem Anstieg der Privaten Konsumausgaben im Verlauf des Jahres gerechnet. Dies und die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sprechen dafür, dass ein sich selbst tragender Wachstumsprozess im Gange ist. Die Ergebnisse des 1. Quartals passen in das Konjunkturbild der Bundesregierung, die in ihrer Frühjahrsprognose von einem Anstieg des realen Bruttoin-

landsprodukts von 2,3 % im Jahr 2007 ausgeht. Auch die Steuereinnahmen dürften sich – gemäß den Berechnungen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ – in diesem Jahr um 20,2 Mrd. € besser entwickeln als noch im November angenommen. Ursächlich hierfür sind vor allem die erfreuliche Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern, aber auch die kräftigen Zugewinne der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz.

Die Detailergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal werden zwar erst nach Redaktionsschluss – am 24. Mai 2007 – bekannt gegeben. Die vorhandenen Konjunkturindikatoren lassen aber bereits Entwicklungstendenzen der einzelnen Nachfrageaggregate erkennen:

So verlor die Ausfuhrdynamik im 1. Quartal etwas an Zugkraft (Warenexporte nominal saisonbereinigt – 0,4 % gegenüber dem Vorquartal). Der entsprechende Vorjahresstand des Werts der Warenausfuhr wurde aber um 11,1 % übertroffen. Dabei war der Exportzuwachs in den Euroraum und den Nicht-Euroraum der EU überdurchschnittlich stark (+ 16,7 % bzw. + 11,8 %). Ausfuhren in Drittländer (+ 7,1 %) entwickelten sich dagegen weniger dynamisch. Der Rückgang der Exporte im 1. Quartal ist vor dem Hintergrund des starken Vorquartals zu sehen. Die Ausfuhren sind in der Tendenz seit Ende vergangenen Jahres seitwärts gerichtet, wenngleich auf ausgesprochen hohem Niveau. Die deutliche Aufwärtstendenz der Aufträge aus dem Ausland insbesondere im Investitionsgüterbereich deutet auf eine positive Entwicklung der Exporte in den nächsten

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3. Q.06	4.Q.06	1.Q.07	3. Q.06	4.Q.06	1.Q.07
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 188	+ 2,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,3
jeweilige Preise	2 309	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,9	+ 5,6
Einkommen¹								
Volkseinkommen	1 730	+ 3,3	+ 1,3	+ 1,1	.	+ 3,3	+ 4,5	.
Arbeitnehmerentgelte	1 145	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,1	.	+ 2,0	+ 2,0	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	585	+ 7,3	+ 3,4	+ 3,0	.	+ 5,8	+ 10,7	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 486	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,5	.	+ 1,3	+ 2,1	.
Bruttolöhne und -gehälter	925	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 2,0	+ 2,0	.
Sparen der privaten Haushalte	159	+ 1,4	- 1,8	- 0,5	.	+ 0,7	- 0,5	.
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2006 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Feb 07	Mär 07	Drei- monats- durch- schnitt	Feb 07	Mär 07	Drei- monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	+ 9,2	+ 6,1	.	+ 4,3	+ 23,1	.	+ 24,4
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	894	+ 13,7	+ 1,8	- 1,4	- 0,4	+ 11,0	+ 9,3	+ 11,1
Waren-Importe	731	+ 16,5	+ 4,1	- 3,0	+ 1,8	+ 11,0	+ 4,6	+ 8,2
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)²	109,8	+ 5,9	+ 0,4	- 0,1	+ 1,7	+ 7,0	+ 7,7	+ 7,3
Industrie ³	113,1	+ 6,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,3	+ 8,1	+ 8,6	+ 8,3
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,5	+ 1,0	- 6,5	+ 3,7	+ 18,9	+ 22,2	+ 20,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe²								
Industrie (Index 2000 = 100) ³	114,3	+ 7,2	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,9	+ 7,7	+ 10,6	+ 9,2
Inland	102,5	+ 4,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 6,5	+ 8,7	+ 7,4
Ausland	133,3	+ 10,2	- 0,4	+ 3,0	+ 4,5	+ 9,2	+ 13,2	+ 11,5
Auftragseingang (Index 2000 = 100)²								
Industrie ³	119,0	+ 9,5	+ 4,3	+ 2,4	+ 3,9	+ 9,9	+ 13,8	+ 10,2
Inland	105,5	+ 7,4	+ 1,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 8,7	+ 11,9	+ 9,5
Ausland	135,8	+ 11,6	+ 7,5	+ 2,1	+ 5,1	+ 11,1	+ 15,7	+ 10,8
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	- 7,4	.	+ 3,7	+ 3,4	.	+ 1,9
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)⁴								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	103,7	+ 1,7	+ 2,2	+ 0,9	- 7,6	- 3,4	- 2,2	- 3,5
Großhandel (ohne Kfz.)	109,8	+ 3,2	- 0,8	+ 2,0	- 0,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,6
Arbeitsmarkt	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Feb 07	Mär 07	Apr 07	Feb 07	Mär 07	Apr 07
Erwerbstätige, Inland	39,09	+ 0,7	+ 46	+ 52	.	+ 579	+ 601	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 75	- 52	- 9	- 826	- 869	- 824
Preisindizes	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
2000 = 100			Vorperiode			Vorjahr		
			Feb 07	Mär 07	Apr 07	Feb 07	Mär 07	Apr 07
Importpreise	106,7	+ 5,2	+ 0,5	+ 0,6	.	+ 0,8	+ 0,9	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	116,8	+ 5,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,6
Verbraucherpreise	110,1	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Sep 06	Okt 06	Nov 06	Dez 06	Jan 07	Feb 07	Mär 07	Apr 07
Klima	+ 9,1	+ 9,9	+ 12,8	+ 16,5	+ 14,9	+ 13,1	+ 14,6	+ 16,4
Geschäftslage	+ 18,4	+ 19,4	+ 23,4	+ 26,1	+ 21,1	+ 18,8	+ 20,5	+ 21,9
Geschäftserwartungen	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,8	+ 7,4	+ 8,9	+ 7,6	+ 8,8	+ 11,0

¹ Rechenstand: 22. Februar 2007. ² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ³ Ohne Energie. ⁴ Änderung des Berichts-firmenkreises 2007 und 2006; aber: Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Monaten hin. Diese wird auch durch die robuste Weltkonjunktur und die weiterhin hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen getragen. Jedoch dürfte die Dynamik in diesem Jahr nicht so stark wie im Jahr 2006 ausfallen. Zwar sind die Exporterwartungen der Unternehmen im April für die nächsten sechs Monate gestiegen, sie liegen aber unter dem Durchschnittswert des vergangenen Jahres. Dies könnte auch daran liegen, dass Risiken in einer weiteren Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, einem Anstieg des Ölpreises oder einer stärker als angenommenen Wachstumsabschwächung in den USA gesehen werden. Dem Rückgang der Ausfuhren steht ein Anstieg der Importe gegenüber; zusammengekommen dürfte damit in der Verlaufsbeurteilung vom Außenhandel kein positiver Wachstumsimpuls ausgegangen sein. So legten die Warenimporte in jeweiligen Preisen im 1. Quartal saisonbereinigt um 1,8 % gegenüber dem Vorquartal zu. Der Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau belief sich auf 8,2 %.

Der Anstieg der Einfuhren dürfte vor allem auf eine stärkere Inlandsnachfrage zurückzuführen sein. So hat sich die aufwärts gerichtete Entwicklung von Produktion und Inlandsauftragseingängen in der Industrie im 1. Vierteljahr 2007 beschleunigt fortgesetzt: Die Industrieproduktion nahm im 1. Quartal spürbar zu (saisonbereinigt + 2,3 % gegenüber dem Vorquartal, nach + 1,5 % im 4. Quartal). Die Herstellung von Investitions- (+ 3,7 %) und Vorleistungsgütern (+ 2,7 %) trug deutlich dazu bei, während die Produktion von Konsumgütern (– 1,3 %) zurückging. Der Industrieumsatz legte im 1. Vierteljahr ebenfalls kräftig zu (+ 2,9 %), im Ausland (+ 4,5 %) deutlich stärker als im Inland (+ 1,6 %). Der Umsatz im Inland verzeichnete bei allen Gütergruppen, Vorleistungs-, Konsum- und Investitionsgütern (+ 3,0 %, + 1,0 % und + 0,6 %), ein deutliches Plus. Die Auftragsbücher der Industrie waren im 1. Quartal prall gefüllt: Es kam zu einem spürbaren Anstieg der Bestellungen (+ 3,9 %), der im Ausland (+ 5,1 %) stärker als im Inland (+ 2,8 %) war. Dabei dürfte die Auslandsnachfrage die wichtigste Triebfeder der einheimischen Industrie bleiben, wenngleich auch die Inlandsnachfrage immer mehr an Kraft gewinnt. Die sehr dynamische Entwicklung der Inlandsaufträge

lässt für Investitionsgüter (+ 4,9 %) eine weitere Expansion der Ausrüstungsinvestitionen erwarten, die sich angesichts der hohen Kapazitätsauslastung vermehrt in Erweiterungsinvestitionen widerspiegeln dürften.

Die Baubranche unterlag zwar im März starken Produktionseinbußen (saisonbereinigt – 6,5 % gegenüber dem Vormonat). Dies dürfte größtenteils eine Reaktion auf die witterungsbedingte Überzeichnung der Bauproduktion zum Jahresanfang (mildes Winterwetter) gewesen sein. Darüber hinaus könnten sich hierin auch Effekte der Umsatzsteuersatzanhebung zeigen. Insgesamt hat sich die seit dem 2. Quartal vergangenen Jahres anhaltende Aufwärtstendenz in der Bauproduktion aber auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres fortgesetzt (saisonbereinigt + 3,7 % gegenüber der Vorperiode).

Vor dem Hintergrund der Umsatzsteuersatzanhebung sind vom privaten Konsum negative Impulse auf das Wirtschaftswachstum im 1. Quartal ausgegangen. Dafür hatte bereits der starke Rückgang der realen Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen) von Januar bis März um durchschnittlich 7,6 % gegenüber der entsprechenden Vorperiode gesprochen. Die Umsatzzunahmen im Februar und März konnten nur einen Teil des vorangegangenen Umsatzeinbruchs (Januar – 12,4 % gegenüber Dezember) kompensieren.

Vorlaufende Indikatoren deuten jedoch auf eine Erholung des privaten Konsums im weiteren Jahresverlauf hin. So zeigt die Entwicklung des GfK-Konsumklimaindex eine zunehmende Aufhellungstendenz der Verbraucherstimmung (nach Stagnation im April wird ein Anstieg im Mai erwartet): Die Konsumenten haben ein immer größeres Vertrauen in die Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs. Sie verbinden damit die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und einen weiteren deutlichen Stellenaufbau. Zusammen mit höheren Lohnabschlüssen einhergehende Einkommensverbesserungen in diesem Jahr dürften so die Einkommenserwartungen nach oben geschraubt worden sein. Dies und der – trotz Umsatzsteuersatzanhebung – bisher moderate Verbraucherpreisanstieg könnten die Verbraucher im Verlauf dieses Jahres wieder zum Kauf von mehr langlebigen Konsumgütern bewegen. Dafür spricht auch der kräftige Anstieg

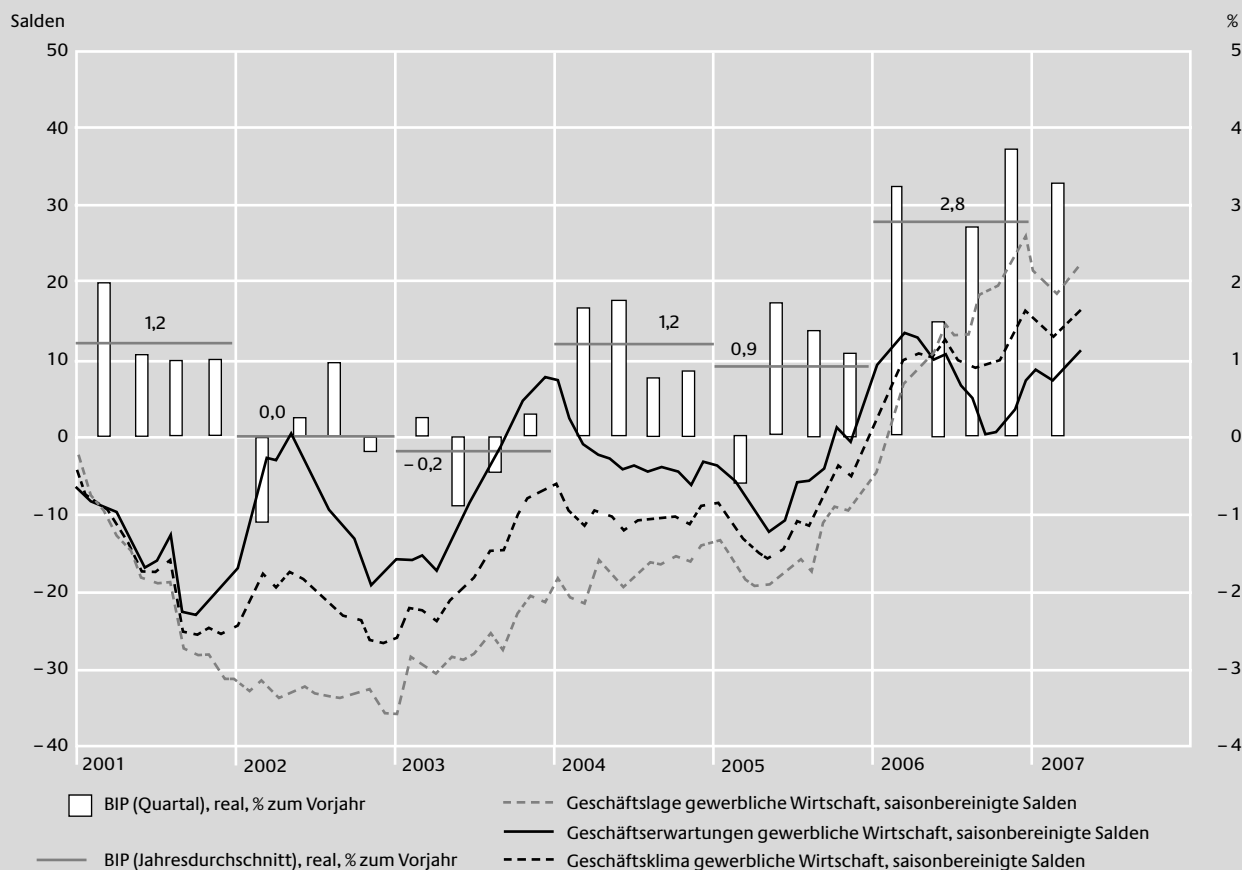
des ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel. Zusammen mit der Stimmungsverbesserung der Unternehmen signalisiert dies eine Fortsetzung des Aufschwungs in Deutschland auf breiter Basis: So ist der ifo-Geschäftsklimaindex in der gewerblichen Wirtschaft im April zum zweiten Mal in Folge angestiegen und erreichte damit fast das Allzeithoch vom Dezember 2006.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die positive Entwicklung angesichts des nahezu unverändert starken konjunkturellen Aufschwungs bis in den April fortgesetzt. So verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im April im Vergleich zum Vormonat um 9000 Personen. Nach Ursprungszahlen waren im April 3,97 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 824000 weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept nahm im März saisonbereinigt um 52000 Personen gegenüber dem Vormonat zu und erreichte mit insgesamt 39,50 Mio. den höchsten Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung. Die sozialversicherungs-

pflichtige Beschäftigung ist im Februar gegenüber dem Vormonat weiter angestiegen (nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt ca. + 56000). Das Vorjahresniveau wurde deutlich überschritten (ca. + 650000). Ein Zuwachs wurde in allen Bundesländern verzeichnet (Ostdeutschland + 3,4 % und Westdeutschland + 2,3 %). Auch in fast allen Branchen gab es einen Beschäftigungsaufbau. Der Anstieg bei unternehmensnahen Dienstleistungen und im Baugewerbe war außerordentlich kräftig, aber auch im Verarbeitenden Gewerbe gab es mehr Beschäftigung als vor einem Jahr. Mittlerweile entfällt deutlich mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen. Zusammengenommen könnte dies darauf hindeuten, dass es sich hierbei um eine grundlegende Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt handelt.

Die Preisentwicklung in Deutschland verläuft trotz der Umsatzsteuersatzanhebung in ruhigen Bahnen. Der Verbraucherpreisindex ist im April

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,4 % gegenüber dem Vormonat angestiegen. Wesentlichen Anteil am Preisanstieg im Vorjahresvergleich haben höhere Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+ 2,6 %). Auch die Preise für Haushaltsenergie legten weiter zu (Strom: + 6,3 %, Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme: + 4,3 %, Gas: + 4,0 %). Die Einführung von Studiengebühren in fünf Bundesländern führte zu einem Preisanstieg im Bildungswesen (28,5 %). Allein dadurch erhöhte sich die Jahresteuersatzrate um 0,2 Prozentpunkte. Die Verbilligungen von leichtem Heizöl (– 8,5 %) sowie von Unterhaltungselektronik (– 8,7 %) und EDV-Geräten (– 12,4 %) wirkten dagegen dem Preisanstieg entgegen.

Auf den Ebenen der Import- und Erzeugerpreise dämpften rückläufige Energiepreise die Jahresteuersatzung. So ist der Importpreisindex im März um 0,9 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,6 % gegenüber dem Vormonat angestiegen. Die

anhaltende Verteuerung der Nicht-Eisen-Metalle und von deren Halbzeug (+ 21,7 %) ist nach wie vor die wesentliche Ursache für den Anstieg der Einfuhrpreise im Vorjahresvergleich. Dagegen wurden rohes Erdöl um 7,9 % und Mineralölerzeugnisse um 7,1 % billiger. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse betrug die Jahresteuersatzrate im März 1,9 %.

Der Erzeugerpreisindex lag im April um 1,6 % höher als vor einem Jahr und um 0,1 % über seinem Vormonatsniveau. Die Jahresteuersatzung war damit so gering wie seit Juni 2004 nicht mehr. Hauptpreistreiber gegenüber dem Vorjahr war eine Reihe von Vorleistungsgütern (+ 5,3 %), insbesondere Preise für Metalle und Metallerzeugnisse und Holz und Holzwaren, während die Preise für Energie gegenüber dem Vorjahr abnahmen (– 1,9 %). Ohne Berücksichtigung von Energie sind die Erzeugerpreise um 2,9 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

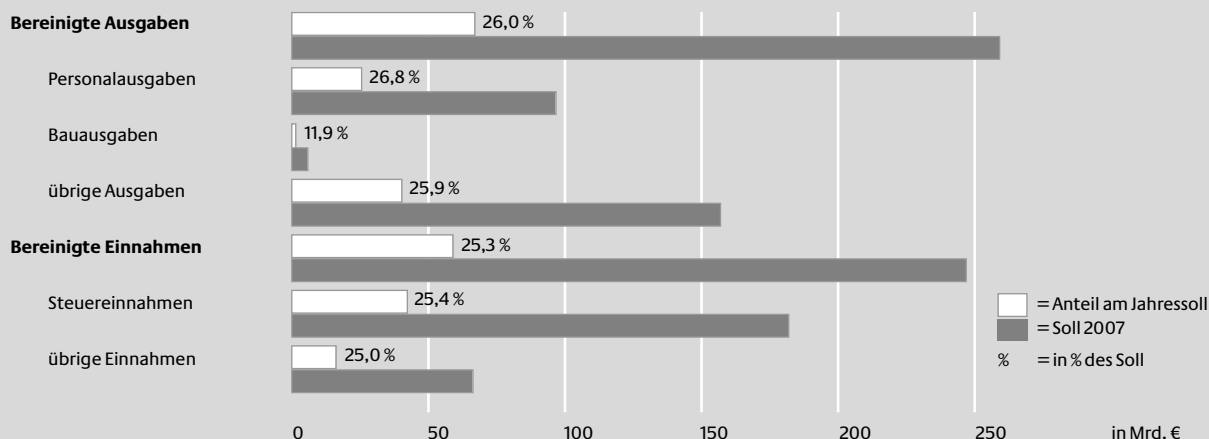
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2007

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich März 2007 vor.

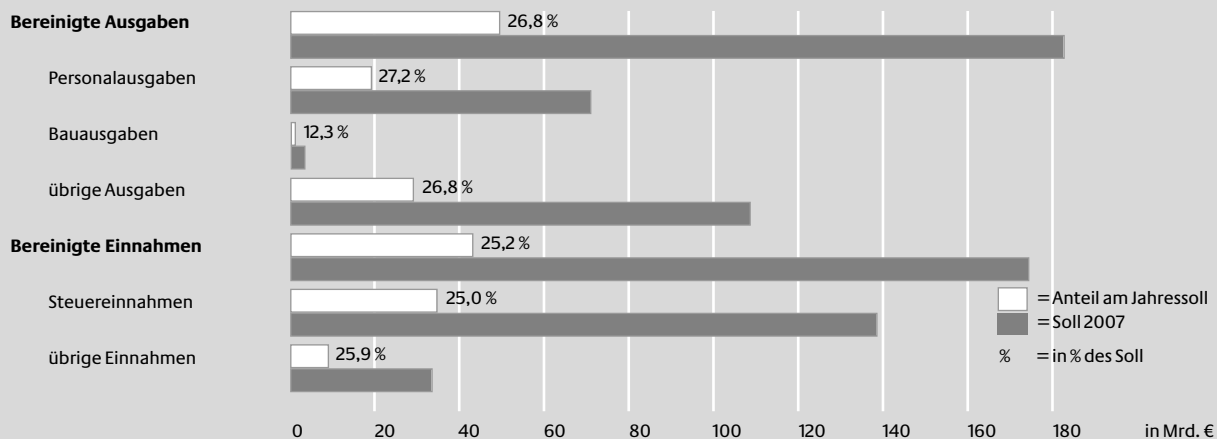
Die Haushaltsentwicklung in den ersten Monaten eines Jahres besitzt erfahrungsgemäß

nur eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellung zu den Haushaltsplanungen (siehe S. 107 ff.) haben daher lediglich informativen Charakter.

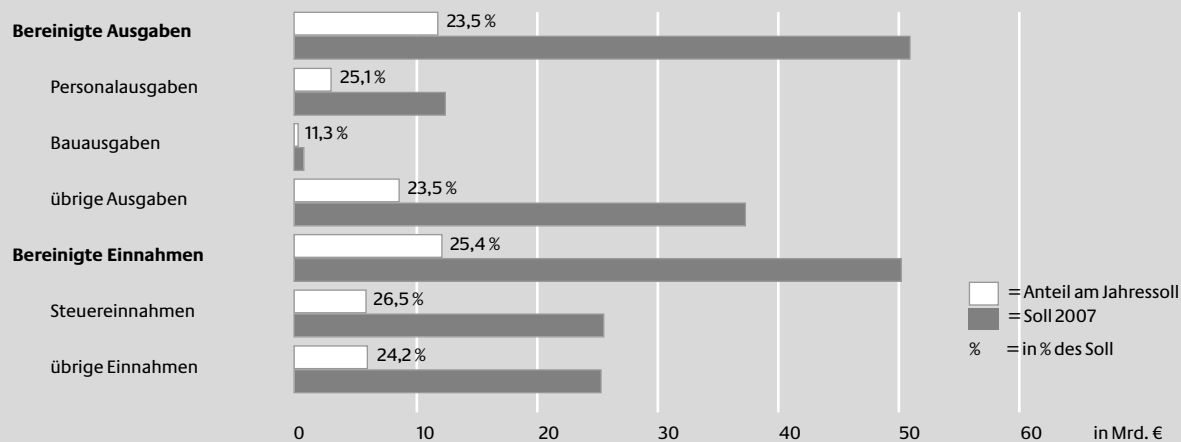
Länder insgesamt



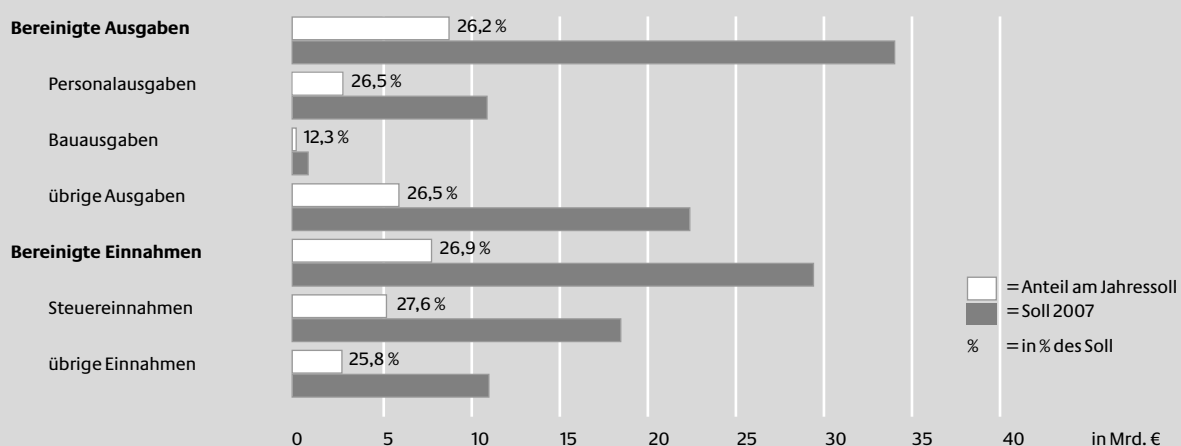
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf das informelle ECOFIN-Ministertreffen am 20./ 21. April 2007 in Berlin

Die Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten und die Gouverneure der Zentralbanken kamen am 20. und 21. April 2007 in Berlin zu einem informellen Treffen zusammen. Unter Vorsitz des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück, tauschten sie sich über verschiedene Aspekte zukunftsfähiger öffentlicher Finanzen, über das Reverse-Charge-Verfahren als Instrument zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs sowie über Fragen der Finanzmärkte aus.

Qualität der öffentlichen Finanzen: Vorbemerkung

Im ersten Themenschwerpunkt diskutierten die Teilnehmer, wie die öffentlichen Finanzen angesichts der Herausforderungen von Globalisierung und demografischem Wandel zukunftsorientiert ausgestaltet werden können. Insbesondere erörterten sie Überlegungen

- zum Bau „sozialer Brücken“ für mehr Beschäftigungsfähigkeit und soziale Teilhabe, die mit tragfähigen öffentlichen Finanzen in Einklang stehen,
- zur Verbesserung der Effizienz öffentlicher Ausgaben und
- zur Sicherung wachstumsfördernder, stabiler und zukunftsfester Einnahmen.

Aus den Diskussionen können erste, vorläufige Ergebnisse festgehalten werden:

Soziale Brücken: Verbesserung von Beschäftigungsfähigkeit und sozialer Teilhabe

Die Minister betonten in der Diskussion, die durch ein Impulsreferat seitens des Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft, Prof. Dennis Snower, eingeführt wurde, die Notwendigkeit, die sozioökonomischen Herausforderungen aus der demografischen Entwicklung und dem Strukturwandel anzunehmen. Sie unterstrichen, dass nur eine Politik erfolgreich sein könne, wel-

che die Verbesserung der individuellen Flexibilität mit sozialer Sicherheit verbinde. Um den Menschen die Vorteile der Globalisierung in vollem Umfang zu eröffnen, müssen sie insbesondere die Fertigkeiten zur Bewältigung des modernen Arbeitslebens erwerben können. Zu diesem Zweck gelte es, verstärkt „soziale Brücken“ für bessere Beschäftigungsfähigkeit, höhere Erwerbsbeteiligung und soziale Integration zu bauen. Investitionen in das Humanvermögen über den gesamten Lebenszyklus sind ein Schlüsselement dieses Ansatzes.

Soziale Brücken: Synergien zwischen effektiven sozialen Brücken und finanzpolitischen Zielen

Mit dem Konzept der „sozialen Brücken“ durch gesteigertes Humanvermögen lassen sich Strukturwandel und tragfähige öffentliche Finanzen besonders gut verzahnen. Durch eine bessere Qualifizierung der Erwerbstätigen werden die Beschäftigungsfähigkeit und die soziale Teilhabe erhöht. Die verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt bedeutet finanzpolitisch gewissermaßen eine „doppelte Dividende“: Die Einnahmehasis wird verbreitert und die Sozialausgaben können sinken. Um Effizienz, Effektivität und faire Lastenverteilung zu erreichen, müssen Synergien zwischen den verschiedenen politischen Maßnahmen umfassend genutzt und die Verantwortung von Einzelpersonen, Unternehmen und der Politik gemeinsam getragen werden. Die Minister betonten angesichts begrenzter öffentlicher Ressourcen ihr fundamentales Interesse an effektiven und effizienten Maßnahmen zur Stärkung des Humanvermögens und an einem intensiveren Austausch länderspezifischer Erfahrungen aus finanzpolitischer Perspektive.

Effizienz und Effektivität der öffentlichen

Ausgaben: Zentrale politische Herausforderung für EU-Finanzminister

Die Steigerung der Effizienz öffentlicher Ausgaben stellt eine der wichtigsten Herausforderungen für die Mitgliedstaaten der EU dar. Angesichts der Größe des öffentlichen Sektors in Europa sehen die Minister die dringende Notwendigkeit, das öffentliche Handeln zu optimieren und bessere Ergebnisse mit begrenzten öffentlichen Mitteln zu erreichen. Eine effiziente Verwendung von Haushaltsmitteln trägt zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt bei und erleichtert den Mitgliedstaaten, die Herausforderungen der Globalisierung und der Bevölkerungsalterung zu meistern. Die Finanzpolitik kann damit auch einen Beitrag dazu leisten, dass berechtigten Forderungen der Bürger nach mehr Transparenz und einer besseren Qualität des Regierens besser entsprochen wird.

Effizienz und Effektivität der öffentlichen



Ausgaben: Verschiedene Ansatzpunkte für mehr Effizienz und Effektivität öffentlichen Handelns

Effizienzvergleiche in wichtigen Aufgabenbereichen legen erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten offen. In vielen Fällen lassen sich bessere Ergebnisse erzielen. Vor diesem Hintergrund waren sich die Minister einig, dass sich Effizienzreserven sowohl im Bereich der öffentlichen Hand selbst als auch in der Arbeitsteilung zwischen öffentlicher und privater Leistungserbringung erzielen lassen. Dies kann erreicht werden durch Stärkung der Anreize für effizientes Verwaltungshandeln, durch Modernisierung von Managementmethoden oder durch dezentralere Leistungserbringung. Öffentliche Dienstleistungen müssen sich sowohl im Vergleich mit anderen Verwaltungen beweisen (Benchmarking) als auch im Wettbewerb mit privaten Dienstleistern bewähren. Die Mitgliedstaaten haben verschiedene Lösungsstrategien zur Verbesserung der Ausgabeneffi-

zienz entwickelt, deren Maßnahmen von Reformen in einzelnen Aufgabenbereichen bis hin zu bereichsübergreifenden Veränderungen bestehender Regeln, Institutionen und Budgetverfahren reichen.

Effizienz und Effektivität der öffentlichen Ausgaben: Stärkere Ergebnisorientierung der öffentlichen Haushalte und bessere Nutzung ergebnisbezogener Daten

Die öffentlichen Haushalte sollten auf der Grundlage ihrer Ergebnisse und nicht nur nach der Höhe der Ausgaben bewertet werden. Die Minister sahen die Verwendung ergebnisbezogener Daten im Haushaltsverfahren als wichtiges Instrument der Entscheidungsfindung, um den Fokus von den Ausgaben hin zu den tatsächlichen Erfolgen zu verlagern. Die Erfahrungen der Mitgliedstaaten zeigen aber auch, dass ergebnisbezogene Daten nicht ohne Weiteres die Wirksamkeit öffentlicher Maßnahmen erhöhen. Um als Instrumente zur effektiven Haushaltssteuerung geeignet zu sein, müssen sie unter anderem den Kriterien der Einfachheit und Klarheit, Transparenz und politischen Steuerbarkeit genügen.

Die Minister waren sich einig, den Erfahrungsaustausch in diesem Bereich zu intensivieren und das Thema bei ihrer Tagung im Juni auf Grundlage der Weiterentwicklung der Analysen der Kommission und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU erneut aufzugreifen.

Effizienz auf der Einnahmeseite: Sicherung wachstumsfördernder, stabiler Einnahmen in der Zukunft

Die Sicherung der Staatseinnahmen und die Finanzierung öffentlicher Güter und insbesondere die Finanzierung der europäischen Wohlfahrtsstaaten sind vor dem Hintergrund der Globalisierung, der Bevölkerungsalterung sowie der zunehmenden internationalen Mobilität von Produktionsfaktoren und Steuerbemessungsgrundlagen ein zentrales Thema. Die Mitgliedstaaten müssen angesichts dieser Herausforderungen verstärkt daran arbeiten, ihre Einnahmesysteme in nationaler Zuständigkeit so zu strukturieren, dass Staatseinnahmen langfristig stabil sind und das Wirtschaftswachstum gestärkt wird. Professor Rick van der Ploeg vom

European University Institute in Florenz wies in einem einführenden Vortrag besonders auf die Konsequenzen für die Einkommensverteilung hin und betonte die Bedeutung von Transfersystemen, die Anreize zur Arbeitsaufnahme geben.

Effizienz auf der Einnahmeseite: Verbesserung der Qualität und der Effizienz von Einnahmestrukturen

Nationale Einnahmestrukturen sind in hohem Maße davon abhängig, welche politischen Ziele die einzelnen Staaten hinsichtlich Gerechtigkeit und Effizienz verfolgen. Grundsätzlich sollten gerechte und effiziente Einnahmestrukturen jedoch Verzerrungen vorbeugen, Risikobereitschaft und Unternehmertum fördern sowie Arbeitsanreize bieten. Beispielsweise sollten Steuersysteme gerecht und einfach ausgestaltet sein und die Betrugsanfälligkeit mit Hilfe einer breiten Bemessungsgrundlage minimieren. Ein zukunftsicherer Steuer-Mix könnte der indirekten Besteuerung zusätzliches Gewicht geben. Eine größere Rolle könnten insbesondere Steuern, die externe Effekte internalisieren, sowie ertragsunabhängige Steuern spielen. In der Diskussion wurde die Bedeutung von Qualität und Effizienz der öffentlichen Einnahmestrukturen betont. Diese Fragestellungen müssen weiterverfolgt werden; insbesondere wurde ein Informationsaustausch bezüglich laufender und geplanter Steuerreformkonzepte angeregt.

Qualität der öffentlichen Finanzen: Schlussbemerkung

Die Steigerung der Effizienz öffentlicher Ausgaben und Einnahmen lässt sich auf unterschiedliche Weise erzielen. Eine allgemeingültige Anleitung zur Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Hand gibt es nicht. Die Mitgliedstaaten haben verschiedene Reformkonzepte verfolgt, einschließlich struktureller und institutioneller Reformmaßnahmen. Die Minister waren sich einig, dass Ländervergleiche und der Austausch „bewährter Verfahren“, beispielsweise im Bereich der Haushaltsverfahren, für die Entwicklung nationaler Strategien zur Steigerung der Effizienz in den Mitgliedstaaten sehr sinnvoll sein können.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass

die Minister die Diskussion zur Qualität der öffentlichen Finanzen begrüßten. Sie stellten fest, dass weitere Arbeiten in diesem Bereich erforderlich sind, in deren Rahmen Erfahrungen aus nationalen Konzepten genutzt und „bewährte Verfahren“ ausgetauscht werden können.

Reverse-Charge-Verfahren

Im Kreise der Finanzminister wurde auch das Reverse-Charge-Verfahren erörtert, bei dem zur wirksamen Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs die Steuerschuld für inländische Umsätze ab einer Schwelle von 5000 € zwischen Unternehmen grundsätzlich vom leistenden auf den empfangenden Unternehmer verlagert wird. Die Diskussion konzentrierte sich darauf, ob das Reverse-Charge-Verfahren Auswirkungen auf den Binnenmarkt und auf die Staaten haben kann, die von einer Option zu dessen Einführung keinen Gebrauch machen wollen. Es wurde deutlich, dass mit Deutschland und Österreich zwei Mitgliedstaaten ein starkes Interesse daran haben, die europarechtliche Option für die Anwendung dieses Verfahrens zu erhalten, ohne dass dies in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen zur Anwendung kommen muss. Die Bedeutung einer wirksamen Mehrwertsteuerbetrugsbekämpfung war unstrittig. Die Minister baten die Europäische Kommission, eine Analyse der Effekte auf den Binnenmarkt vorzunehmen. Die Kommission sagte die Analyse bis spätestens Ende 2007 zu. Auf Anregung etlicher Mitgliedstaaten wird die Kommission dabei auch die Möglichkeit untersuchen, dass interessierte Mitgliedstaaten das Reverse-Charge-Verfahren zeitlich begrenzt testen. Die Minister vereinbarten, das Thema bei ihrer Tagung im Juni erneut aufzugreifen.

Finanzmarkt

Rückblick auf die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds

Der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Dr. Thomas Mirow, berichtete vom G7-Finanzministertreffen und der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) am 13./14. April 2007 in Washington. Mit Blick auf die laufende Reformdebatte des IWF bestand

Einvernehmen, dass die EU sich in dieser Debatte weiterhin geschlossen und aktiv einbringen will.

Finanzmarktstabilität

Minister und Notenbankgouverneure tauschten ihre Einschätzungen der gegenwärtigen Lage auf den Finanzmärkten aus. In ihren Beiträgen zeichneten die Teilnehmer ein günstiges Bild von der aktuellen Situation. Vorherrschend war die Einschätzung, dass die positiven Prognosen für die realwirtschaftliche Entwicklung eine Entsprechung auf den Finanzmärkten finden. Zwischenzeitliche Turbulenzen auf den Finanzmärkten wurden von den Teilnehmern als nicht besorgniserregende Bereinigung eingestuft. Auch eine möglicherweise höhere Sensitivität der Investoren wurde nicht negativ bewertet. Einvernehmen bestand, dass mit Blick auf fortbestehende Risiken im Zusammenhang mit den globalen Ungleichgewichten wie auch hinsichtlich möglicher Risiken durch neue komplexe Finanzmarktinstrumente Wachsamkeit geboten bleibt.

Hedge Fonds

Minister und Notenbankgouverneure erörterten die Rolle der Hedge Fonds für die Finanzmärkte. Unter den Teilnehmern bestand Einigkeit darüber, dass diese Form des Investments im Allgemeinen die Effizienz und Stabilität der Finanzmärkte positiv beeinflusst und damit einen wertvollen Beitrag zum Funktionieren der Märkte leistet. Zugleich wurde betont, dass mit Blick auf

Anlegerschutz sowie mögliche systemische und operative Risiken für die Finanzstabilität eine Selbstverpflichtung der Hedge-Fonds-Branche hinsichtlich Risikomanagement, angemessener Transparenz und guter Unternehmensführung einen wünschenswerten Beitrag zur Stärkung der Marktdisziplin und damit zur Ergänzung des indirekten aufsichtsrechtlichen Ansatzes leisten könnte. Bereits beim nächsten Treffen der ECOFIN-Minister am 8. Mai soll das Thema wieder aufgegriffen werden.

Vorkehrungen für die Sicherung der Finanzstabilität

In Fortführung einer Diskussion des informellen Treffens in Helsinki im September letzten Jahres ließen die Teilnehmer sich über laufende Arbeiten informieren, in denen mögliche Vorkehrungen für den theoretischen Fall einer grenzüberschreitenden Finanzmarktkrise erörtert werden. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die zunehmende Finanzmarktintegration neue Herausforderungen für die nationalen und europäischen Akteure schafft und klare Spielregeln wichtig sind. Die Arbeiten hierzu werden fortgesetzt. Die Minister und Zentralbankgouverneure kamen überein, die daraus resultierenden Empfehlungen unter portugiesischem Vorsitz im 2. Halbjahr 2007 zu debattieren.

Rückblick auf das ECOFIN-Ministertreffen am 7./8. Mai 2007 in Brüssel

Dialog mit den Beitrittskandidaten

Vor Eintritt in die ECOFIN-Sitzung tauschten sich die Minister mit ihren Kollegen aus den Beitrittskandidaten Kroatien, Türkei und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie den Vertretern der jeweiligen Zentralbanken über deren wirtschaftliche Vorbeitrittsprogramme aus. Im Anschluss an die Gespräche hat der Rat Schlussfolgerungen angenommen. Darin werden die Anstrengungen der Beitrittskandidaten gewürdigt. Gleichwohl wird nachdrücklich angemahnt, den Reformprozess fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die makroökonomische Stabilisierung und fiskalische Konsolidierung. Zugleich werden in den Schlussfolgerungen die strukturellen Herausforderungen bei den Beitrittskandidaten hervorgehoben: Privatisierungen müssen fortgesetzt, die Investitions- und Standortbedingungen verbessert werden.

Vorentwurf des allgemeinen Haushaltsplans

Die Budget-Kommissarin Grybauskaite stellte den Kommissionsvorentwurf zum Haushalt 2008 vor. Da die weiteren Verfahrensschritte unter portugiesischer Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2007 stattfinden, übernahm Portugal für diesen Tagesordnungspunkt den Vorsitz. Die Mitgliedstaaten nahmen die Ausführungen der Kommission zur Kenntnis und verwiesen das Dossier an den Haushaltsausschuss des Rates zur Vorbereitung des Budget-Rates im Juli.



Finanzmarkt

Hedge Fonds

Auf Grundlage der Beratungen beim informellen Ministertreffen in Berlin haben sich die ECOFIN-Minister bei ihrem Treffen in Brüssel auf Schlussfolgerungen zu Hedge Fonds verständigt, die unter anderem festhalten:

- Die Schlussfolgerungen betonen die Bedeutung von Hedge Fonds für die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Finanzmärkte, erinnern zugleich aber daran, dass sich die Marktteilnehmer über die Risiken bewusst sein sollten. Kreditgeber und Investoren sollten daher prüfen, ob die Aktivitäten von Hedge Fonds hinreichend transparent sind.
- Die maßgeblichen Aufsichtsbehörden werden aufgerufen, die Entwicklungen zu beobachten und verstärkt zu kooperieren.

Bereits beim informellen ECOFIN wurde vorgesehen, dass der Wirtschafts- und Finanzausschuss die mit Hedge Fonds verbundenen Risiken weiter beobachten wird.

Weißbuch Asset Management

Sogenannte harmonisierte Investitionsfonds entsprechen bestimmten in der OGAW-Richtlinie („Richtlinie für Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“) festgelegten Anforderungen. Nach der Zulassung in einem Mitgliedstaat dürfen diese Fonds in der gesamten EU vertrieben werden. Das Kommissions-Weißbuch „Asset Management“ untersucht, in welchen Bereichen der OGAW-Richtlinie Verbesserungen möglich sind.

Der ECOFIN-Rat hat nunmehr Schlussfolgerungen zum Weißbuch angenommen:

Die Kommission wird eingeladen, konkrete Vorschläge zur Änderung der OGAW-Richtlinie vorzuschlagen (u.a. Verbesserung des Fonds-Prospekts, Ausbau der aufsichtsbehördlichen Zusammenarbeit). Darüber hinaus soll die Kommission für nicht-harmonisierte Fonds (bspw. Dach-Hedgefonds und offene Immobilienfonds) untersuchen, welcher Harmonisierungsbedarf besteht.

Alterung der Gesellschaft und Finanzmärkte

Der ECOFIN-Rat hat Schlussfolgerungen zum Bericht der Unterarbeitsgruppe des Ausschusses für Finanzdienstleistungen zur „Alterung der Gesellschaft und Finanzmärkte“ angenommen. In den Schlussfolgerungen wird die Notwendigkeit betont, die Verbraucher für eine gezieltere

Altersvorsorge zu sensibilisieren. Außerdem müsse die private Altersvorsorge forciert werden, wobei hier von guten Beispielen in Mitgliedstaaten gelernt werden könne. Außerdem wird auch die Finanzdienstleistungsbranche aufgefordert, ihre Kundenprodukte weiter zu entwickeln.

Lamfalussy-Prozess

Das seit einigen Jahren im Bereich der Finanzmarktregulierung angewandte Lamfalussy-Verfahren zielt darauf ab, in Richtlinien nur Rahmengesetzgebung vorzunehmen. Detailvorschriften sollen dagegen im schnelleren und flexibleren Ausschussverfahren erlassen werden.

Eine interinstitutionelle Überwachungsgruppe hat ihren zweiten Zwischenbericht zur Überprüfung des Lamfalussy-Verfahrens vorgelegt. Ziel ist die Identifikation von möglichen Verbesserungen des Verfahrens.

In der Diskussion im Rat wurden die bisherigen Arbeiten der Gruppe gewürdigt. Gleichzeitig bat der ECOFIN-Rat für den Abschlussbericht, der Ende des Jahres vorgelegt werden soll, die Rolle der sogenannten „Level-3“-Ausschüsse genauer zu beleuchten, in denen die nationalen Aufsichtsbehörden vertreten sind. Aspekte der Prüfung sollen Konvergenz und Kooperation im aufsichtlichen Handeln sein.

Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 4./5. Juni 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 6. bis 8. Juni 2007 – G 8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm
- 21./22. Juni 2007 – Europäischer Rat in Brüssel
- 9./10. Juli 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2008

- 8. bis 11. Mai 2007 – Steuerschätzung
- bis 15. Juni 2007 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 20. Juni 2007 – Finanzplanungsrat
- 22. Juni 2007 – Zuleitung an Kabinett
- 27. Juni 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag
- 21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat
- 19. September bis
- 14. November 2007 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung
- 15. November 2007 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 27. bis 30. November 2007 – 2./3. Lesung Bundestag
- 20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	Juni	Mai 2007	21. Juni 2007
	Juli	Juni 2007	19. Juli 2007
	August	Juli 2007	22. August 2007
	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
11016 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/Minute)
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/Minute)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Finanzpolitische Konferenzen und Workshops im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft



24. Mai 2007 – Konferenz „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“ in Berlin,
Veranstalter: BMF und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft Konferenzprogramm

Datum: 24. Mai 2007

Ort: Großer Saal im Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Veranstalter: Bundesministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

11.00	Begrüßung und Eröffnung Dr. Barbara Hendricks, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen
Moderation: Dr. Christian Kastrop, BMF	
11.20	Tax Revenues: Recent Developments and Economic Issues Jan-Host Schmidt, Europäische Kommission
12.15	Mittagspause
13.00	Ertragsabhängige versus ertragsunabhängige Steuern Prof. Dr. Clemens Fuest, Universität zu Köln
13.45	Zur fiskalischen Wettbewerbsfähigkeit von Nationalstaaten Prof. Dr. Kai A. Konrad, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Freie Universität Berlin
14.30	Kaffeepause
Moderation: Prof. Kai A. Konrad; WZB	
15.00	Future of Indirect Taxation (tbc) Prof. Michael Keen, Internationaler Währungsfonds
15.45	Pressures on EU Tax Systems and Options for Reform Prof. Peter Birch Sørensen, PhD, Universität Kopenhagen
Moderation: Dr. Albert Peters, BMF	
16.30	Panel

<http://www.wz-berlin.de/mp/conf/wzb-bmf07/default.de.htm>





Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007	41
Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	47
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2007	61
Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen: Ein international anerkanntes Finanzmarktprodukt für Deutschland	65
Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2006 der EU-Mitgliedstaaten	69

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007

1	Steuerrechtsänderungen	41
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	42
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“	43
4	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	45

- Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2007 wurden gegenüber dem Ist-Ergebnis 2006 um + 9,4 % höher geschätzt.
- Mittelfristig wurden für die Jahre 2007 bis 2010 Steuermehreinnahmen in Höhe von 179,2 Mrd. € gegenüber den Steuerschätzungen von Mai bzw. November 2006 prognostiziert.
- Die Nettokreditaufnahme des Bundes soll bis spätestens 2011 auf null reduziert werden.

Vom 8. bis 11. Mai 2007 fand in Görlitz auf Einladung der Stadt Görlitz die 129. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2007 bis 2011.

1 Steuerrechtsänderungen

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ schätzt die Steuereinnahmen grundsätzlich auf der Basis des geltenden Rechts. Das noch nicht endgültig verabschiedete Unternehmensteuereiformgesetz 2008 wurde daher noch nicht in die Schätzung einbezogen. Infolge der Unternehmensteuerreform werden sich die in der Steuerschätzung ermittelten Mehreinnahmen für die Jahre 2008 bis 2011 um insgesamt 26,1 Mrd. € (Bund: 12,5 Mrd. €) vermindern.

Für das Jahr 2007 wurden gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom November 2006 die finanziellen Auswirkungen folgender Gesetze einbezogen:

- Biokraftstoffquotengesetz,
- Drittes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes,

- Viertes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes,
- Real-Estate-Investment-Trust-Gesetz.

Außerdem wurden die finanziellen Auswirkungen des EuGH-Urteils „Meilicke“ sowie der Ausdehnung der Anwendung des § 35a EStG auf Eigentümergeinschaften berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden für die Jahre 2008 bis 2011 die finanziellen Auswirkungen der nachstehenden Gesetze berücksichtigt:

- Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes,
- Haushaltsbegleitgesetz 2006 (Erhöhung der land- und forstwirtschaftlichen Vorsteuerpauschalen und Durchschnittssätze Landwirtschaft),
- Steueränderungsgesetz 2007,
- Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse in der mittelständischen Wirtschaft,
- Investitionszulagengesetz 2007,
- Jahressteuergesetz 2007,
- Progressionsvorbehalt Elterngeld,
- Drittes Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen.

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Die Annahme zur Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2007 wurde gegenüber der Steuerschätzung vom November 2006 kräftig von + 2,6 % auf + 4,0 % angehoben (vgl. Tabelle 1). Damit verbunden ist insbesondere eine erhebliche Erhöhung des Zuwachses bei der unterstellten Bruttolohn- und -gehaltssumme von + 1,4 % im November auf nunmehr + 3,1 % und bei der modifizierten letzten inländischen Verwendung von + 1,8 % auf + 3,0 %. Dies erklärt die deutlich höheren Schätzansätze für die Lohnsteuer und die Steuern vom Umsatz. Dagegen wurden die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, deren Entwicklung als Indikator für die Schätzung der gewinnabhängigen Steuern herangezogen wird, etwas weniger stark von + 3,2 % auf + 4,1 % nach oben korrigiert.

Für das Jahr 2008 wurde die Annahme für das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts gegenüber der letzten Mittelfristschätzung vom Mai 2006 ebenfalls erhöht, und zwar von + 2,7 % auf + 3,7 %. Auch der Zuwachs bei den Löhnen und Gehältern, der modifizierten letzten inländischen Verwendung und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen wird im kom-

menden Jahr höher ausfallen als im Mai 2006 angenommen.

Nur geringe Aufwärtskorrekturen gab es hingegen beim unterstellten Anstieg für das nominale Bruttoinlandsprodukt der Folgejahre, wobei die für die Schätzung von Lohn- und Umsatzsteuer maßgeblichen Größen allerdings weiter kräftig zunehmen.

Mit den getroffenen Annahmen – insbesondere auch für die mittlere Frist – trägt die Bundesregierung der Koalitionsvereinbarung Rechnung, die vorsieht, „dass auf der Basis zurückhaltend geschätzter Eckwerte eine vorsichtige Einnahme- und Ausgabenplanung des Bundeshaushalts und der übrigen öffentlichen Kassen einschließlich der Sozialversicherungen vorgenommen wird.“

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben für die Steuerschätzung Mai 2007 im Vergleich zur jeweils letzten Steuerschätzung – Veränderungen in % –

	2007		2008		2009		2010		2011	
	Steuerschätzung November 2006	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Mai 2006	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Mai 2006	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Mai 2006	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Mai 2006	Steuerschätzung Mai 2007
BIP nominal in % gegenüber Vorjahr	+ 2,6	+ 4,0	+ 2,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,8	-	+ 2,8
Bruttolohn- und -gehaltssumme in % gegenüber Vorjahr	+ 1,4	+ 3,1	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,1	-	+ 2,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen in % gegenüber Vorjahr	+ 3,2	+ 4,1	+ 5,8	+ 6,0	+ 5,6	+ 5,9	+ 5,5	+ 4,1	-	+ 4,2
Modifizierte letzte inländische Verwendung in % gegenüber Vorjahr	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,4	-	+ 2,4

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

Die Schätzergebnisse sind im Detail den Tabellen 2 und 3 zu entnehmen. Danach steigen die Steuereinnahmen ausgehend von 488,4 Mrd. € im Jahr 2006 bis auf 613,6 Mrd. € im Jahr 2011 an (vgl. Tabelle 2). Bund, Länder und Gemeinden verzeichnen durchweg Einnahmезuwächse. Hauptursache für diese erfreuliche Prognose ist die aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland mit einem breit gestützten konjunkturellen Aufschwung.

Besonders dynamisch entwickeln sich die Einnahmen in diesem Jahr mit +9,4%. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die Anhebung der Steuersätze bei den Steuern vom Umsatz und bei der Versicherungsteuer zum 1. Januar 2007. Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2006 ist mit Mehreinnahmen von insgesamt +20,2 Mrd. € zu rechnen (vgl. Tabelle 3, S. 44). Diese resultieren aus der weiterhin dynamischen Entwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern (Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer), zunehmend aber auch aus kräftigen Zugewinnen

bei der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz.

Im kommenden Jahr rechnet der Arbeitskreis mit einem noch sehr viel größeren Zuwachs gegenüber der letzten Schätzung vom Mai 2006 in Höhe von 47,9 Mrd. €. Zusammen mit den Abweichungen der Jahre 2009 und 2010 ergibt sich eine Gesamtabweichung von der jeweils letzten Steuerschätzung für die Jahre 2007 bis 2010 von knapp 180 Mrd. €. Davon entfallen 88 Mrd. € auf den Bund, 71 Mrd. € auf die Länder und 23 Mrd. € auf die Gemeinden. An die EU wird Deutschland im betrachteten Zeitraum 3 Mrd. € weniger abführen als bisher geplant.

Bei der Bewertung dieser hohen Zuwächse ist jedoch zu bedenken, dass hierdurch lediglich die massive Abwärtskorrektur der Schätzungen in den vergangenen Jahren teilweise kompensiert wird. So erfolgte etwa in der Mai-Steuerschätzung 2003 eine Verminderung des geschätzten Steueraufkommens über vier Jahre gerechnet um –126,4 Mrd. €, im Mai 2004 um –61 Mrd. € und im Mai 2005 um –66,8 Mrd. €.

Die Ergebnisse der neuen Steuerschätzung bilden, soweit sie den Bund betreffen, die Grundlage für den Entwurf des Bundeshaushalts 2008 sowie die Fortschreibung des Finanzplans bis 2011.

Tabelle 2: Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

	Ist 2006	Schätzung				
		2007	2008	2009	2010	2011
1. Bund (Mrd. €)	203,9	230,5	238,2	250,2	255,5	263,7
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	7,2	13,1	3,3	5,0	2,1	3,2
2. Länder (Mrd. €)	195,1	211,1	219,3	226,8	233,9	240,6
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	8,1	8,2	3,9	3,4	3,1	2,9
3. Gemeinden (Mrd. €)	67,3	70,5	72,7	75,3	79,3	83,3
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	12,6	4,8	3,1	3,6	5,3	5,0
4. EU (Mrd. €)	22,1	22,2	25,1	22,7	26,2	26,0
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	2,0	0,0	13,3	– 9,5	15,4	– 0,7
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	488,4	534,3	555,3	575,0	594,9	613,6
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	8,0	9,4	3,9	3,6	3,5	3,1

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2007 von den Ergebnissen der Steuerschätzung November 2006 bzw. der Steuerschätzung Mai 2006 (Beträge in Mrd. €)

2007	Ergebnis der Steuerschätzung November 2006	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007
			Steuerrechtsänderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung ²	
Bund³	219,4	11,1	0,4	2,4	8,2	230,5
Länder³	202,8	8,4	- 0,3		8,7	211,1
Gemeinden³	67,8	2,7	- 0,2		2,9	70,5
EU	24,1	- 2,0	0,0	- 2,4	0,4	22,2
Steuereinnahmen insgesamt	514,1	20,2	- 0,1	0,0	20,3	534,3

2008	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2006	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007
			Steuerrechtsänderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung ²	
Bund³	216,3	21,8	0,9	0,4	20,5	238,2
Länder³	200,6	18,8	- 0,1		18,9	219,3
Gemeinden³	65,8	6,9	0,0		6,9	72,7
EU	24,7	0,4	0,0	- 0,4	0,8	25,1
Steuereinnahmen insgesamt	507,4	47,9	0,8	0,0	47,1	555,3

2009	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2006	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007
			Steuerrechtsänderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung ²	
Bund³	222,7	27,5	2,9	2,4	22,2	250,2
Länder³	205,5	21,4	1,1		20,3	226,8
Gemeinden³	69,0	6,4	0,4		6,0	75,3
EU	24,2	- 1,5	0,0	- 2,4	0,9	22,7
Steuereinnahmen insgesamt	521,3	53,7	4,5	0,0	49,3	575,0

2010	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2006	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007
			Steuerrechtsänderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung ²	
Bund³	227,8	27,7	3,2	0,7	23,8	255,5
Länder³	211,2	22,7	1,5		21,2	233,9
Gemeinden³	72,6	6,7	0,5		6,2	79,3
EU	25,9	0,3	0,0	- 0,7	1,0	26,2
Steuereinnahmen insgesamt	537,5	57,4	5,2	0,0	52,2	594,9

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

¹ 2007 ff.: Biokraftstoffquotengesetz.

Drittes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes.

Viertes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes.

Real-Estate-Investment-Trust-Gesetz.

Ausdehnung der Anwendung § 35a EStG auf Eigentümergemeinschaften.

Finanzielle Auswirkungen EuGH-Urteil „Meilicke“.

2008 ff.: Gesetz zur Neuordnung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes.

Haushaltsbegleitgesetz 2006 (Erhöhung der land- und forstwirtschaftlichen Vorsteuerpauschalen und Durchschnittssätze Landwirtschaft).

Steueränderungsgesetz 2007.

Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft.

Investitionszulagengesetz 2007.

Jahressteuergesetz 2007.

Progressionsvorbehalt Elterngeld.

Drittes Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen.

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Die Bundesregierung wird aus jetziger Sicht die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt bis 2011 auf null reduzieren. Die Rückführung des gesamtsstaatlichen strukturellen Defizits auf null könnte bis 2010 gelingen. Das ist eine historische Trendwende: der Einstieg in den Abbau des aufgelaufenen Schuldenbergs von über 1500 Mrd. € wäre dann endlich möglich.

Im Rahmen dieser Maßgabe wird die Bundesregierung ihren erfolgreichen Kurs „Investieren, Sanieren, Reformieren“ fortsetzen und zur Verfügung stehende finanzpolitische Spielräume nutzen, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern und die Zukunftschancen unseres Landes zu verbessern. Dafür werden jährlich rund 2 Mrd. € in der Finanzplanung zur Verfügung gestellt. Die wichtigen Zukunftsbereiche Bildung und Forschung, Familie, Klimaschutz, Infrastruktur, Entwicklungshilfe sowie innere und äußere Sicherheit werden ausgewogen und nachhaltig gestärkt.



Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007

Ausgaben und Einnahmen bis März 2007

1	Eckwerte des Bundeshaushalts 2007	47
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	56
3	Entwicklung der Einnahmen	59

- Die Haushaltsentwicklung des Bundes im 1. Quartal 2007 war auf der Einnahmenseite von erheblichen Steuermehreinnahmen geprägt. Bis Ende März lagen die Steuereinnahmen um 8,9 Mrd. € oder + 23,2 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.
- Die Ausgabenentwicklung lag um + 1,4 % über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Einer Vielzahl von leichten Ausgabenrückgängen stehen insbesondere Ausgaben in Zusammenhang mit der ab 2007 eingeführten Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung gegenüber.
- Vor dem Hintergrund der nach wie vor sehr hohen Verschuldung und dementsprechend substanziellen Zinsausgaben (Soll 2007: 39,3 Mrd. €) gibt es zur eingeleiteten Haushaltssanierung der Bundesregierung keine Alternative.

1 Eckwerte des Bundeshaushalts 2007

Der Haushaltsentwurf 2007 wurde am 24. November 2006 vom Deutschen Bundestag be-

schlossen und am 28. Dezember 2006 im Bundesgesetzblatt Teil I, S. 3346 verkündet.

Ausgaben. Im 1. Quartal 2007 sind die Ausgaben des Bundes gegenüber dem Vorjahr mit 74,6 Mrd. € um 1,0 Mrd. € auf 75,6 Mrd. € gestiegen. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	270,5	75,6	74,6	+ 1,0	+ 1,4
2. Einnahmen	250,7	55,7	47,3	+ 8,4	+ 17,9
– Steuereinnahmen	220,5	47,1	38,2	+ 8,9	+ 23,2
– Verwaltungseinnahmen	30,2	8,6	9,1	– 0,4	– 4,9
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	– 19,8	– 19,9	– 27,3	+ 7,4	– 27,1
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme	19,6	– 7,7	0,8	– 8,4	.
Münzeinnahmen	0,2	– 0,04	– 0,03	– 0,002	+ 6,6
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen)	24,0	4,4	4,3	+ 0,1	+ 2,6

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

von +1,4 % und liegt derzeit noch deutlich unterhalb der prognostizierten Ausgabensteigerung von +3,6 % für das Jahr 2007.

Die investiven Ausgaben beliefen sich bis März 2007 auf 4,4 Mrd. € und stiegen somit um 0,1 Mrd. € oder um + 2,6 % gegenüber dem Vorjahresergebnis von 4,3 Mrd. €.

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) betrugen im 1. Quartal 2007 55,7 Mrd. €. Gegenüber den Vorjahreseinnahmen in Höhe von 47,3 Mrd. € entspricht dies einer Zunahme von 8,4 Mrd. € oder + 17,9 %. Ursache ist der starke Anstieg der Steuereinnahmen von 38,2 Mrd. € im 1. Quartal 2006 auf 47,1 Mrd. € im 1. Quartal 2007. Dies entspricht einer Zunahme von 8,9 Mrd. € oder + 23,2 %, die sich insbesondere aus der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes von 16 % auf 19 % erklärt.

Demgegenüber sanken die Verwaltungseinnahmen um 0,4 Mrd. € auf 8,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit Einnahmen in Höhe von 9,1 Mrd. €.

Defizit. Für das 1. Quartal 2007 ergibt sich ein Finanzierungssaldo von –19,9 Mrd. €. Gegenüber dem Finanzierungssaldo im 1. Quartal 2006 in Höhe von – 27,3 Mrd. € bedeutet dies einen Rückgang von 7,4 Mrd. € oder – 27,1 %.

Da sich der Zahlungseingang wie auch der Zahlungsausgang im Bundeshaushalt nicht gleichmäßig verteilt, können aus dem derzeiti-

gen Finanzierungssaldo keine Rückschlüsse auf das Jahresergebnis gezogen werden.

In der nachfolgenden Tabelle 2 werden die wesentlichen Differenzen zwischen dem Ergebnis bis einschließlich März 2007 und dem Vorjahreszeitraum dargestellt.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahme- und Ausgabenänderungen

Generell ist anzumerken, dass unterjährige Einnahme- bzw. Ausgabenveränderungen oftmals lediglich buchungstechnische Gründe haben. Ursachen hierfür sind ggf. ein späterer oder früherer Eingang von Buchungsbelegen oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten. Diese Effekte können sich im weiteren Jahresverlauf aufheben.

Leistungen an die Rentenversicherung.

Die Zuschüsse des Bundes zu den Ausgaben der allgemeinen Rentenversicherung sind entsprechend den gesetzlichen Regelungen des § 213 SGB (Sozialgesetzbuch) VI gestiegen.

Arbeitsmarktpolitik. Deutlichen Minderausgaben bei den Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende stehen erstmals Ausgaben auf Grund der ab 2007 eingeführten Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung gegenüber. Mit der Weiterleitung eines vollen Mehrwertsteuersatzes (entspricht rd. 6,5 Mrd. €) für die Bundesagentur

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Förderung des Kohlenbergbaus	3,5	0,5	0,3	+ 0,3	+ 109,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	78,3	24,9	24,7	+ 0,3	+ 1,1
Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen nach Art. 104a GG	42,9	10,7	10,5	+ 0,2	+ 2,1
Minderausgaben ggü. Vorjahr					
Gegenüber dem Vorjahresquartal sind keine relevanten Minderausgaben erkennbar.					
Nachrichtlich Einnahmeänderungen:					
Ablieferung Bundesbank	3,5	3,5	2,9	+ 0,6	+ 22,4

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

für Arbeit (BA) trägt der Bund zur Finanzierung dieser Beitragssatzsenkung bei (siehe auch S. 51).

Bundesbankgewinn. Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 13. März 2007 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 festgestellt. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 4,205 Mrd. € ist von der Deutschen Bundesbank gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz am selben Tag an den Bund abgeführt worden. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. Es wurde ein Betrag von 3,5 Mrd. € in den Bundeshaushalt eingestellt. Der überschießende Betrag von 0,705 Mrd. € wurde – wie es die gesetzliche Regelung seit 1999 vorschreibt – zur Schuldentilgung beim Erblastentilgungsfonds (ELF) eingesetzt.

Wichtige Maßnahmen mit Wirkung auf den Haushalt 2007

Steuerpolitik

Mehrwertsteuer. Der Regelsatz der Mehrwertsteuer wurde von 16 % auf 19 % erhöht. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % für Lebensmittel und wichtige andere Güter des täglichen Bedarfs bleibt bestehen.

Versicherungsteuer. Der Versicherungsteuersatz wurde um drei Punkte auf 19 % erhöht. Dies gilt u. a. für die private Haftpflichtversicherung sowie die Kfz-Versicherung. Abweichend davon steigt der Steuersatz bei Feuerversicherungen auf 14 %, was Auswirkungen auf Wohngebäude- und Hausratversicherungen hat. Von der Steuererhöhung ausgenommen sind Lebens-, Renten- und Krankenversicherungen.

Einkommensteuertarif. Der Spitzensteuersatz wurde um drei Prozentpunkte auf 45 % für Einkünfte oberhalb von 250 000 € für Ledige und 500 000 € für Verheiratete erhöht, um Spitzenverdiener angemessen an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen. Unternehmerische Gewinneinkunftsarten sind jedoch bis zum Inkrafttreten der Unternehmensteuerreform 2008 befristet ausgenommen; d. h. Freiberufler und Selbstständige werden von der Tarifierhöhung im laufenden Jahr nicht erfasst.

Sparerfreibetrag. Der Sparerfreibetrag wurde von 1370 € auf 750 € für Ledige und von

2740 € auf 1500 € für Verheiratete gesenkt. Der Werbungskostenpauschbetrag in Höhe von 51 € pro Person bleibt unverändert.

Kindergeld. Die Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld bzw. kindbedingten Freibeträgen wurde für volljährige Kinder, die bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen noch berücksichtigt werden können, ab dem Geburtsjahr 1983 auf 25 Lebensjahre gesenkt. Für Kinder der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1982 und für Kinder, welche die Voraussetzungen für einen sog. Verlängerungstatbestand erfüllen, gelten Übergangsregelungen.

Entfernungspauschale. Die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sind ab 2007 nicht mehr als Werbungskosten oder Betriebsausgaben abziehbar. Um Härten für Fernpendler zu vermeiden, können aber Aufwendungen ab dem 21. Entfernungskilometer in Höhe von 30 Cent pro Kilometer wie Werbungskosten abgezogen werden. Die neue Regelung gilt auch für Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs. Bus- und Bahnfahrer können damit ab 2007 nicht mehr die maximale Entfernungspauschale für Aufwendungen von über 4500 € geltend machen.

Arbeitszimmer. Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer können nur noch dann als Betriebsausgaben oder Werbungskosten beim Fiskus geltend gemacht werden, wenn es im Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Tätigkeit steht.

Sonn- und Feiertagszuschläge. Sonn- und Feiertagszuschläge bleiben bis zu einem Grundstundenlohn von 50 € steuerfrei. Bereits seit 1. Juli 2006 gilt: Sozialversicherungsbeiträge sind zu entrichten, wenn der Stundenlohn mehr als 25 € beträgt. Bei den sog. Minijobs wurde eine Erhöhung der pauschalen Sozialversicherungsabgabe von bisher 25 % auf 30 % eingeführt.

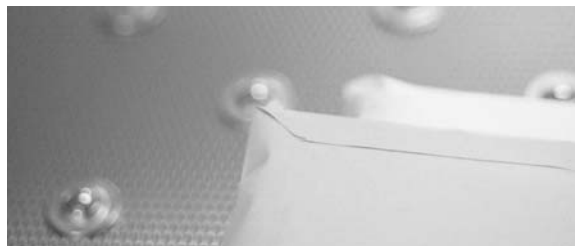
„25-Mrd.-€-Sofortprogramm“. Zur Stärkung besonders zukunftsträchtiger Bereiche legte die Bundesregierung ein Sofortprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Mrd. € bis zum Jahre 2009 auf. Es setzt Wachstumsimpulse unter anderem durch die Belebung der Investitionstätigkeit, durch steuerliche Liquiditätsvorteile für kleine und mittelständische Unternehmen sowie durch die verstärkte Erschließung der privaten Haushalte als Arbeitgeber. Das

Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006 (BGBl. I, S. 1091), als Bestandteil dieses Programms, war zum 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Es enthält folgende Maßnahmen:

- **Degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens:** Die vom 1. Januar 2006 auf den 31. Dezember 2007 befristete Anhebung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf höchstens 30 % soll – als Vorgriff auf eine umfassende Unternehmensteuerreform ab 1. Januar 2008 – Liquidität und Rendite der Unternehmen erhöhen und Anreize zu zusätzlichen Investitionen geben.
- **Ist-Versteuerung:** Verdoppelung der Umsatzgrenzen für die Ist-Versteuerung nach vereinbarten Entgelten bei der Umsatzbesteuerung in den alten Bundesländern von 125 000 € auf 250 000 € zum 1. Juli 2006. In den neuen Bundesländern Verlängerung der geltenden Regelung (Umsatzgrenze 500 000 €) bis Ende 2009. Die Liquidität kleiner und mittlerer Unternehmen soll dadurch verbessert werden.
- **Privathaushalt als Arbeitgeber (ab Veranlagungszeitraum 2006):** Durch eine wesentliche Verbesserung der steuerlichen Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen, insbesondere erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten, sollen neue Beschäftigungsmöglichkeiten in Privathaushalten erschlossen werden.
- **Kinderbetreuungskosten (ab Veranlagungszeitraum 2006):** Zur besseren Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf können erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten für Kinder vor Vollendung des 14. Lebensjahres in Höhe von $\frac{2}{3}$ der Aufwendungen, höchstens 4 000 € je Kind, wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten berücksichtigt werden (§§ 4f, 9, 9a EStG). Dies gilt für erwerbstätige Alleinerziehende bzw. wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Eine entsprechende Regelung gilt auch, wenn nur ein Elternteil erwerbstätig und der andere Elternteil behindert, dauerhaft krank oder in Ausbildung ist (Abzug als Sonderausgaben, §10 Abs. 1 Nr. 8 EStG). In reinen Alleinverdiener-Ehen gilt die letztgenannte Regelung allerdings nur für Kinder von drei bis sechs Jahren; bei Alleinverdiener-Ehen kann

weiterhin die bestehende Steuerermäßigung für haushaltsnahe Kinderbetreuung genutzt werden (§ 35 a EStG).

- **Handwerkerleistungen (ab Veranlagungszeitraum 2006):** In Rechnung gestellte Aufwendungen zur Modernisierung und Instandhaltung des Wohnraums werden erstmals ab dem Veranlagungsjahr 2006 steuerlich berücksichtigt, unabhängig davon, ob die Maßnahmen vom Eigentümer oder Mieter durchgeführt werden (§ 35 a Abs. 2 Satz 2 EStG). Die Ermäßigung (Abzug von der Steuerschuld) beträgt 20 % der Aufwendungen bis 3 000 €, höchstens also 600 € im Jahr. Sie tritt neben die bereits bestehende Regelung zur entsprechenden Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen (z. B. Wohnungsreinigung; § 35 a Abs. 2 Satz 1 EStG), eine kumulative Inanspruchnahme für dieselbe Dienstleistung ist jedoch ausgeschlossen.
- **Pflegekosten:** Für die Pflege und Betreuung von Familienangehörigen verdoppelt sich die bestehende Steuerermäßigung. Entsprechende Kosten können künftig mit 20 % der Aufwendungen bis 6 000 €, also maximal 1 200 €, berücksichtigt werden, wenn die Pflege im Haushalt des Steuerpflichtigen oder im Haushalt der pflegebedürftigen Person erfolgt. Die steuerliche Förderung haushaltsnaher Beschäftigungsverhältnisse bleibt hiervon unberührt.



Investitionszulagengesetz 2007. Mit dem Investitionszulagengesetz 2007 wurde die Investitionszulage für die neuen Bundesländer über das Jahr 2006 hinaus verlängert. Sie wurde als regionale Beihilfe auf das verarbeitende Gewerbe und die produktionsnahen Dienstleistungen konzentriert und bezog erstmalig auch das Beherbergungsgewerbe ein. Die Förderbedingungen wurden an geänderte EU-rechtliche Regelungen angepasst.

Biokraftstoffquotengesetz. Seit dem 1. Januar 2007 ist die Mineralölwirtschaft verpflichtet, einen Mindestanteil von Biokraftstoffen im Kraftverkehr umzusetzen. Gleichzeitig wurde für diese Mengen die Steuerbegünstigung abgeschafft, so dass gegenüber 2006 die Einnahmeausfälle bei der Energiesteuer entsprechend deutlich verringert werden konnten. Die Steuerbegünstigung für über die geforderte Quote hinaus in den Verkehr gebrachte reine Biokraftstoffe bleibt zunächst bestehen, wird aber bis 2012 jährlich abgebaut.

Daneben finden sich in den folgenden steuerlichen Regelungen eine Anzahl weiterer Steuergesetze mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2007:

- **Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage** vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I, S. 3680).
- **Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm** vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I, S. 3682),
- **Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen** vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I, S. 3683),
- **Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen** vom 28. April 2006 (BGBl. I, S. 1095),
- **Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes** vom 15. Juli 2006 (BGBl. I, S. 1534),
- **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol und von Verbrauchsteuergesetzen** vom 15. Juli 2006 (BGBl. I, S. 1594),
- **Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft** vom 22. August 2006 (BGBl. I, S. 1970),
- **Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften** vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 2782),
- **Jahressteuergesetz 2007** vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 2878),
- **Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen,**

– **Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerrechtlichen Engagements** (parlamentarisches Verfahren ist eingeleitet).

Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch

Grundsätzliches zu den Arbeitsmarktreformen. Mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen – insbesondere den sogenannten Hartz-Gesetzen – wurden in den Jahren 2002 bis 2004 grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen. Am 1. Januar 2005 wurden die bisher in getrennter Zuständigkeit von Bund und Kommunen geführten Hilfesysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitsuchende – zusammengeführt. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt einheitlich durch eine Stelle, entweder durch eine aus Arbeitsagentur und Kommune errichtete Arbeitsgemeinschaft oder einen der bundesweit 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrationsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen System verbessert. Im Laufe des Jahres 2006 traten zum Teil im Koalitionsvertrag beschlossene, gesetzliche Maßnahmen in Kraft, die zu einer Fortentwicklung dieser Grundsicherung beitragen und zu einer Dämpfung der Ausgabenentwicklung führen sollen. Eine Neuregelung zur Existenzgründungsförderung der BA (in Nachfolge der sog. Ich-AG) trat zum 1. August 2006 in Kraft.

Übersicht über zum 1. Januar 2007 wirksame Änderungen und Neuregelungen

Arbeitslosenversicherung. Der Bundestag hat am 30. November 2006 beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2007 auf 4,2 % zu senken. Dadurch werden die Lohnnebenkosten reduziert, beitragspflichtige Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden entlastet. Schon im Haushaltsbegleitgesetz

2006 vom 29. Juni 2006 war vorgesehen, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,5 % abgesenkt wird. Aufgrund eines unerwartet hohen Überschusses der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2006 war eine Senkung des Beitragssatzes um weitere 0,3 Prozentpunkte auf 4,2 % möglich. In der spürbaren Senkung von Lohnzusatzkosten sieht die Bundesregierung einen bedeutsamen Impuls für Beschäftigung. Mit dem Einsatz eines Mehrwertsteuerpunktes (entspricht rd. 6,5 Mrd. €) für die Bundesagentur für Arbeit trägt der Bund zur Finanzierung dieser Beitragssatzsenkung bei.

Neuregelung der Höhe der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung. Zum 1. Januar 2007 wurde die Höhe der Bundesbeteiligung an den Leistungen der Unterkunft und Heizung im SGB II von bislang 29,1 % für 14 Länder auf 31,2 %, für das Land Baden-Württemberg auf 35,2 % sowie für das Land Rheinland-Pfalz auf 41,2 % angehoben. Ab 2008 werden die Beteiligungssätze jährlich nach Maßgabe der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften auf Bundesebene angepasst.

Verlängerung der Regelung über den Vermittlungsgutschein (§ 421g SGB III), die bis zum 31. Dezember 2006 befristet war, wurde in sonst unveränderter Form bis zum 31. Dezember 2007 verlängert.

Zielgenauere Ausgestaltung der Sanktionen im SGB II. Allgemeine Sanktionen (laut SGB II-Fortentwicklungsgesetz, das am 1. August 2006 in Kraft trat) wurden verschärft. Künftig entfällt die Leistung in der dritten Sanktionsstufe. Pflichtverstöße wirken bis zu einem Jahr nach; dies hat zur Folge, dass bei wiederholten Pflichtverstößen die Sanktionen der zweiten bzw. der dritten Stufe wirksam werden. Bei der ersten Pflichtverletzung erfolgt eine Absenkung der Leistung um 30 % für drei Monate, bei der zweiten Pflichtverletzung um 60 %. Nach jeder weiteren Pflichtverletzung fällt das Arbeitslosengeld vollständig weg. Der Träger kann den vollständigen Wegfall der Leistung auf eine Absenkung um nur 60 % abmildern, wenn der erwerbsfähige Hilfebedürftige sich nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten nachzukommen.

Auch bei Jugendlichen erfolgt eine Verschärfung der Sanktionen: Künftig sind im Fall einer wiederholten Pflichtverletzung auch die Kosten der Unterkunft von der Sanktion betroffen. Um Obdachlosigkeit bei Jugendlichen zu vermeiden, können die Kosten für Unterkunft und Heizung jedoch sofort wieder übernommen werden, wenn der Jugendliche sich nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten nachzukommen.

Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Träger für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind nun nach § 63 Abs. 2 auch die Arbeitsgemeinschaften und die zugelassenen kommunalen Träger zuständig. Bisher waren allein die Bundesagentur für Arbeit und die Behörden der Zollverwaltung als für die Ordnungswidrigkeiten zuständige Verwaltungsbehörden genannt. Die Änderung berücksichtigt, dass in den Fällen des § 44b SGB II die Arbeitsgemeinschaften und in den Fällen des § 6b SGB II die zugelassenen kommunalen Träger die Rolle der Bundesagentur für Arbeit als Leistungsträger und insoweit auch deren Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Absenkung des Rentenversicherungsbeitrages für Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Der Beitrag für die Gesetzliche Rentenversicherung der Bezieher von Arbeitslosengeld II wurde von 78 € pro Monat auf 40 € pro Monat gesenkt. Diese Regelung setzt eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um.

Berücksichtigung von Pflegegeldleistungen nach dem SGB VIII als Einkommen. Das Pflegegeld nach dem SGB VIII, das für die Betreuung und Erziehung (fremder) Kinder gezahlt wird, gilt als Einkommen im Sinne des § 11 SGB II, soweit es eine Anerkennung für den erzieherischen Einsatz darstellt. Der Betrag für den erzieherischen Einsatz wurde nach den aktualisierten Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge mit 202,00 € pro Kind und Monat bewertet. In § 11 SGB II wurde eine Vorschrift aufgenommen, wonach derjenige Teil des Pflegegeldes, der für den erzieherischen Einsatz gezahlt wird, wie folgt anzurechnen ist: Das Pflegegeld für das erste und zweite Pflegekind wird nicht auf das

Arbeitslosengeld II angerechnet. Für das dritte Kind wird das Pflegegeld zu 75 % als Einkommen auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Ab dem vierten Pflegekind wird das Pflegegeld in voller Höhe als Einkommen angerechnet.

Gewährung eines Zuschusses zum BAföG und zur Berufsausbildungsbeihilfe für Härtefälle hilfebedürftiger Jugendlicher bei ungedeckten Unterkunftskosten. Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und der Berufsausbildungsbeihilfe einschließlich Ausbildungsgeld nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) werden regelmäßig pauschaliert gewährt. Um einen Abbruch der Ausbildung zu vermeiden, wenn die in der Ausbildungsförderung berücksichtigten Leistungen für Unterkunft und Heizung nicht bedarfsdeckend sind, wird eine Regelung für solche Auszubildenden getroffen, die Ausbildungsförderung nach dem BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) bzw. Ausbildungsgeld nach dem SGB III beziehen und die bislang von den Leistungen zum Lebensunterhalt ausgeschlossen waren. Im Einzelnen sind dies Auszubildende, die

- BAB beziehen und im eigenen Haushalt wohnen, bei denen die BAB aber die Kosten für Unterkunft und Heizung nicht ausreichend berücksichtigt;
- BAföG als Schüler beziehen und nicht nach § 7 Abs. 6 SGB II anspruchsberechtigt sind;
- BAföG als Studierende im Haushalt der Eltern beziehen und Kosten für die Unterkunft und Heizung beisteuern müssen, weil die Eltern den auf das studierende Kind entfallenden Wohnkostenanteil nicht tragen können, insbesondere wenn sie selbst hilfebedürftig sind und daher einen Teil der Wohnkosten nicht erstattet bekommen;
- Ausbildungsgeld nach dem SGB III beziehen, da diese gleichermaßen vom Anspruchsauschluss betroffen sind.

Die Leistungen sind als Zuschuss ausgestaltet, da nur in dieser Form eine unbelastete Fortführung der Ausbildung ermöglicht wird. Er setzt voraus, dass dem Auszubildenden selbst überhaupt Kosten für Unterkunft und Heizung entstehen und dass diese nach Berücksichtigung von

Einkommen und Vermögen ungedeckt sind.

Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Zum 1. Januar 2007 wird der Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung auf 19,9 % und in der knappschaftlichen Rentenversicherung auf 26,4 % angehoben.

Beiträge in der Alterssicherung der Landwirte. Der Einheitsbeitrag in der Alterssicherung der Landwirte erhöht sich im Jahr 2007 von monatlich 199 € auf 204 € in den alten Ländern und von monatlich 168 € auf 176 € in den neuen Ländern.

Künstlersozialversicherung. Der Abgabesatz der Künstlersozialversicherung wird von 5,5 % auf 5,1 % abgesenkt.



Sonstige wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2007

Elterngeld/Neuregelung der Familienförderung. Das Elterngeld hat ab Januar 2007 das bisherige Erziehungsgeld ersetzt. Es handelt sich beim Elterngeld um eine Lohnersatzleistung, deren Höhe sich am bisherigen Einkommen des betreuenden Elternteils orientiert. Anspruch auf Elterngeld haben grundsätzlich alle Eltern, deren Kind ab dem 1. Januar 2007 geboren wurde. Eltern von Kindern, die bis zu diesem Stichtag geboren wurden, haben weiterhin ggf. Anspruch auf Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz. Das Elterngeld kann nicht nur von bisher in einem Arbeitsverhältnis tätigen Elternteilen in Anspruch genommen werden, sondern auch dann, wenn die Eltern selbstständig oder arbeitslos sind.

Leistungen an die Krankenversicherung. Für das Jahr 2007 wird vom Bund zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben ein Betrag in Höhe von 2,5 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Diese Summe berücksichtigt die mit

dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 und im parlamentarischen Verfahren zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2007 getroffenen Entscheidungen zum Umfang der Bundesbeteiligung. Das am 1. April 2007 in Kraft getretene GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (Gesundheitsreform 2007) bestätigt diesen Betrag und legt fest, dass der Betrag in halbjährlich zum 1. Mai und zum 1. November zu überweisenden Teilbeträgen zu leisten ist.

Föderalismusreform. Die Reform des Föderalismus ist eines der zentralen Themen dieser Legislaturperiode. Im Rahmen der ersten Stufe der Föderalismusreform sind bereits das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (GG) vom 28. August 2006 sowie das Föderalismusreform-Begleitgesetz vom 5. September 2006 in Kraft getreten mit dem Ziel, demokratie- und effizienz hinderliche Zuständigkeitsverflechtungen abzubauen und dadurch wieder klarere Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern zu schaffen. Noch in dieser Legislaturperiode soll die zweite Stufe der Föderalismusreform folgen, welche die Modernisierung der Bund/Länder-Finanzbeziehungen zum Gegenstand hat.

Zur besseren Abgrenzung und Stärkung der Befugnisse des Bundes und der Länder in der Gesetzgebung sind folgende Reformmaßnahmen umgesetzt worden:

- Stärkung der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes in überregional bedeutsamen Bereichen (z.B. Melde- und Ausweiswesen, Kernenergie, Waffen- und Sprengstoffrecht), verbunden mit der Streichung bestimmter Kompetenztitel aus dem Anwendungsbereich des Erforderlichkeitskriteriums nach Art. 72 Abs. 2 GG;
- Stärkung der Gesetzgebungskompetenzen der Länder in regionalbezogenen Regelungsfeldern (z.B. allgemeine Rechtsverhältnisse der Landesbeamten, Strafvollzug, Versammlungsrecht, Ladenschluss); in einigen Bereichen Einführung einer Abweichungsgesetzgebungskompetenz der Länder von im Rahmen der konkurrierenden Zuständigkeit erlassenen Bundesgesetzen;
- Abschaffung der Rahmengesetzgebung durch sachgerechte Aufteilung der dieser Kompetenzart zugeordneten Materien zwischen Bund und Ländern;

- Abbau gegenseitiger Blockaden: Abschaffung der Mitwirkungsrechte des Bundesrates nach Art. 84 Abs. 1 GG gegen Einführung einer Länderkompetenz zur Abweichung von bundesgesetzlichen Vorgaben zu Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren. Schaffung eines neuen, begrenzten Zustimmungstatbestandes bei Bundesgesetzen, welche die Länder zur Erbringung von Geldleistungen, geldwerten Sachleistungen oder vergleichbaren Dienstleistungen gegenüber Dritten verpflichten (Artikel 104 a Abs. 4 GG n. F.).



Die Reformmaßnahmen im Bereich der Finanzverfassung orientieren sich ebenfalls an den Zielen der Entflechtung, klarer Verantwortlichkeit und Handlungsautonomie:

- Abbau von Mischfinanzierungen: Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe (GA) Hochschulbau, der GA Bildungsplanung (Ersetzung durch gemeinsame Evaluation und Bildungsberichterstattung) und der Finanzhilfen zur Wohnraumförderung und zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Modifizierung der GA Forschungsförderung;
- Einschränkung der Finanzhilfekompetenz des Bundes zugunsten der Länder: Zur Vermeidung schematischer Verfestigungen künftig nur noch zeitlich befristete Gewährung von Finanzhilfen bei degressiver Ausgestaltung; regelmäßige Überprüfung der zweckentsprechenden Inanspruchnahme und Verwendung der Bundesmittel; Verbot von Finanzhilfen in Bereichen, in denen der Bund keine Gesetzgebungskompetenz besitzt;
- finanzielle Kompensation: Den Ländern stehen von 2007 bis 2019 für die beendeten Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen jährlich Beträge aus dem Bundeshaushalt zu. Bis 2013 werden diese Beträge aus dem Durchschnitt der Finanzierungsanteile des

Bundes im Referenzzeitraum 2000 bis 2008 ermittelt. Bund und Länder überprüfen bis Ende 2013, in welcher Höhe die den Ländern bis dahin zugewiesenen Finanzierungsmittel zur Aufgabenerfüllung der Länder noch angemessen und erforderlich sind;

- grundgesetzliche Verankerung des nationalen Stabilitätspaktes: Einführung einer Bund/Länder-Verteilung etwaiger Sanktionslasten wegen Verstoßes gegen den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt im Verhältnis 65 % zu 35 %;
- grundgesetzliche Verankerung der Lastentragung von Bund und Ländern bei der Verletzung von supranationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen nach innerstaatlicher Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung;
- Stärkung der Steuerautonomie der Länder durch Einführung einer Gesetzgebungskompetenz zur Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer;
- punktuelle Stärkung der Rechtsposition des Bundes bei der steuerlichen Auftragsverwaltung durch einfachgesetzliche Maßnahmen im Interesse einer Verbesserung der Effizienz des Steuervollzugs (Föderalismusreform-Begleitgesetz).

Haushaltsbegleitgesetz 2006. Angesichts der außerordentlich ernsten Lage der öffentlichen Haushalte und des sich aus dieser Situation für den Bundeshaushalt weiterhin ergebenden erheblichen strukturellen Handlungsbedarfs hatte die Bundesregierung flankierend zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2006 mit einem Haushaltsbegleitgesetz reagiert.

Das Haushaltsbegleitgesetz vom 29. Juni 2006 war und ist Teil eines umfassenden Sanierungskonzepts, das auf allen staatlichen Ebenen zu Mehreinnahmen auf der Einnahmeseite und Einsparungen auf der Ausgabeseite führt. Damit können ab 2007 die beiden finanzpolitischen Eckpfeiler – die Regelgrenze des Artikels 115 GG und das Maastricht-Defizitkriterium – dauerhaft eingehalten werden. Das Gesetz beinhaltet u. a. Regelungen zur Steuer-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Rentenpolitik.

Ausblick. Derzeit befindet sich der Bundeshaushalt 2008 mit der Finanzplanung bis zum Jahre 2011 im Haushaltsaufstellungsver-

fahren. Der entsprechende Entwurf soll am 27. Juni 2007 vom Bundeskabinett beschlossen werden.

2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

Tabelle 3 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leis-

tungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt 2007 mit 138,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 51,0 % an den Gesamtausgaben.

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,3	24,9	24,7	+ 0,3	+ 1,1
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	38,2	12,7	12,6	+ 0,2	+ 1,3
– zusätzlicher Zuschuss	17,9	5,9	5,8	+ 0,1	+ 2,4
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	2,9	2,8	+ 0,04	+ 1,3
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,5	0,2	0,2	– 0,01	– 8,6
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche RV	6,5	2,1	2,2	– 0,03	– 1,5
– Überführung der Zusatzversorgungssys- teme in die RV	2,6	0,8	0,8	– 0,02	– 2,5
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondernversorgungssys- teme in die RV	1,5	0,5	0,5	– 0,02	– 3,3
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	–	–	–	–
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	1,0	1,0	+ 0,002	+ 0,2
darunter:					
– Alterssicherung	2,4	0,6	0,6	– 0,01	– 1,4
– Krankenversicherung	1,2	0,3	0,3	+ 0,02	+ 5,6
– Unfallversicherung	0,1	0,1	0,1	–	–
Arbeitsmarktpolitik	42,9	10,7	10,5	+ 0,2	+ 2,1
darunter:					
– Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	6,5	1,6	–	–	–
– Arbeitslosenhilfe	–	– 0,02	– 0,02	– 0,003	+ 17,8
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,6	0,4	0,3	+ 0,1	+ 22,3
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	35,9	8,8	9,7	– 0,9	– 9,4
darunter:					
– Arbeitslosengeld II	21,4	6,0	7,0	– 1,0	– 13,8
– Beteiligung an den Leistungen für Unter- kunft und Heizung	4,3	1,1	1,0	+ 0,1	+ 12,0
– Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	3,5	0,6	0,8	– 0,2	– 26,9
Elterngeld	1,6	0,03	–	0,03	–
Erziehungsgeld/Mutterschutz	1,9	0,7	0,7	– 0,03	– 4,6
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,03	0,04	– 0,01	– 18,0
Wohngeld	1,0	0,1	0,2	– 0,02	– 12,2
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,1	0,1	– 0,02	– 12,8
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,6	0,8	0,8	– 0,02	– 2,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Allgemeine Dienste

Tabelle 4 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für sogenannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für „Allgemeine Dienste“ werden im Bundeshaushalt 2007 auf 49,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,1 % an den Gesamtausgaben.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 (siehe S. 58) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2007 auf 13,2 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,9 % an den Gesamtausgaben.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Tabelle 6 (siehe S. 58) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und

Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2007 auf 11,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,1 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,3 Mrd. € werden 30,3 % der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt.

Wirtschaftsförderung

Tabelle 7 (siehe S. 59) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2007 auf 6,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,3 % an den Gesamtausgaben.

Übrige Ausgaben

Tabelle 8 (siehe S. 59) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Versorgung	8,5	2,5	2,6	- 0,1	- 2,9
– Ziviler Bereich	4,4	1,3	1,4	- 0,1	- 6,3
– Bundeswehr, -verwaltung	4,1	1,3	1,3	+ 0,01	+ 0,8
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	24,1	5,7	5,6	+ 0,1	+ 2,3
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	8,6	1,6	1,6	- 0,03	- 2,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	4,3	1,5	1,4	+ 0,1	+ 10,3
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,8	0,6	0,5	+ 0,1	+ 12,4
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,5	0,2	0,2	+ 0,04	+ 19,4
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,7	0,4	0,3	+ 0,03	+ 7,5
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,2	0,9	1,0	- 0,05	- 5,2
– Zivildienst	0,6	0,1	0,1	- 0,01	- 4,8
Finanzverwaltung (ohne Versorgung s.o.)	2,6	0,5	0,5	- 0,02	- 3,8
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,0	0,6	0,7	- 0,1	- 7,4

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Investitionsprogramm Ganztagsschulen	1,0	0,2	0,2	+ 0,04	+ 24,5
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,3	1,2	1,4	- 0,2	- 16,7
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,8	0,4	0,4	- 0,05	- 11,0
– Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,5	0,1	0,05	+ 0,03	+ 62,4
– Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung E. V. (FhG) in München	0,4	0,03	0,1	- 0,1	- 70,2
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,3	0,2	0,3	- 0,04	- 15,3
– Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	0,9	0,3	0,2	+ 0,03	+ 13,1
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,1	0,4	0,4	+ 0,01	+ 3,3
Hochschulen	2,2	0,4	0,4	+ 0,002	+ 0,6
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	-	-	0,2	- 0,2	X
– Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,2	-	-	-
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,2	0,2	+ 0,01	+ 6,9
– Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	-	-	-	-
– Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,1	0,01	0,0003	0,01	-
– Hochschulpakt 2020	0,2	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,01	0,02	- 0,02	- 78,1
Nachrichtlich: Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,6	0,7	0,4	+ 0,2	+ 57,5

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,7	0,7	0,8	– 0,04	– 4,6
– Bundesautobahnen	3,2	0,5	0,6	– 0,1	– 15,2
– Bundesstraßen	2,3	0,2	0,2	+ 0,04	+ 26,2
Wasserstraßen und Häfen	1,5	0,2	0,2	– 0,01	– 3,9
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden²	1,3	0,3	–	–	–
Finanzhilfen an die Länder und Investitionszuschüsse	0,3	0,1	0,04	0,01	+ 37,7
Nachrichtlich: Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8					
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,5	0,5	0,3	+ 0,3	X
Bundeseisenbahnvermögen	5,4	1,1	1,1	– 0,02	– 2,3

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.² Bis 2006 Finanzhilfen des Bundes, die ab 2007 durch Kompensationszahlungen an die Länder ersetzt wurden.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7²	0,1	0,1	- 0,02	- 13,0
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,6	0,1	0,1	- 0,01	- 11,9
Förderung des Kohlenbergbaus	1,9	1,7	1,6	+ 0,1	+ 8,4
Mittelstandsförderung	1,0	0,1	0,1	+ 0,02	+ 23,2
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,04	0,04	+ 0,004	+ 10,8
Gewährleistungen	1,2	0,1	0,1	- 0,01	- 8,7
Landwirtschaft	1,0	0,1	0,1	- 0,01	- 8,8
– Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	0,6	0,03	0,05	- 0,02	- 39,6

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.² Soll ohne EFRE-Mittel.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Zinsen	39,3	15,1	15,3	- 0,1	- 0,9
Wohnungswesen	1,4	0,3	0,3	+ 0,01	+ 2,8
darunter die Schwerpunkte:					
– Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,1	–	–	–
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,7	0,1	0,1	- 0,02	- 23,0
Städtebauförderung	0,6	0,05	0,04	+ 0,01	+ 22,5
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,9	0,2	0,2	- 0,03	- 13,7
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,1	0,1	- 0,01	- 10,1

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

3 Entwicklung der Einnahmen

Tabelle 9 (siehe S. 60) gibt einen Überblick über die Einnahmen des Bundes. Die im Soll 2007 mit 220,5 Mrd. € veranschlagten Steuereinnahmen haben den weitaus größten Anteil (88,0 %); die Verwaltungseinnahmen des Bundes sind 2007 auf 30,2 Mrd. € und die Münzeinnahmen auf 0,2 Mrd. € veranschlagt. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen wurde eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € eingeplant.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis März 2007	Januar bis März 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Einnahmen darunter:	250,7	55,7	47,3	+ 8,4	+ 17,9
Steuern	220,5	47,1	38,2	+ 8,9	+ 23,2
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	175,6	40,8	33,8	+ 7,0	+ 20,9
– Lohnsteuer	53,9	11,5	10,5	+ 1,0	+ 9,8
– Veranlagte Einkommensteuer	8,3	0,4	– 0,9	+ 1,2	X
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,6	1,4	1,1	+ 0,3	+ 23,3
– Zinsabschlag	3,6	1,8	1,4	+ 0,5	+ 32,4
– Körperschaftsteuer	10,4	2,7	2,6	+ 0,1	+ 5,1
– Steuern vom Umsatz	92,3	23,0	19,0	+ 4,0	+ 20,9
– Gewerbesteuerumlage	1,5	0,0	0,1	– 0,04	– 50,4
Bundessteuern	86,6	17,4	15,9	+ 1,5	+ 9,3
– Energiesteuer	40,5	4,5	4,5	+ 0,1	+ 1,3
– Tabaksteuer	14,1	2,9	2,8	+ 0,1	+ 4,6
– Solidaritätszuschlag	11,5	2,9	2,6	+ 0,3	+ 12,2
– Versicherungssteuer	10,6	4,5	3,8	+ 0,7	+ 18,8
– Stromsteuer	6,5	1,6	1,5	+ 0,2	+ 10,4
– Branntweinsteuer	2,0	0,4	0,4	+ 0,02	+ 3,9
– Kaffeesteuer	1,0	0,3	0,2	+ 0,1	+ 42,0
– Schaumweinsteuer	0,4	0,1	0,1	– 0,004	– 3,6
– Sonstige Bundessteuern	0,002	0,001	0,0001	0,001	X
Abzugsbeträge	– 41,7	– 11,1	– 11,5	+ 0,4	– 3,1
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,6	– 3,7	– 3,7	– 0,004	+ 0,1
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Ener- giesteueraufkommen	– 6,7	– 1,7	– 1,8	+ 0,1	– 6,3
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 3,9	– 1,4	– 1,2	– 0,2	+ 17,3
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,5	– 4,4	– 4,8	+ 0,4	– 9,3
Sonstige Einnahmen darunter:	30,2	8,6	9,1	– 0,4	– 4,9
– Abführung Bundesbank	3,5	3,5	2,9	+ 0,6	+ 22,4
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,2	1,5	2,5	– 1,0	– 38,9
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	4,0	0,5	0,8	– 0,3	– 36,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2007

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. Quartal 2007	61
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2007	63
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen	64

- Steuereinnahmen von Bund und Ländern stiegen um + 15,4 %.
- Weiterhin dynamische Entwicklung bei den Veranlagungssteuern.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern)¹ im 1. Quartal 2007

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Quartal 2007 nach endgültigen Ergebnissen 110 577 Mio. €, das sind + 14 726 Mio. € bzw. + 15,4 % mehr als im 1. Quartal 2006.

Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2007 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar.

Das Aufkommen der **gemeinschaftlichen Steuern** nahm im 1. Quartal 2007 im Vorjahresvergleich um + 18,0 % zu, wozu alle gemeinschaftlichen Steuerarten beitrugen:

Bei der Lohnsteuer führten mehrere Faktoren zu einem Anstieg um + 8,4 % im Berichtszeitraum: Zum einen fiel der saisonale Abbau der Beschäftigung vor allem im Baugewerbe wegen

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2007

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2007	2006	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	85 884	72 780	13 105	18,0
Reine Bundessteuern	17 377	15 897	1 480	9,3
Reine Ländersteuern	6 354	6 258	95	1,5
Zölle	962	916	46	5,1
Steuereinnahmen insges. (ohne reine Gemeindesteuern)	110 577	95 851	14 726	15,4

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

des ungewöhnlich milden Winters schwächer aus als üblich, zum anderen zeigt sich eine deutliche Zunahme bei den sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen. Der konjunkturelle Aufschwung macht sich zunehmend bemerkbar. Trotzdem dürfte mit Einsetzen des Frühlings der Wegfall des witterungsbedingten Einflusses zu einer Verlangsamung des Zuwachses führen.

Das Kassenaufkommen der **veranlagten Einkommensteuer** veränderte sich von – 2,1 Mrd. € (1. Quartal 2006) auf + 0,8 Mrd. € im 1. Quartal 2007. Getragen wurde diese Entwicklung von den geringeren Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (– 0,2 Mrd. € bzw. – 4,8 %) und insbesondere von den ebenfalls geringeren Auszahlungen der Eigenheimzulage als Konsequenz aus dem Auslaufen dieser Förderung (– 1,2 Mrd. € bzw. – 13,9 %). Die Zahlungsleistungen aus der Investitionszulage haben sich demgegenüber von 87,8 Mio. € im Vorjahresquartal auf 191,8 Mio. € mehr als verdoppelt.

Das Auslaufen des Moratoriums für die Auszahlung von Steuerguthaben (Altkapital-Regelung) hat sich dämpfend auf die Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer** ausgewirkt, die mit + 4,8 % nur einen moderaten Anstieg zeigen. Während Rechtsänderungen wie z. B. die befristete Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für die Unternehmen aufkommensmindernd wirkten, ergaben sich Steigerungen in erster Linie aus höheren Vorauszahlungen für das laufende Kalenderjahr sowie Nachzahlungen aus vorangegangenen Veranlagungszeiträumen.

Beim **Zinsabschlag** setzte sich die positive Entwicklung mit + 1 Mrd. € bzw. + 32,4 % im 1. Quartal 2007 fort und spiegelt somit den weiter nach oben gerichteten Trend bei den Zinssätzen wider. Allerdings war der außergewöhnlich hohe Anstieg allein im Februar 2007 bedingt durch einen Sondereffekt aufgrund der Umbuchung eines dreistelligen Millionenbetrages von den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hin zum Zinsabschlag.

Das Aufkommen bei den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum im 1. Quartal 2007 um + 23,2 %. Die Entwicklung bei dieser Steuerart ist starken Schwankungen unterworfen. Einer Verdoppelung der Zuflüsse im Januar (+ 92,4 %) –

die teilweise auf Sonderausschüttungen von Kapitalgesellschaften im Vorfeld der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer ab dem Veranlagungszeitraum 2007 und auf eine schwache Vorjahresbasis zurückzuführen war – standen Rückgänge in den beiden Folgemonaten gegenüber, zumindest im Februar bedingt auch durch einen negativen Einmaleffekt in einem Bundesland durch die bereits oben erwähnte Umbuchung. Dennoch blieb im Berichtszeitraum ein Plus von + 0,5 Mrd. €.

Die Einnahmen aus den **Steuern vom Umsatz** haben im 1. Quartal 2007 um + 17,2 % zugelegt (Umsatzsteuer + 18,6 %, Einfuhrumsatzsteuer + 12,5 %). Während sich das Aufkommen aus der Umsatzsteuer zu Beginn des Quartals noch aus vorgezogenen Käufen zum Jahresende 2006 (insbesondere auch Bauleistungen) speiste, kommt nunmehr die Erhöhung des Regelsatzes auf 19 % voll zum Tragen. Positiv beeinflusst wurde das Ergebnis auch durch Sonderzahlungen, die Unternehmen mit Dauerfristverlängerung (zweimonatiger Abstand zwischen der Entstehung der Steuer und dem Zahlungseingang bei der Finanzverwaltung) in vergleichsweise hohem Umfang tätigten. Maßgeblich für den Anstieg der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer für Importe aus Nicht-EU-Ländern war ebenfalls die Erhöhung des Steuersatzes.

Die **reinen Bundessteuern** verzeichneten mit + 9,3 % im abgelaufenen Quartal wieder einen höheren Anstieg. Hierzu trugen insbesondere die Versicherungsteuer (+ 18,8 %), der Solidaritätszuschlag (+ 12,2 %) sowie die Stromsteuer (+ 10,4 %) bei. Auch hierin spiegeln sich sowohl die Steuersatzerhöhung zum 1. Januar 2007 als auch die Entwicklung der Bemessungsgrundlage wider. Bei der Tabaksteuer (+ 4,6 %) wirkten sich insbesondere die Vorzieheffekte zu Jahresbeginn in Erwartung der Mindeststeuererhöhung zum 15. Februar 2007 aus, die sich im weiteren Jahresverlauf wieder ausgleichen werden.

Die Einnahmen aus der Energiesteuer verharrten mit + 1,3 % nahezu auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Sinkende Preise dürften für den steigenden Absatz von Heizöl verantwortlich sein (+ 66,8 %), während beim Erdgas die seit Einführung des Energiesteuergesetzes geltende

Neuregelung der Steuerschuldnerschaft zu einer gleichmäßigen Verteilung des Aufkommens auf alle Monate des Jahres führen dürfte (Anstieg im 1. Quartal 2007 um + 5,7 %).

Die Entwicklungsrichtung bei den **reinen Ländersteuern** zeigt mit einer Zunahme um lediglich + 1,5 % nur leicht nach oben. Positive Ergebnisse erzielten die Erbschaftsteuer (+ 9,7 %) und die Grunderwerbsteuer mit + 8,7 % (trotz des bereits sehr hohen Niveaus im Vorjahreszeitraum). Daneben mussten die Kraftfahrzeugsteuer (– 3,0 %), die Rennwett- und Lotteriesteuer (– 10,6 %) und auch die Biersteuer (– 0,6 %) Einnahmeneinbußen hinnehmen.



2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) wiesen im **Januar 2007** gegenüber dem Vorjahresmonat einen Zuwachs von + 12,8 % auf. Dabei verzeichneten die Bundessteuern mit + 27,9 % den stärksten Anstieg, gefolgt von den gemeinschaftlichen Steuern mit + 12,9 %, die Ländersteuern konnten lediglich um + 0,2 % zulegen. Maßgeblich für den überproportionalen Anstieg bei den Bundessteuern war – wie bereits im September 2006 – ein durch zeitliche Verlagerungen der Zuflüsse im Bereich der Energiesteuer (auf Erdgas) bedingter Sonder-effekt.

Im **Februar 2007** gingen insgesamt + 16,7 % mehr Steuern ein als im Vorjahresmonat. Wie bereits im Vormonat zeigte sich bei den gemeinschaftlichen Steuern ein deutliches Plus (+ 16,2 %), auch die Ländersteuern stiegen in diesem Berichtszeitraum um + 2,4 %. Das Aufkommen bei den Bundessteuern lag um + 23,0 % über dem Ergebnis des Vorjahresmonats, getragen von Einnahmesteigerungen bei der Versicherungssteuer (+ 21,4 %), beim Solidaritätszuschlag (+ 9,6 %) und bei der Tabaksteuer (+ 20,3 %).

Der Gesamtzuwachs in Höhe von + 16,4 % im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **März 2007** resultierte aus Aufkommenssteigerungen bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 25,5 %). Die Ländersteuern verzeichneten mit + 2,3 % einen moderaten Anstieg, wobei das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer mit – 6,7 % rückläufig war. Hingegen stiegen die Erbschaftsteuer und die Grunderwerbsteuer um + 14,2 % bzw. + 15,7 %. Bei den reinen Bundessteuern (– 7,8 %) sorgten ein kräftiger Rückgang bei der Energiesteuer (– 14,0 %) und der Stromsteuer (– 22,5 %) sowie Einnahmeverluste bei der Tabaksteuer (– 0,7 %) für das Aufkommensminus. Es lagen lediglich Versicherungssteuer (+ 20,2 %) und Solidaritätszuschlag (+ 12,1 %) im Plus.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2007 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Im Berichtszeitraum konnten bis auf die EU alle Gebietskörperschaften im Vorjahresvergleich zweistellige Zuwächse verbuchen. Die etwas niedrigeren EU-Abführungen und der

Zuwachs bei den Bundessteuern führten in Verbindung mit dem höheren Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz zu dem im Vergleich zu den Ländern günstigeren Ergebnis für den Bund.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Quartal 2007 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

	1. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2007	2006	in Mio. €	in %
Bund ¹	48 565	39 712	8 854	22,3
EU	6 693	6 892	– 199	– 2,9
Länder ¹	49 279	44 224	5 055	11,4
Gemeinden ²	6 040	5 024	1 017	20,2
Zusammen	110 577	95 851	14 726	15,4

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Zinsabschlag und Steuern vom Umsatz.

Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen: Ein international anerkanntes Finanzmarktprodukt für Deutschland

1	Überblick	65
2	Wesentliche Eckpunkte des Gesetzes	66

- Real Estate Investment Trusts (REITs) sind Gesellschaften, deren Unternehmenszweck der Erwerb, die Bewirtschaftung und der Verkauf von Immobilien ist. Aktien dieser Gesellschaften sind börsen-täglich handelbar.
- Deutsche REITs eröffnen Chancen für die deutsche Immobilienwirtschaft und stellen die Wettbewerbsgleichheit mit anderen europäischen Finanz- und Immobilienstandorten her.
- Die Börsennotierung des REIT stärkt den Kapitalmarkt Deutschland und verbessert die Refinanzierungsmöglichkeiten deutscher Unternehmen.

1 Überblick

Rückwirkende Einführung zum 1. Januar 2007

Der Bundesrat hat am 30. März 2007 dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (REIT-Gesetz – REITG) zugestimmt. Damit führt Deutschland REITs rückwirkend zum 1. Januar 2007 ein. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist ein wichtiges Vorhaben des Koalitionsvertrages zur Stärkung des deutschen Finanz- und Immobilienmarktes umgesetzt worden.

Schnittstelle zwischen Kapital- und Immobilienmarkt

REITs sind Gesellschaften, deren Unternehmenszweck der Erwerb, die Bewirtschaftung und der Verkauf von Immobilien ist. Beteiligungen an REITs ermöglichen es, gezielt in einzelne Segmente oder Regionen des Immobilienmarktes bzw. sogar in bestimmte Immobilienarten wie Hotels oder Shopping-Center zu investieren. Dabei verbinden sie die Vorzüge der Handelbarkeit

börsennotierter Aktien mit denen der ausschließlichen Besteuerung der Erträge auf der Ebene des Anlegers. Damit stehen sie als indirekte Immobilienanlage an der Schnittstelle zwischen Kapitalmarkt und Immobilienmarkt.

REITs haben sich als internationales Finanzmarktprodukt inzwischen in über 20 Ländern der Welt etabliert. Mit der Verabschiedung des REIT-Gesetzes hat Deutschland den Einstieg in den internationalen REIT-Markt vollzogen. Der deutsche Immobilienmarkt hat nun die Chance, mit anderen etablierten Märkten wie den USA, Frankreich und Großbritannien gleichzuziehen.

Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Die gesetzliche Einführung des deutschen REIT ergänzt das Spektrum der indirekten Immobilienanlage und trägt so zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, einer Professionalisierung der Immobilienwirtschaft insgesamt und zur Wettbewerbsgleichheit mit anderen europäischen Finanz- und Immobilienstandorten bei. REITs werden zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Immobilienbranche stärken und im Ergebnis auch

positive Effekte auf den Arbeitsmarkt in Deutschland haben.

Ohne deutsche REITs hätte der Finanzplatz Deutschland den Anschluss an die internationale Entwicklung verpasst. In diesem Fall wären allein ausländische REITs auf dem deutschen Finanzmarkt tätig geworden. Deutschland hätte die entsprechende Wertschöpfung verloren und wäre zu einem reinen Vertriebsstandort geworden.

Attraktive und alternative Anlagemöglichkeit für Kapitalanleger

REITs stellen eine attraktive Anlagemöglichkeit sowohl für institutionelle als auch für private Investoren und eine Alternative zu etablierten Kapitalmarktprodukten dar. Auch Kleinanleger werden zukünftig indirekt als Kunden von Investmentfonds, Pensionskassen, Pensionsfonds oder Versicherungsunternehmen von REITs profitieren können. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Vermögensbildung für breite Anlegerschichten und die immer wichtiger werdende private Altersvorsorge hervorzuheben.

Mobilisierung von Unternehmensimmobilien

Den Unternehmen wird durch die Einführung deutscher REITs die Mobilisierung ihrer Immobilien über den Kapitalmarkt ermöglicht. In Deutschland liegt der Eigenbesitzanteil von Unternehmen an Immobilien bei ca. 73 % und ist damit im Vergleich zu den USA mit 25 % und Großbritannien mit 54 % relativ hoch. Allein die 65 größten börsennotierten Gesellschaften in Deutschland verfügen über Immobilienreserven von rund 80 Mrd. €. Die auf drei Jahre befristete steuerbegünstigte Aufdeckung der stillen Reserven schafft zusätzlich einen Anreiz, nicht betriebsnotwendige Immobilien zu veräußern. Das hierdurch frei werdende Eigenkapital stärkt die Liquidität der Unternehmen und ermöglicht ihnen Investitionen in ihr Kerngeschäft. Darüber hinaus ist eine Erhöhung der Eigenkapitalquote der Unternehmen auch gesamtwirtschaftlich im Hinblick auf die Anforderungen nach Basel II von erheblicher Bedeutung.

2 Wesentliche Eckpunkte des Gesetzes

Rechtsform

Der REIT hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft, auf die grundsätzlich die Vorschriften des Aktienrechts anzuwenden sind. Vom Aktienrecht abweichende Spezialregelungen für die REIT-Aktiengesellschaft erfolgen nur, soweit dies zwingend erforderlich ist. Der deutsche REIT unterliegt keiner speziellen Produkt- und Managementaufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Börsenpflicht und Mindeststreubesitz

Der deutsche REIT ist als in Deutschland ansässige Aktiengesellschaft (REIT-AG) ausgestaltet, die zwingend an der Börse notiert sein muss. Der Streubesitz wird durch eine dauerhafte Quote von 15 % gesichert, um deutsche REITs einem breiten Anlegerkreis zugänglich zu machen (Mindeststreubesitz).

Unternehmens- und Anlegerbesteuerung

REITs zeichnen sich dadurch aus, dass die Gewinne nicht auf Gesellschaftsebene besteuert werden, sondern die Besteuerung der Gewinne ausschließlich beim Anleger erfolgt. Die REIT-Aktiengesellschaft selbst ist von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Die Besteuerung der Gewinne des REIT erfolgt nach Ausschüttung direkt beim Anleger als Dividende. Das Halbeinkünfteverfahren findet für Dividenden und Veräußerungsgewinne aus in- und ausländischen REITs keine Anwendung.

Ausschüttungsverpflichtung und Vermögens- und Ertragsanforderungen

Der REIT-Status und die damit verbundene Steuerbefreiung werden nur dann gewährt, wenn der REIT umfangreiche Anforderungen erfüllt. Insbesondere muss er hohe Ausschüttungen von mindestens 90 % des handelsrechtlichen Jahres-

überschusses vornehmen. Dies entspricht dem internationalen Standard für REIT-Systeme, wonach Investitionen nicht primär durch eine Innenfinanzierung aus thesaurierten Gewinnen, sondern durch Kapitalerhöhungen finanziert werden sollen.

Weiterhin muss der REIT mindestens 75 % der Umsatzerlöse und sonstigen Erträge aus Immobilien erzielen, wobei der Schwerpunkt auf der passiven Immobilienbewirtschaftung liegt. Die Möglichkeit von Immobilienveräußerungen wurde begrenzt, um einen reinen Immobilienhandel auszuschließen. Schließlich müssen auch mindestens 75 % der Aktiva seines Vermögens aus Immobilien bestehen.

Bilanzierungsvorschriften

REIT-Aktiengesellschaften haben neben einem Jahresabschluss nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) zusätzlich einen Einzel- oder ggf. Konzernabschluss nach IFRS (International Financial Reporting Standards) zu erstellen.

Der IFRS-Abschluss stellt einen internationalen Standard dar. Für die Anleger hat er Informationsfunktion und dient der Vergleichbarkeit deutscher REIT-Aktiengesellschaften mit konkurrierenden REIT-Gesellschaften anderer Staaten.

Darüber hinaus sind als Bewertungsbasis für die Zusammensetzung des Vermögens und der Erlöse einer REIT-Aktiengesellschaft die Marktwerte („fair value“) nach IFRS zugrunde zu legen.

Die Gewinnausschüttung bemisst sich dagegen nach dem Jahresüberschuss gemäß HGB-Jahresabschluss. Durch das dem HGB innewohnende Vorsichtsprinzip wird sichergestellt, dass nur tatsächlich realisierte Gewinne ausgeschüttet werden.

Höchstbeteiligungsklausel und wertpapierhandelsrechtliche Meldepflichten

An einer REIT-AG darf sich jeder Aktionär nur mit weniger als 10 % direkt beteiligen (Höchstbeteiligungsklausel). Diese Klausel passt zum Charakter der REIT-Aktiengesellschaft als einer Kapitalgesellschaft mit breitem Anlegerkreis. Andererseits sichert dies die nach den Doppel-

besteuerungsabkommen höchstmögliche Quellenbesteuerung ausländischer Anteilseigner und vermeidet so negative Auswirkungen auf das Steueraufkommen.

Sichergestellt wird das vorgesehene System der Höchstbeteiligungsquote durch die Meldepflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz, wonach das Überschreiten bestimmter Meldeschwellen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) anzuzeigen ist.



Exit Tax

Damit sich REIT-Aktiengesellschaften auf dem internationalen Kapitalmarkt etablieren, ist es von entscheidender Bedeutung, zügig eine hinreichende Marktbreite zu erreichen.

Um sowohl die Einführung von REITs zu fördern als auch den Immobilienmarkt zu mobilisieren, ist für einen Zeitraum von drei Jahren eine sogenannte Exit Tax (steuerliche Begünstigung der Aufdeckung stiller Reserven) vorgesehen. Veräußert danach ein Unternehmen in den Jahren 2007 bis 2009 ein Grundstück an eine REIT-Aktiengesellschaft, wird nur die Hälfte des Gewinns besteuert, die andere Hälfte bleibt steuerfrei.

Begünstigt sind jedoch nur solche Grundstücke, die mindestens seit fünf Jahren zum Anlagevermögen des Verkäufers gehören. Diese Frist verhindert die steuerliche Begünstigung von Grundstücksspekulationen. Insgesamt stellt die Exit Tax einen Anreiz zur Hebung stiller Reserven dar und führt zu Steuereinnahmen des Staates, die ohne diesen Anreiz nicht entstanden wären.

Daneben wird auch der Wechsel bestehender steuerpflichtiger Unternehmen in steuerbefreite REIT-Aktiengesellschaften durch die Exit Tax begünstigt. In diesen Fällen ist für Grundstücke eine Vorbesitzfrist von zwei Jahren erforderlich.

Bestandsmietwohnimmobilien

Die Frage der Wohnimmobilien ist in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert worden. Teile der Finanz- und Immobilienwirtschaft hatten eine Einbeziehung der Wohnimmobilien erwartet und nachdrücklich gefordert. Auf der anderen Seite standen sozialpolitische und städtebauliche Bedenken.

Um negative Auswirkungen auf den Mieterschutz sowie die soziale Stadtentwicklung zu vermeiden, nimmt das REIT-Gesetz alle vor dem 1. Januar 2007 erbauten inländischen Immobilien, die zu mehr als 50 % Wohnzwecken dienen, aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes aus. Diese so definierten Bestandsmietwohnimmobilien gehören damit nicht zu den zulässigen Anlagegegenständen deutscher REITs.

Aber auch ohne Bestandsmietwohnimmobilien werden sich deutsche REITs zu einem attraktiven Instrument der indirekten Immobilienanlage entwickeln. Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass Wohnungs-REITs selbst dort, wo sie zulässig sind, im Verhältnis zu den auf Geschäfts- und Gewerbeimmobilien spezialisierten REITs nur einen geringen Anteil ausmachen. So sind in den Immobilienportfolios US-amerikanischer REITs in der Regel zwischen 85 % und 90 % Gewerbeimmobilien und nur zu einem geringen Prozentsatz Wohnimmobilien enthalten.

Da lediglich Bestandsmietwohnimmobilien aus dem Anwendungsbereich ausgenommen sind, ist es REITs möglich, den Neubau von Mietwohnimmobilien zu finanzieren und sich auf diesem Weg auf Wohnimmobilien zu spezialisieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Stadtentwicklung zu leisten.

Abweichend vom Regierungsentwurf dürfen nunmehr auch im Ausland belegene Bestandsmietwohnimmobilien erworben werden. Allerdings folgt aus der Akzeptanz der gesetzgeberischen Ziele anderer Staaten, dass der REIT im Ausland belegenes unbewegliches Vermögen nicht unbeschränkt erwerben und halten darf. Vielmehr muss der deutsche REIT Beschränkungen beachten, die im Belegenheitsstaat der Immobilien für REIT-Gesellschaften oder einem REIT vergleichbare Gesellschaften gelten.

Fazit

Der deutsche REIT wird sich im internationalen Wettbewerb behaupten können und positive Effekte nicht nur auf den Finanzplatz Deutschland, sondern auch auf den deutschen Immobilienmarkt und die deutsche Volkswirtschaft insgesamt haben. Auch der deutsche Arbeitsmarkt wird auf Grund dieser positiven Effekte von der Einführung deutscher REITs profitieren.



Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2006 der EU-Mitgliedstaaten

1	Einleitung	69
2	Das deutsche Stabilitätsprogramm	70
3	Horizontale Diskussion/Ziel des deutschen ECOFIN-Programms	71
4	Überblick über die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme	73
4.1	Länder, die ihr Mittelfristziel erreicht haben	73
4.2	Länder, die ihr Mittelfristziel noch nicht erreicht haben	75
4.3	Länder, die sich im Defizitverfahren befinden	77
5	Eurogruppenvereinbarung zu den Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten	80

- Mehrheitlich positive Auswirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs auf die nationalen Haushalte; beachtliche Abbauschritte beim nominalen Defizit.
- Der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt funktioniert.
- Voraussichtliche Entlassung Deutschlands aus dem übermäßigen Defizitverfahren.
- Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft, die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme komprimierter und länderübergreifend zu erörtern, wurde erreicht.

1 Einleitung

Mit Beginn der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1999 sind die Geld- und Wechselkurspolitik aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Um realwirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der WWU zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, sieht der EG-Vertrag eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der EU vor. Dazu gehört die Vorlage jährlich aktualisierter Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch die Mitgliedstaaten der EU. Nach der Verordnung (EG) Nr.1466/97 erstellen die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, Stabilitätsprogramme, die anderen Mitgliedstaaten Konvergenzprogramme. In den Programmen legen die Mitgliedstaaten unter anderem Informationen zur Entwicklung des Haushaltssaldos und der Staatsverschuldung, zu

den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen, zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor. Die jährlichen Aktualisierungen der Programme müssen der Europäischen Kommission (EU-Kommission) spätestens am 1. Dezember eines jeden Jahres vorliegen. Grundlage der aktuellen Prognose ist das makroökonomische Szenario vom Herbst 2006. Zwischenzeitlich kann vielfach von einer Verbesserung der Wachstumsaussichten in den EU-Mitgliedstaaten ausgegangen werden. Dies könnte im aktuellen Planungszeitraum tendenziell zu geringeren Haushaltsdefiziten bzw. zu Entlastungen (z. B. bei Sozialausgaben) führen, die in der hier dargestellten Planung noch nicht enthalten sein können. Der Berichtszeitraum der jüngsten Aktualisierungen umfasst zumindest die Jahre 2005 bis 2009, einzelne Staaten – darunter auch Deutschland – haben auch Projektionen bis zum Jahr 2010

geliefert, Italien und Großbritannien sogar bis zum Jahr 2011.

Die EU-Kommission analysiert die Programme hinsichtlich der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) und damit insbesondere hinsichtlich der Einhaltung der Maastrichtkriterien des Haushaltsdefizits – 3 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) –, des Schuldenstands – 60 % des BIP – sowie der Abbauschritte des strukturellen Defizits. Die Kommission leitet ferner ihre Bewertungen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) zu und veröffentlicht sie. Dieser hat am 27. Februar 2007 die Programme von 20 Mitgliedstaaten und am 27. März 2007 die Programme fünf weiterer Mitgliedstaaten erörtert und eine Stellungnahme hierzu abgegeben. Die Programme Österreichs und Tschechiens werden voraussichtlich im Juli 2007 diskutiert. Abrufbar sind die Ratsstimmungen („Council opinions“) in englischer Sprache auf der Website der EU-Kommission.¹

2 Das deutsche Stabilitätsprogramm

Das Stabilitätsprogramm Deutschlands hat bereits für das Jahr 2006 – d. h. ein Jahr vor Ablauf der vom Rat dafür gesetzten Frist – ein Defizit des Staatshaushalts ausgewiesen, das mit 2,1 % des BIP deutlich unter dem Maastricht-Referenzwert von 3 % geschätzt wurde. Mittlerweile steht der Ist-Wert fest, der mit 1,7 % des BIP nochmals klar unterhalb der Prognose des Stabilitätsprogramms liegt. Die beachtliche Reduzierung des nominalen Defizits ist neben einer konsequenten Konsolidierungspolitik auch der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und den deutlich über den Schätzungen liegenden Steuereinnahmen im Jahr 2006 zu verdanken. Jüngste Schätzungen bestätigen, dass für das Jahr 2007 mit einem weiteren signifikanten Rückgang des nominalen Defizits zu rechnen ist. In der so genannten Maastricht-Meldung, die der Bundesfinanzminister Ende März an die EU-Kommission übersandt hat, wird für 2007 ein Defizit von 1,2 % des BIP prognostiziert. Im Stabilitätsprogramm war die Bundesregierung noch von 1 ½ % ausgegangen. Das strukturelle Defizit wird im Verlauf der Programmperiode jahresdurchschnittlich um ½ Prozentpunkt zurückgeführt.

In seiner Stellungnahme zum deutschen Programm fordert der Rat Deutschland auf, zusätzliche Einnahmen aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung für den Defizitabbau bzw. zur Erreichung des Mittelfristziels² vor Ablauf des Programmzeitraums zu verwenden. Zugleich solle in Deutschland sichergestellt werden, dass die geplante Unternehmensteuerreform die Haushaltskonsolidierung nicht gefährdet. Des Weiteren seien zusätzliche Reformen, vor allem im Gesundheitswesen, notwendig, um Risiken für die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu senken. Maßgeblich sei auch die Umsetzung der Föde-

¹ http://ec.europa.eu/economy_finance/about/activities/sgp/country/doctype/co_en.htm.

² Unter Mittelfristziel wird das Ziel eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts in konjunkturbereinigter Form verstanden, wobei einmalige und befristete Maßnahmen nicht angerechnet werden. Mittelfristziele werden länderspezifisch festgelegt und bewegen sich innerhalb einer Spanne zwischen – 1 % des BIP und einem ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalt, wobei Deutschland einen Wert von 0 erreichen soll.

alismusreform II, welche die Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und eine Verbesserung der Haushaltsdisziplin zum Ziel hat.



3 Horizontale Diskussion/ Ziel des deutschen ECOFIN- Programms

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und dem Ratssekretariat eine Verfahrensänderung im Hinblick auf die Debatte der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorgenommen. Diese ermöglicht eine länderübergreifende, horizontale Diskussion zu politisch interessanten Fragen wie der Plausibilität des Weges zum Mittelfristziel, der Nutzung der „guten Zeiten“³ im Sinne des SWP und der Frage bestehender Risiken für die Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen. Zu diesem Zweck wurden die Mitgliedstaaten in drei Gruppen eingeteilt.

- In der ersten Gruppe befinden sich Länder, die ihr Mittelfristziel erreicht haben (Niederlande, Irland, Estland, Finnland, Schweden, Dänemark, Spanien, Bulgarien und Lettland).
- In der zweiten Gruppe befinden sich Länder, die ihr Mittelfristziel noch nicht erreicht haben (Frankreich, Slowenien, Zypern, Litauen, Luxemburg, Belgien und Rumänien)
- In der dritten Gruppe befinden sich Länder, die sich im Defizitverfahren⁴ befinden (Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal, Großbritannien, Ungarn, Polen, Slowakei und Malta).

Diese horizontale Einteilung hat im Vergleich zur bisherigen, rein einzelfallbezogenen Debatte den Vorteil, dass jeder Minister sein Land auch relativ zu anderen betrachten kann. Mit der beschriebenen Verfahrensstraffung hat die deutsche Präsidentschaft ein wichtiges Ziel ihres ECOFIN-Programms erreicht. Die horizontale Diskussion hat zudem einen informellen Charakter, es werden bewusst keine formalen Schlussfolgerungen gezogen. Formal wurden vom Rat – wie bisher schon üblich – nur die

³ Diese liegen in der Regel dann vor, wenn das Wirtschaftswachstum eines Landes oberhalb seines Potenzialwachstums liegt (sogenannter positiver Output-Gap).

⁴ Wenn ein übermäßiges Defizit vorliegt, richtet der ECOFIN eine Empfehlung zu dessen Korrektur an den betreffenden Mitgliedstaat; wenn der Mitgliedstaat der Empfehlung nicht Folge leistet, setzt ihn der Rat in Verzug. In seiner Empfehlung (bzw. Inverzugsetzung) legt der Rat eine Frist zur Korrektur des übermäßigen Defizits fest.

Stellungnahmen zu den Programmen der einzelnen Länder vom ECOFIN verabschiedet.

Aus der horizontalen Debatte auf den ECOFIN-Tagungen am 27. Februar und am 27. März 2007 lässt sich Folgendes festhalten:

- Die aktuell gute Wirtschaftslage wirkt sich bereits positiv auf die nationalen Haushalte aus.
- Die „guten Zeiten“ sollten zum Schuldenabbau und zum Abbau struktureller Defizite genutzt werden; eine pro-zyklische Ausgabenpolitik, die sich in einigen Mitgliedstaaten abzeichnet, ist zu vermeiden.
- In einzelnen Staaten gibt es Handlungsbedarf bei der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. In diesen Ländern müssten breit angelegte Reformen, vor allem bei den Rentensystemen, erfolgen, um Fortschritte zu erzielen.
- Bei einzelnen Staaten ist die makroökonomische Stabilität (z.B. aufgrund wachsender Leistungsbilanzdefizite oder Inflation) besonders zu beachten.

Bei den Beratungen wurden aus der ersten Gruppe die Länder Finnland, Schweden und Dänemark angesichts ihrer besonders nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftspolitik positiv hervorgehoben. Aufgrund der durchgehend sinkenden strukturellen Überschüsse bzw. des steigenden strukturellen Defizits in Lettland wurde jedoch bei nahezu allen Staaten aus dieser Gruppe auf die Gefahr einer pro-zyklischen Finanzpolitik hingewiesen. Das Risiko der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen (Betrachtungshorizont bis zum Jahr 2050) wurde bei allen Ländern dieser Gruppe außer bei Irland, Spanien und Bulgarien als gering bezeichnet.

In der zweiten Ländergruppe wurden Luxemburg und Zypern für ihre erfolgreichen Anstrengungen zur Erreichung ihrer Mittelfristziele positiv hervorgehoben; Luxemburg wird es laut Programm bereits im Jahre 2007 erreichen und Zypern im Jahre 2008. Allerdings entsprechen die jährlichen Abbauschritte beim strukturellen

Defizit in einigen Ländern dieser Gruppe (Frankreich, Slowenien und Rumänien) nicht immer dem Richtwert aus dem SWP von mindestens 0,5 % des BIP pro Jahr⁵ und in Rumänien gibt es Anzeichen für eine pro-zyklische Finanzpolitik.

In der dritten Ländergruppe wurden bei den Ländern Malta, Griechenland und Deutschland die erheblichen Fortschritte beim Abbau des Defizits der öffentlichen Haushalte gewürdigt. Diese Länder können voraussichtlich noch während der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Defizitverfahren entlassen werden. In einigen Ländern gibt es teils noch erheblichen Handlungsbedarf. So lag das Haushaltsdefizit in Ungarn bei über 10 % des BIP im Jahr 2006 und die Schuldenstandsquoten in Italien und Griechenland betrugen im Jahr 2006 über 100 % des BIP. In Polen und der Slowakei werden zudem die von der Kommission attestierten „guten Zeiten“ im Sinne des SWP nicht hinreichend zum Defizitabbau genutzt. Es bestehen in einigen Staaten dieser Gruppe hohe Risiken für die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte (Griechenland, Portugal und Ungarn).

⁵ Der reformierte SWP sieht vor, dass ein EU-Mitgliedstaat, der das Mittelfristziel noch nicht erreicht hat, seinen strukturellen Saldo um mindestens 0,5 % des BIP pro Jahr verbessert.

4 Überblick über die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (Betrachtungszeitraum: 2007 bis 2009)

4.1 Länder, die ihr Mittelfristziel erreicht haben

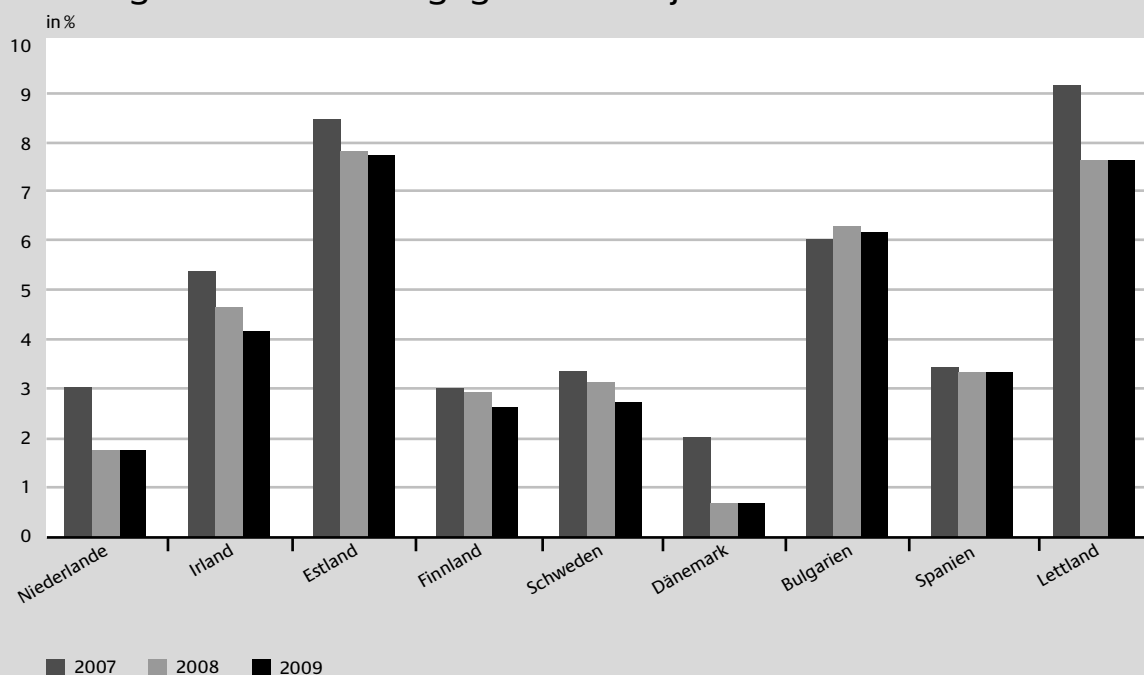
Die meisten Länder dieser Gruppe erwarten nach einem kräftigen BIP-Wachstum im Jahr 2006 für das Jahr 2007 wieder ein leicht schwächeres oder gleich bleibendes Wachstum. Trotz deutlicher Wachstumsverlangsamungen erwarten Lettland und Estland die höchsten Wachstumsraten in dieser Gruppe für 2007. Die Länder mit den niedrigsten Prognosen für das BIP-Wachstum für 2007 sind Dänemark, Finnland und die Niederlande. Für das Jahr 2008 rechnet in dieser Gruppe nur Bulgarien mit einer Wachstumsbelebung im Vergleich zum Vorjahr.

Kein Land aus dieser Gruppe weist dieses Jahr eine Schuldenstandsquote aus, die über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags von 60 % liegt. Zudem gehen alle Länder von einem weiteren Rückgang der Schuldenstandsquote in den kommenden Jahren aus. Die niedrigste Quote weist im Jahr 2007 das Programm von Estland auf, die höchste Quote das Programm der Niederlande.

Die Programme der Länder dieser Gruppe, außer Lettland, weisen Überschüsse der öffentlichen Haushalte über den gesamten Zeitraum 2007 bis 2009 aus. Die höchsten Überschüsse im Jahr 2007 werden für die skandinavischen Länder prognostiziert. In den Folgejahren gehen die Programme der Niederlande, von Estland und von Schweden von einer weiteren Erhöhung der Überschüsse in jedem Jahr aus; hingegen erwarten Irland und Dänemark einen Rückgang in jedem Jahr.

Im Jahr 2006 lagen in allen Ländern dieser Gruppe, außer Lettland, strukturelle Überschüsse⁶ vor, die plangemäß in 2007 abnehmen werden. In den Niederlanden wird sogar von einem strukturellen Defizit im Jahr 2007 ausgegangen,

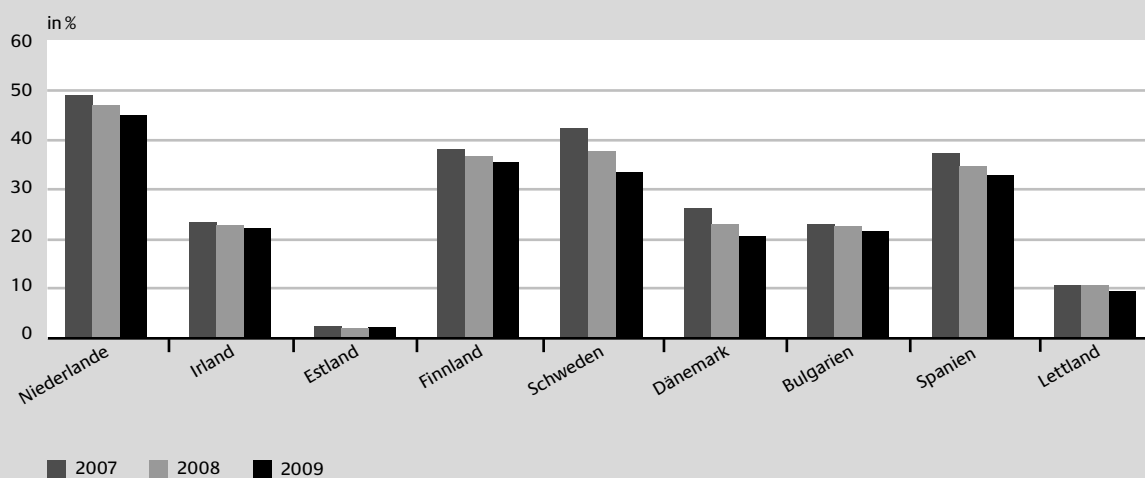
Abbildung 1: BIP-Wachstum gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

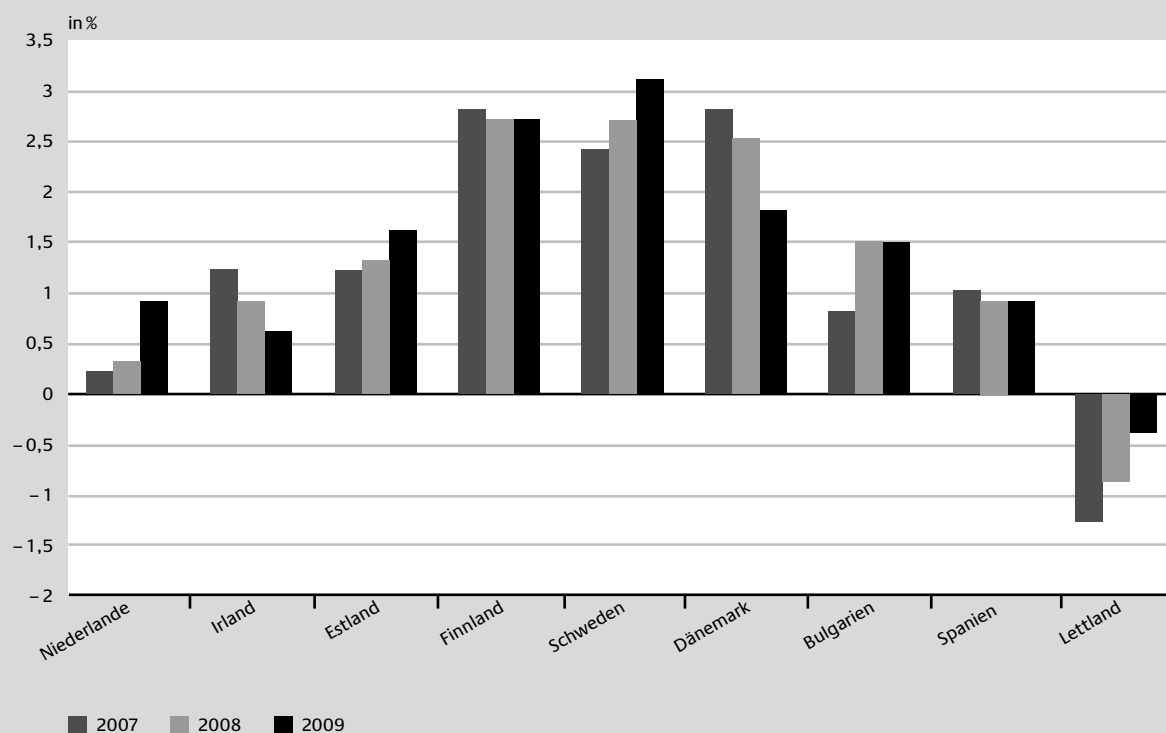
⁶ Strukturelle Überschüsse sind konjunkturell und um Einmalmaßnahmen sowie andere temporäre Effekte bereinigte Überschüsse.

Abbildung 2: Schuldenstand in Relation zum BIP in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

Abbildung 3: Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %

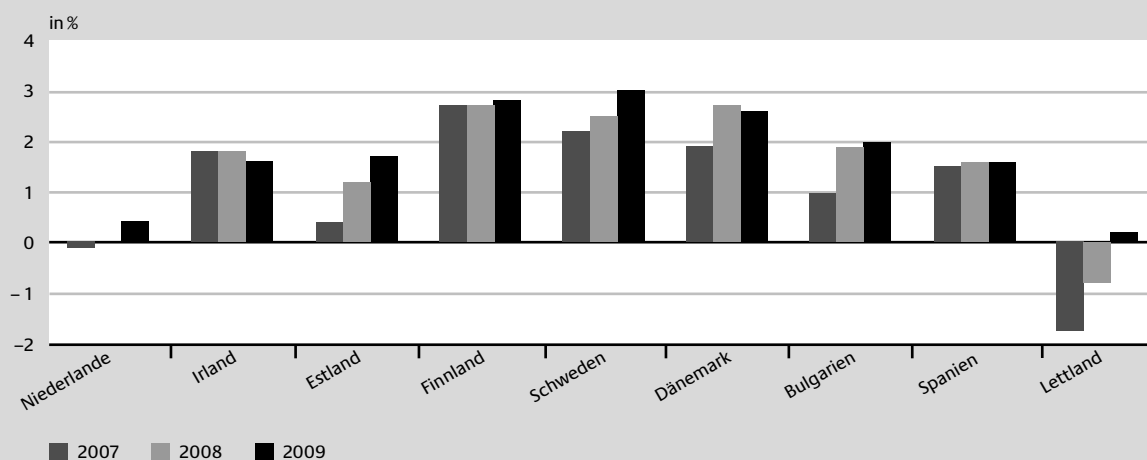


Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

in Lettland wird sich das vorhandene strukturelle Defizit nahezu verdoppeln. Allerdings sehen die meisten Programme für die Folgejahre gleich bleibende oder steigende strukturelle Über-

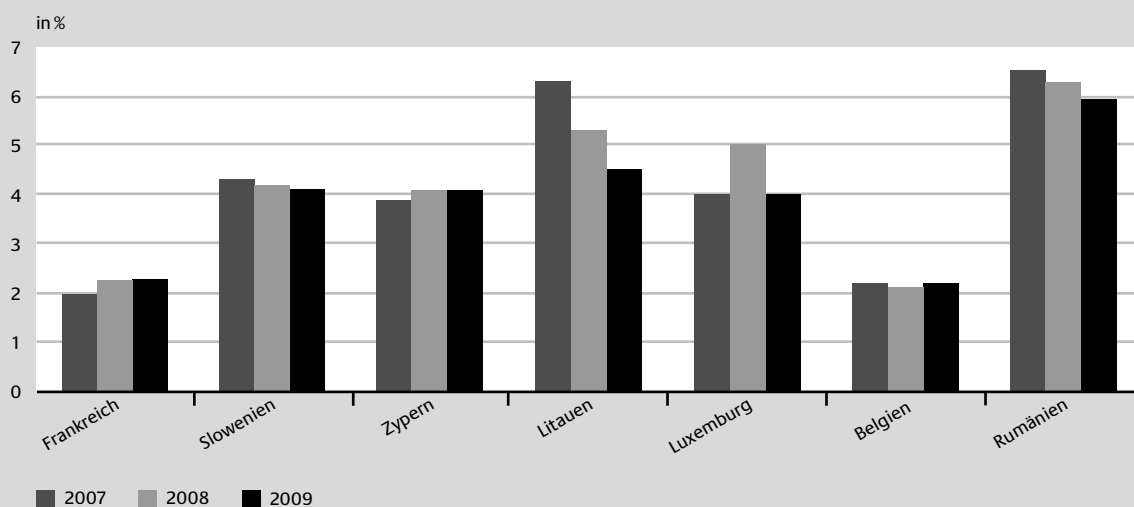
schüsse vor, nur in Irland und Dänemark sollen sie laut Programm im Jahr 2009 wieder sinken. Die höchsten strukturellen Überschüsse im Jahr 2007 erwarten Finnland und Schweden.

Abbildung 4: Strukturelles Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

Abbildung 5: BIP-Wachstum gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

4.2 Länder, die ihr Mittelfristziel noch nicht erreicht haben

Auch die meisten Länder dieser Gruppe erwarten nach einem kräftigen BIP-Wachstum im Jahr 2006 für das Jahr 2007 wieder ein schwächeres oder gleich bleibendes Wachstum. Einzige Ausnahme ist Zypern, für dessen BIP auch in den Folgejahren eine leicht steigende Tendenz prognostiziert wird. Trotz starker Rückgänge erwar-

ten Litauen und Rumänien für 2007 die höchsten Wachstumsraten dieser Gruppe. Die niedrigsten Wachstumsraten für das Jahr 2007 enthalten die Programme von Frankreich⁷ und Belgien.

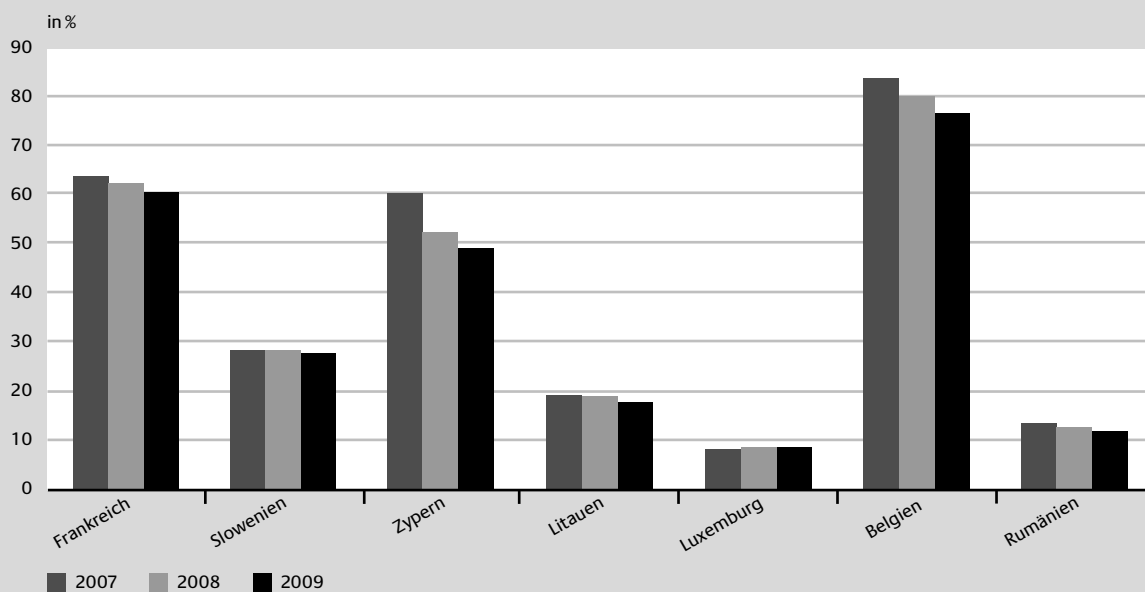
Mit Belgien, Frankreich und Zypern weisen drei Länder dieser Gruppe laut Programm für das Jahr 2007 Schuldenstandsquoten auf, die über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags von 60 % des BIP liegen. Frankreich und Zypern erwarten allerdings eine Unterschreitung des

⁷ Frankreich weist in seinem Stabilitätsprogramm zwei Wachstums-Szenarien aus. Grundlage dieses Berichts ist das pessimistische Szenario (analog zur französischen Finanzplanung).

Wertes in ihrem Programmhorizont (Frankreich im Jahr 2010 und Zypern im Jahr 2008). Die Programme von Luxemburg und Rumänien weisen die niedrigsten Schuldenstandsquoten dieser Gruppe auf.

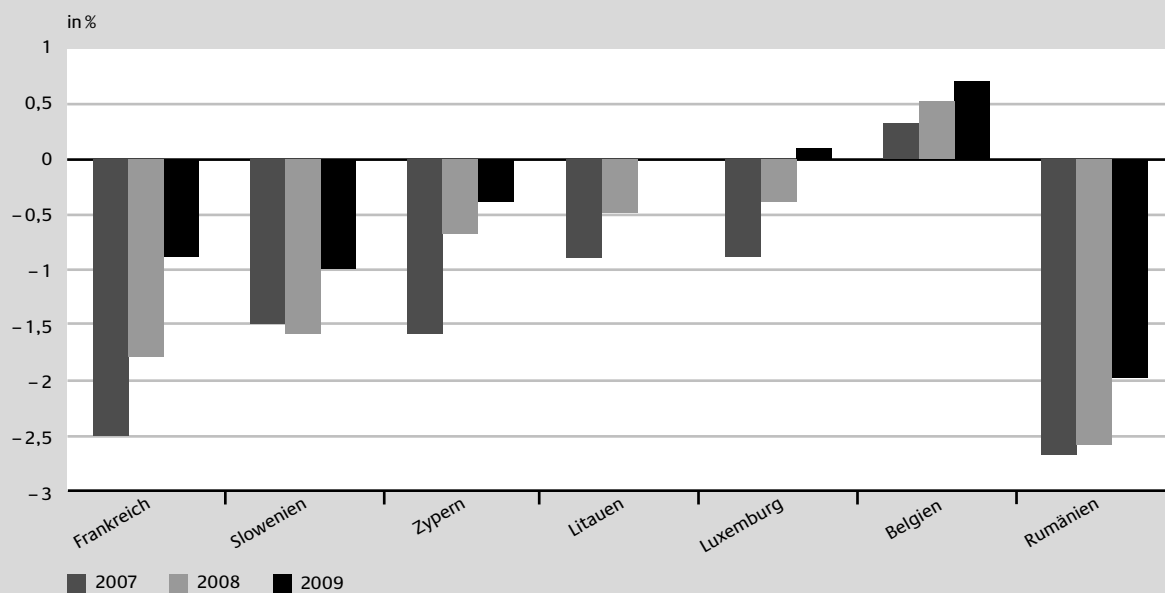
Die meisten Länder dieser Gruppe erwarten einen Rückgang des Defizits der öffentlichen Haushalte im Jahr 2007. Ausnahme ist Rumänien, das mit einer Erhöhung seines Defizits im Jahr 2007 rechnet. Die höchsten Defizite der

Abbildung 6: Schuldenstand in Relation zum BIP in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

Abbildung 7: Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

öffentlichen Haushalte im Jahr 2007 erwarten Frankreich und Rumänien. Alleine das Programm Belgiens weist einen Überschuss aus. Für die Folgejahre prognostizieren alle Programme weitere Reduktionen des Defizits, in Luxemburg soll im Jahr 2009 ein Überschuss erzielt werden.

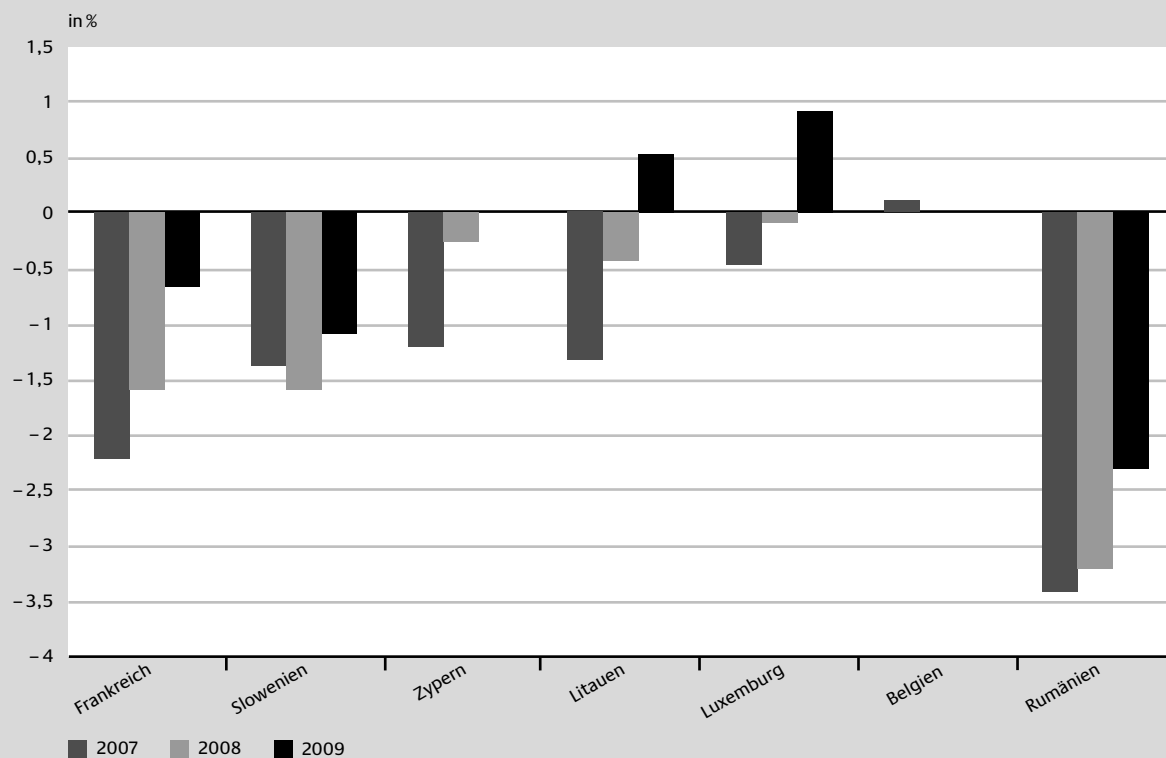
Mit Ausnahme von Rumänien gehen alle Länder dieser Gruppe von einer Reduktion des strukturellen Defizits im Jahr 2007 aus. Außer in Rumänien geht man zudem in allen anderen Ländern von der Erfüllung der verschiedenen Mittelfristziele im Programmhorizont aus. Im Jahr 2007 rechnet allein Belgien mit einem strukturellen Überschuss.

4.3 Länder, die sich im Defizitverfahren befinden

Bei den Prognosen der Entwicklung des BIP-Wachstums der Länder dieser Gruppe ergibt sich ein uneinheitliches Bild. In Portugal, der Slowakei und in Malta wird mit einem höheren Wachstum im Jahr 2007 im Vergleich zum Jahr 2006 gerechnet. In Deutschland, Italien, und Polen wird hingegen eine Dämpfung des Wachstums für das Jahr 2007 prognostiziert. Auch in den Folgejahren bleibt das Bild uneinheitlich. Großbritannien⁸ und die Slowakei rechnen mit einem schwächeren Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 im Vergleich zu 2007.

In den meisten Ländern dieser Gruppe wird für das Jahr 2007 eine Schuldenstandsquote prognostiziert, die über dem Maastricht-Referenzwert von 60 % des BIP liegt. Besonders hohe Schuldenstandsquoten im Jahr 2007 weisen die

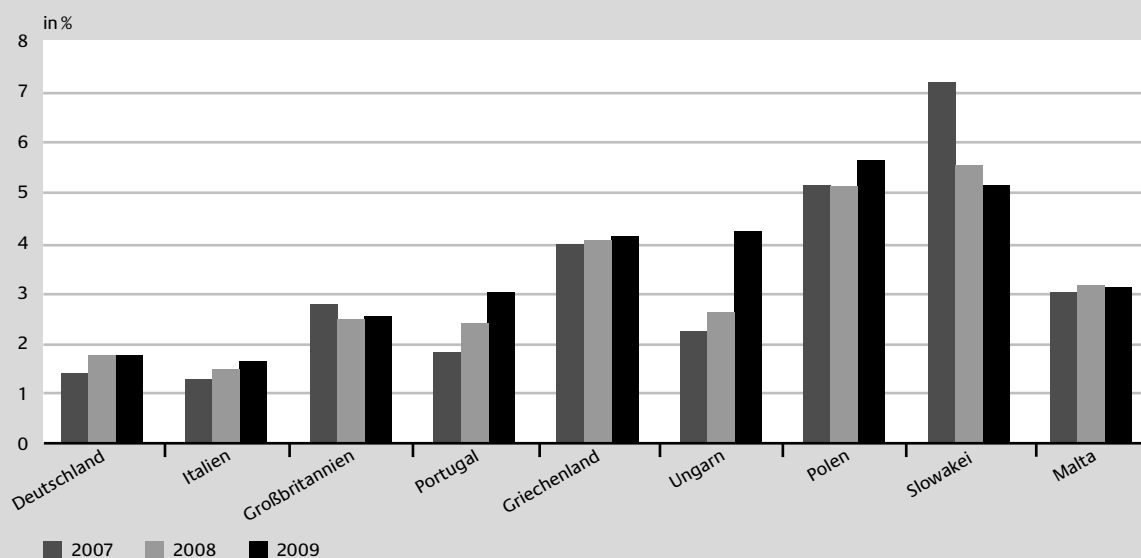
Abbildung 8: Strukturelles Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

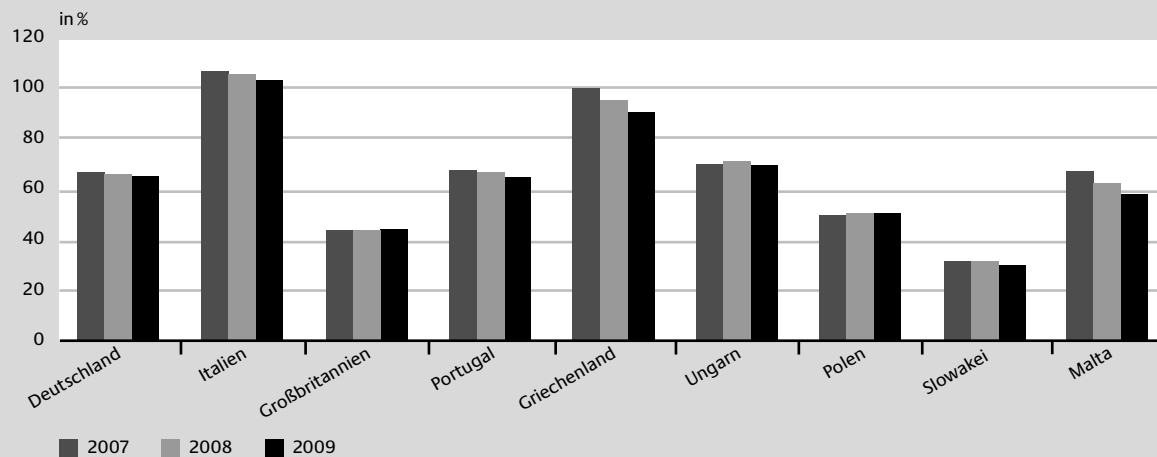
⁸ Wie Frankreich weist auch Großbritannien in seinem Konvergenzprogramm zwei Wachstums-Szenarien aus. Auch im Falle Großbritanniens wird in diesem Bericht das pessimistische Szenario zugrunde gelegt (analog zur britischen Finanzplanung).

Abbildung 9: BIP-Wachstum gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

Abbildung 10: Schuldenstand in Relation zum BIP in %



Quelle: Projektionen aus den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.

Stabilitätsprogramme von Italien und Griechenland aus. Schuldenstandsquoten von unter 60 % des BIP im Jahr 2007 erwarten Großbritannien, Polen⁹ und die Slowakei. In den Folgejahren weisen die meisten Programme dieser Gruppe eine

abfallende Tendenz der Schuldenstandsquoten bis zum Ende des Programmzeitraums auf.

Für das Jahr 2007 prognostizieren alle Länder dieser Gruppe einen Rückgang des Defizits der öffentlichen Haushalte, wobei das Stabilitäts-

⁹ Das Konvergenzprogramm Polens weist für Finanzierungssaldo, strukturelles Finanzierungssaldo und Schuldenstandsquote jeweils zwei verschiedene Werte für jedes Jahr aus. Die in diesem Bericht genannten Werte enthalten zum Zwecke der Vergleichbarkeit mit anderen Staaten auch bestimmte Kosten einer Rentenreform, die auf 2 % des BIP pro Jahr geschätzt werden. Polen hat von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht, wonach beim Konvergenzprogramm 2006 letztmalig die genannten Kenngrößen auch ohne die Belastungen für die öffentlichen Haushalte ausgewiesen werden können, die sich durch die Rentenreform ergeben.

programm Deutschlands mit 1,5 % des BIP das niedrigste Defizit im Jahr 2007 ausweist. Auch in den Folgejahren sollen die Defizite der öffentlichen Haushalte weiter abnehmen, das Konvergenzprogramm von Malta prognostiziert sogar einen leichten Überschuss im Jahr 2009. Ungarn wird im Jahr 2009 gemäß den Programmplanungen das einzige Land sein, dessen Defizit den Maastricht-Referenzwert von 3,0 % des BIP überschreitet.

Der strukturelle Finanzierungssaldo ist in allen Ländern dieser Gruppe im Jahre 2007 negativ. Nur die Stabilitätsprogramme von Italien und Portugal prognostizieren ein Erreichen des Mittelfristziels in der jeweiligen Programmperiode (2011 bzw. 2010), allerdings ist die Zielerreichung nach Ansicht der EU-Kommission in beiden Fällen mit Risiken behaftet. Das niedrigste strukturelle Defizit weist mit 1,5 % das Programm Deutschlands auf.

Abbildung 11: Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %

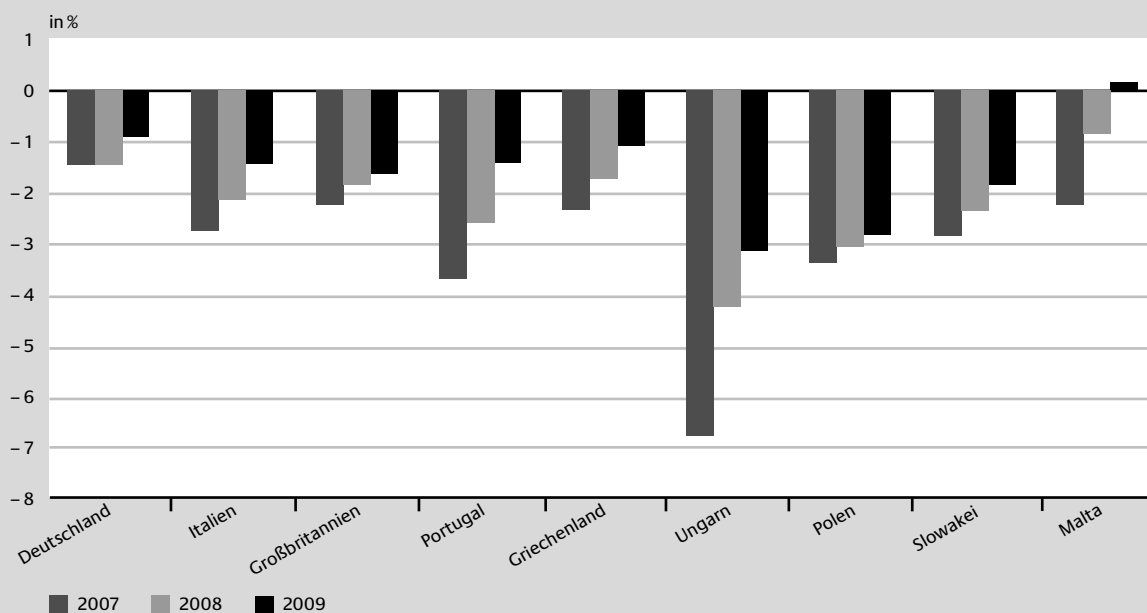
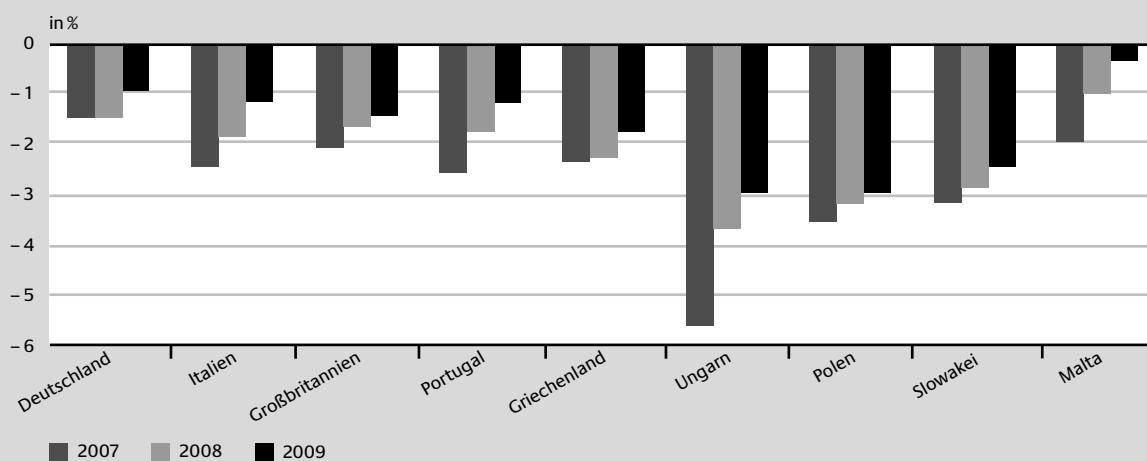


Abbildung 12: Strukturelles Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %



5 Eurogruppenvereinbarung zu den Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten

In der Eurogruppensitzung am Rande des informellen Treffens der ECOFIN-Minister in Berlin (20./21. April 2007) haben die Finanzminister des Euroraums eine Orientierungsdebatte zu den Haushaltspolitiken geführt. Die dabei beschlossenen Orientierungen sollen den Finanzministern gemeinsam mit den Ratsstellungennahmen zu den Stabilitätsprogrammen als Leitlinien für ihre Haushaltsplanungen 2008 dienen. Demnach sollen die ökonomisch guten Zeiten im Einklang mit den Vorgaben des reformierten SWP genutzt werden, um die Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Dabei haben die Finanzminister ihren Willen bekundet, bis 2010 ein Erreichen ihrer jeweiligen mittelfristigen Haushaltsziele anzustreben. Für Deutschland bedeutet dies einen gesamtstaatlich strukturell ausgeglichenen Haushalt.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	107
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
1 Kreditmarktmittel	84
2 Gewährleistungen	85
3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010	85
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	86
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006	88
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	92
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006	94
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	96
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	97
10 Entwicklung der Staatsquote	98
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	99
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	100
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	101
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	102
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	103
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	104
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	105
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	106
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	107
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007	107
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2007	107
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2007	108
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2007	109
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	111
2 Preisentwicklung	111
3 Außenwirtschaft	112
4 Einkommensverteilung	112
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	113
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	114
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	115
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	116
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	117
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	118
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	119
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	122

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. März 2007 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. April 2007 ¹ Mio. €
Anleihen	574 050	2 000	0	576 050
Bundesobligationen	173 949	0	0	173 949
Bundesschatzbriefe	10 275	167	181	10 261
Bundesschatzanweisungen	110 000	7 000	0	117 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 558	5 883	5 897	35 544
Finanzierungsschätze	3 158	193	228	3 123
Schuldscheindarlehen	21 581	27	283	21 325
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	0	0	0	0
Kreditmarktmittel insgesamt	928 776			937 456

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. März 2007 Mio. €	Stand: 30. April 2007 ¹ Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	173 314	186 895
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	288 099	300 117
langfristig (mehr als 4 Jahre)	467 363	450 444
Kreditmarktmittel insgesamt	928 776	937 456

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2007 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2006 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	97,1	106,9
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	28,3	31,2
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,3	60,3

3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist	2006 Ist	2007 Soll	2008	2009	2010
	Finanzplanung					
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,5	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,5	3,4	1,4	0,2	0,7
2. Einnahmen	228,4	232,8	250,7	252,6	253,7	256,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	1,9	12,3	0,8	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	220,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	7,2	13,7	- 1,1	3,6	2,3
3. Finanzierungssaldo	- 31,4	- 28,2	- 19,8	- 21,7	- 21,2	- 20,7
in % der Ausgaben	12,1	10,8	7,3	7,9	7,7	7,5
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)¹	229,4	240,5	238,0	241,0	241,0	242,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	1,6	- 5,3	.	.	.
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,9	216,3	221,1	221,0	219,1
7. Nettokreditaufnahme	- 31,2	- 27,9	- 19,6	- 21,5	- 21,0	- 20,5
8. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	24,0	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	- 2,2	3,2	- 2,2	0,8	- 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Januar 2007.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005 Ist	2006 Ist	2007 Soll	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 110	26 204	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19 891	19 730	19 761	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 206	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 380	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 372	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 008	4 124	4 207	4 278	4 359
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 715	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 517	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 517	8 654	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 543	8 027	7 917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 425	39 233	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	3	4	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	162 467	163 834	162 802	163 005
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 770	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 538	9 141	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	38	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 361	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	142 079	147 697	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	14 275	18 002	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	32 256	27 847	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	91 707	97 633	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	881	825	817	817
an Ausland	3 140	3 024	3 328	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	246 664	250 242	250 499	253 335
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 860	6 730	6 750	6 649
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 326	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	1 029	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
Vermögensübertragungen	12 977	13 302	14 051	13 721	13 332	13 027
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 916	13 674	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 755	6 051	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 700	5 979	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	66	65	77	82
Sondervermögen	–	–	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 161	7 624	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 999	5 333	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 162	2 291	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	376	355	333	320
an andere Bereiche	360	387	376	355	333	320
Unternehmen – Inland	–0	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	160	172	161	155	148	145
Ausland	201	215	215	200	185	175

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	2 687	3 422	3 329	3 856	3 952
Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 778	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1
Länder	53	32	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 777	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	1 666	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	1 058	1 111	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	644	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	578	616	759	874	747
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	24 121	23 102	24 333	23 779	23 938	23 628
¹ Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	23 957	23 425	23 604	23 308
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	– 496	278	463	– 164
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 500	274 300	274 900	276 800

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 732	43 378	23 565	13 984	–	5 830
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 620	7 359	3 735	1 116	–	2 508
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 987	2 746	446	127	–	2 173
03 Verteidigung	27 795	27 408	15 190	11 440	–	778
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 854	2 595	1 791	747	–	56
05 Rechtsschutz	325	313	220	78	–	15
06 Finanzverwaltung	3 151	2 958	2 182	475	–	300
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	12 047	8 515	487	615	–	7 413
13 Hochschulen	1 894	968	7	5	–	956
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 466	1 466	–	–	–	1 466
15 Sonstiges Bildungswesen	461	405	9	59	–	337
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 004	5 384	470	547	–	4 366
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 222	291	1	3	–	288
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	134 509	133 639	198	862	–	132 578
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	85 660	85 660	38	0	–	85 622
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 345	4 345	–	–	–	4 345
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 619	3 396	–	141	–	3 255
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	39 475	39 340	42	662	–	38 635
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	126	126	–	–	–	126
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 285	773	118	59	–	595
3 Gesundheit und Sport	897	698	242	243	–	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	333	311	133	134	–	45
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	333	311	133	134	–	45
32 Sport	124	100	–	18	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	198	156	74	40	–	41
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	242	131	35	50	–	46
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	706	2	2	–	701
41 Wohnungswesen	1 002	702	–	1	–	700
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	1	–	1
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	9	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	475	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	908	490	27	120	–	344
52 Verbesserung der Agrarstruktur	614	229	–	1	–	228
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	113	113	–	54	–	59
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	113	113	–	54	–	59
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	181	148	27	64	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	983	1 641	1 729	4 353	4 321
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	258	2	–	261	261
02 Auswärtige Angelegenheiten	57	1 548	1 636	3 241	3 239
03 Verteidigung	289	89	10	388	358
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	260	–	–	260	260
05 Rechtsschutz	11	–	–	11	11
06 Finanzverwaltung	108	1	84	193	193
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	100	3 433	–	3 533	3 532
13 Hochschulen	1	925	–	926	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	56	–	56	56
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	98	1 522	–	1 620	1 619
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	930	–	931	931
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	861	1	871	521
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	221	1	223	2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	130	–	135	5
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	509	0	512	512
3 Gesundheit und Sport	142	57	–	199	196
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	16	6	–	22	22
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	16	6	–	22	22
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	17	26	–	43	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	109	1	–	111	111
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	748	34	782	782
41 Wohnungswesen	–	266	34	300	300
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	7	–	7	7
44 Städtebauförderung	–	475	–	475	475
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17	400	1	418	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	384	0	385	385
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	17	16	0	33	33

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 745	2 926	49	330	–	2 547
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	418	398	–	185	–	213
621 Kernenergie	211	211	–	–	–	211
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	–	0	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	208	187	–	185	–	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 817	1 797	–	4	–	1 793
64 Handel	85	85	–	53	–	33
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	140	–	2	–	138
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 302	506	49	86	–	371
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	3 450	995	1 821	–	635
72 Straßen	7 524	984	–	863	–	121
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 402	810	491	258	–	61
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	360	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	171	171	42	9	–	120
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 554	1 484	462	690	–	332
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 295	5 767	–	14	–	5 754
81 Wirtschaftsunternehmen	3 909	383	–	14	–	369
832 Eisenbahnen	3 409	77	–	2	–	75
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	500	306	–	12	–	294
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 386	5 384	–	–	–	5 384
873 Sondervermögen	5 361	5 361	–	–	–	5 361
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	25	23	–	–	–	23
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	38 374	545	359	37 469	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	37 506	37 506	–	37	37 469	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	868	868	545	322	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	261 046	237 944	26 110	18 349	37 469	156 016

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	1 023	794	1 819	1 819
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	21	–	21	21
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	21	–	21	21
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	983	–	983	983
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	794	796	796
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 798	1 763	–	7 562	7 562
72 Straßen	5 148	1 393	–	6 541	6 541
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	592	–	–	592	592
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	359	–	359	359
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	12	–	69	69
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	62	3 338	128	3 527	3 527
81 Wirtschaftsunternehmen	61	3 338	128	3 526	3 526
832 Eisenbahnen	–	3 235	98	3 332	3 332
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	61	103	30	194	194
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	–	–	2	2
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	2	–	–	2	2
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	7 112	13 302	2 687	23 102	22 715

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer-aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse							Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,4
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	250,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	12,3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 19,8
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,3	15,5
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	39,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,5	60,0
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	24,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	3,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	34,3	37,3
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	13,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	81,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	88,0
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	42,1	42,8
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	7,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	81,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	67,2	73,6
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1489 1/2	1517
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	918	938

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004 ²	2005 ²	2006 ²
	Mrd. €					
Öffentlicher Gesamthaushalt¹						
Ausgaben	604,3	611,4	618,1	612,5	625,9	636,0
Einnahmen	557,7	554,6	551,6	547,2	572,9	595,5
Finanzierungssaldo	- 46,6	- 57,1	- 66,5	- 65,3	- 53,0	- 40,0
darunter:						
Bund						
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder						
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	256,1	259,3	258,7
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	231,7	235,3	248,7
Finanzierungssaldo	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 10,0
Gemeinden						
Ausgaben	148,3	150,0	148,0	149,2	153,3	155,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,1	145,3	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	- 4,1	- 3,7	- 7,0	- 3,8	- 2,2	3,0
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %					
Öffentlicher Gesamthaushalt						
Ausgaben	0,9	1,2	1,1	- 0,9	2,2	1,6
Einnahmen	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,8	4,7	3,9
darunter:						
Bund						
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder						
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	- 1,4	1,3	- 0,2
Einnahmen	- 3,9	- 1,0	0,3	1,1	1,6	5,7
Gemeinden						
Ausgaben	1,6	1,1	- 1,3	0,8	2,8	1,6
Einnahmen	- 2,5	1,4	- 3,6	3,0	3,9	5,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PTVersorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Mai 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004 ²	2005 ²	2006 ²
	Anteile in %					
Finanzierungssaldo						
(1) in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,4	- 1,7
darunter:						
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 0,4
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,7	- 9,3	-10,8	-10,7	- 8,5	- 6,3
darunter:						
Bund	- 9,4	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	- 10,8
Länder	- 9,6	-11,4	-11,7	- 9,5	- 9,3	- 3,9
Gemeinden	- 2,8	- 2,5	- 4,7	- 2,5	- 1,4	1,9
Ausgaben in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,6
darunter:						
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,3
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2
Gemeinden	7,0	7,0	6,8	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,5	20,1	20,2	21,2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Mai 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006 ²	484,9	244,1	240,7	50,4	49,6
2007 ²	514,1	249,4	264,7	48,5	51,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006.
Stand: November 2006.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,5	37,7
2004 ³	21,8	39,8	20,1	37,0
2005 ³	22,0	39,7	20,2	36,8
2006 ⁴	23,0	40,4	21	37 ¹ / ₂

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

⁴ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,8	26,0	20,8
2006 ⁶	45,7	25,5	20,2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Ergebnis der VGR; Stand: August 2006.

⁶ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schulden in Mio. € ¹							
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 198 145	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505	1 485 352
Bund ²	715 627	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 055
Sonderrechnungen Bund (SR)	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	333 187	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 563
Gemeinden	82 991	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 710
Zweckverbände	8 070	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	7 467
nachrichtlich:							
Bund + SR	773 897	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 611
Länder + Gemeinden	416 178	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 273
nachrichtlich:							
Länder (West) ³	278 358	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	54 828	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 646
Gemeinden (West)	67 345	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	.
Gemeinden (Ost)	15 646	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	.
Länder und Gemeinden (West)	345 703	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	.
Länder und Gemeinden (Ost)	70 474	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	.
nachrichtlich:							
Sonderrechnungen Bund	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	18 386	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 329
Fonds Deutsche Einheit	39 680	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	204	285	369	469	400	301	227
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,1	57,0	58,5	61,3	63,2	64,6	64,4
Bund ²	34,7	33,0	33,6	35,2	36,4	38,9	39,1
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,2	16,9	18,0	19,2	20,1	20,9	20,8
Gemeinden	4,0	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:							
Bund + SR	37,5	35,8	36,3	37,9	39,0	39,6	39,7
Länder + Gemeinden	20,2	20,8	21,8	23,1	23,9	24,6	24,3
nachrichtlich:							
Länder (West) ³	13,5	14,2	15,1	16,1	16,9	17,6	17,6
Länder (Ost)	2,7	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,3	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	.
Gemeinden (Ost)	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	.
Länder und Gemeinden (West)	16,8	17,4	18,2	19,3	20,0	20,7	.
Länder und Gemeinden (Ost)	3,4	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	.
nachrichtlich:							
Maastricht-Schuldenstand ⁴	59,7	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9	67,9
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	14 579	14 622	15 195	16 066	16 909	17 552	18 032
je Erwerbstätigen	30 609	30 621	32 054	34 235	35 883	37 285	37 983
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 062,5	2 113,2	2 143,2	2 161,5	2 207,2	2 241,0	2 307,2
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,183	82,335	82,475	82,518	82,498	82,468	82,372
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,144	39,316	39,096	38,724	38,875	38,823	39,106

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

³ West- und Ost-Berlin.

⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,2	- 2,2
2002 ⁵	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	57,3	2,7
2003 ⁵	- 87,0	- 79,3	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 67,5	- 3,1
2004 ⁵	- 82,5	- 81,1	- 1,4	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 65,3	- 3,0
2005 ⁵	- 72,6	- 69,2	- 3,4	- 3,2	- 3,1	- 0,2	- 53,0	- 2,4
2006 ⁶	- 39,5	- 43,5	3,9	- 1,7	- 1,9	0,2	- 37 1/2	- 1 1/2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2006.

⁶ Erstes vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung; Stand: Februar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 1,7	- 0,6	- 0,3
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,1	0,0	- 2,3	0,2	- 0,1	- 0,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,2	- 7,9	- 5,5	- 2,6	- 2,4	- 2,7
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,8	1,4	1,2
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 3,0	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,4	1,4	1,0	2,9	1,5	1,0
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,1	- 2,2
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,4	- 1,2	- 0,3	0,1	0,4	0,6
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,6	- 0,7	0,0
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,1	- 0,9	- 0,8
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,3	- 6,1	- 3,9	- 3,5	- 3,2
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,9	3,7	3,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,0	- 2,8	- 2,5	- 1,6	- 1,0	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	- 0,9	2,2	1,9	3,3	2,0	2,0
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	3,2	0,0	2,0	4,7	4,2	3,7	3,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	3,8	3,7	3,5
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,2	0,4	0,2	0,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Malta	-	-	-	-	- 6,2	-10,0	- 4,9	- 3,1	- 2,6	- 2,1	- 1,6
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,9	- 3,4	- 3,3
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 3,2	- 3,2
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,1	2,2	2,2	2,4
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,4	- 2,9	- 2,8
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,5	- 2,9	- 3,9	- 3,6
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,8	- 4,9
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,6	- 3,2	- 3,1	- 3,1	- 2,8	- 2,6	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,4
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,0
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,3	- 2,6	- 2,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 3,9	- 3,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: Mai 2007.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,9	65,4	63,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,1	85,6	82,6
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,6	100,9	97,6
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,8	46,2	43,2	39,9	37,0	34,6
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,3	66,2	63,9	62,9	61,9
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,2	29,7	27,4	24,9	23,0	21,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	105,0	103,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,1	6,8	6,7	6,0
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	48,7	47,7	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,9	63,5	62,2	60,6	59,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,8	58,2	63,6	64,7	65,4	65,8
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,6	28,9	28,4	27,8	27,5	27,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,1	37,0	35,2
Euroraum	33,5	50,3	56,7	72,4	69,2	69,2	69,7	70,5	69,0	66,9	65,0
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	20,9	19,0
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,2	25,0	20,0
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,4	4,1	2,7	2,3
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,0	10,0	8,0	6,7
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	18,6	19,9
Malta	–	–	–	–	56,0	70,4	73,9	72,4	66,5	65,9	64,3
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,8	48,4	49,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,8	13,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	46,9	42,1	37,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,5	34,5	30,7	29,7	29,4
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,4	30,6	30,9
Ungarn	–	–	–	–	54,2	58,0	59,4	61,7	66,0	67,1	68,1
Vereinigtes Königreich	52,3	51,8	33,4	51,0	41,2	38,8	40,3	42,2	43,5	44,0	44,5
Zypern	–	–	–	–	58,8	69,1	70,3	69,2	65,3	61,5	54,8
EU-27	–	–	–	–	61,8	61,8	62,2	62,9	61,7	59,9	58,3
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,2	62,0	62,2	61,2	62,5	63,0
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	173,1	175,7	175,7	175,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	–	–	–	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	–	–	–	–	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	–	–	–	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	44,4	45,1	48,3	47,0	46,8	46,1	45,1
Belgien	52,2	49,1	51,1	49,6	50,1	50,1	49,9
Dänemark	55,9	53,9	54,9	54,8	53,0	51,7	50,8
Finnland	48,3	48,8	50,9	51,2	50,8	50,5	50,5
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,7	54,4	54,5	53,9
Griechenland	50,2	52,2	49,4	49,2	46,7	46,0	45,8
Irland	43,1	31,6	33,4	33,7	34,6	34,8	35,1
Italien	53,5	46,1	48,2	47,8	48,2	47,8	48,1
Japan	31,8	39,2	38,5	37,3	36,9	36,7	36,5
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,3	38,9	39,1
Luxemburg	37,7	37,7	42,1	43,2	43,3	41,7	41,2
Niederlande	53,1	43,7	47,1	46,6	45,7	46,5	45,6
Norwegen	54,0	42,7	48,5	45,9	42,9	41,8	41,8
Österreich	51,5	51,4	51,0	50,1	49,6	48,6	47,7
Polen	–	41,0	44,6	42,5	42,8	43,3	43,5
Portugal	40,0	43,1	45,9	46,4	47,8	47,2	47,4
Schweden	61,3	56,8	58,2	56,7	56,4	56,7	55,5
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,6	36,4	36,1	35,9
Slowakei	–	50,9	39,8	39,8	37,7	36,5	35,7
Spanien	42,6	39,0	38,3	38,8	38,2	38,2	38,3
Tschechien	–	42,0	47,5	44,3	43,9	43,9	43,7
Ungarn	–	47,4	49,8	49,4	50,5	49,3	49,2
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,6	36,7
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	44,0	45,1	45,6	45,9

¹ 1990 nur alte Bundesländer.
 Quelle: OECD-Outlook Nr. 79.
 Stand: Juni 2006.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

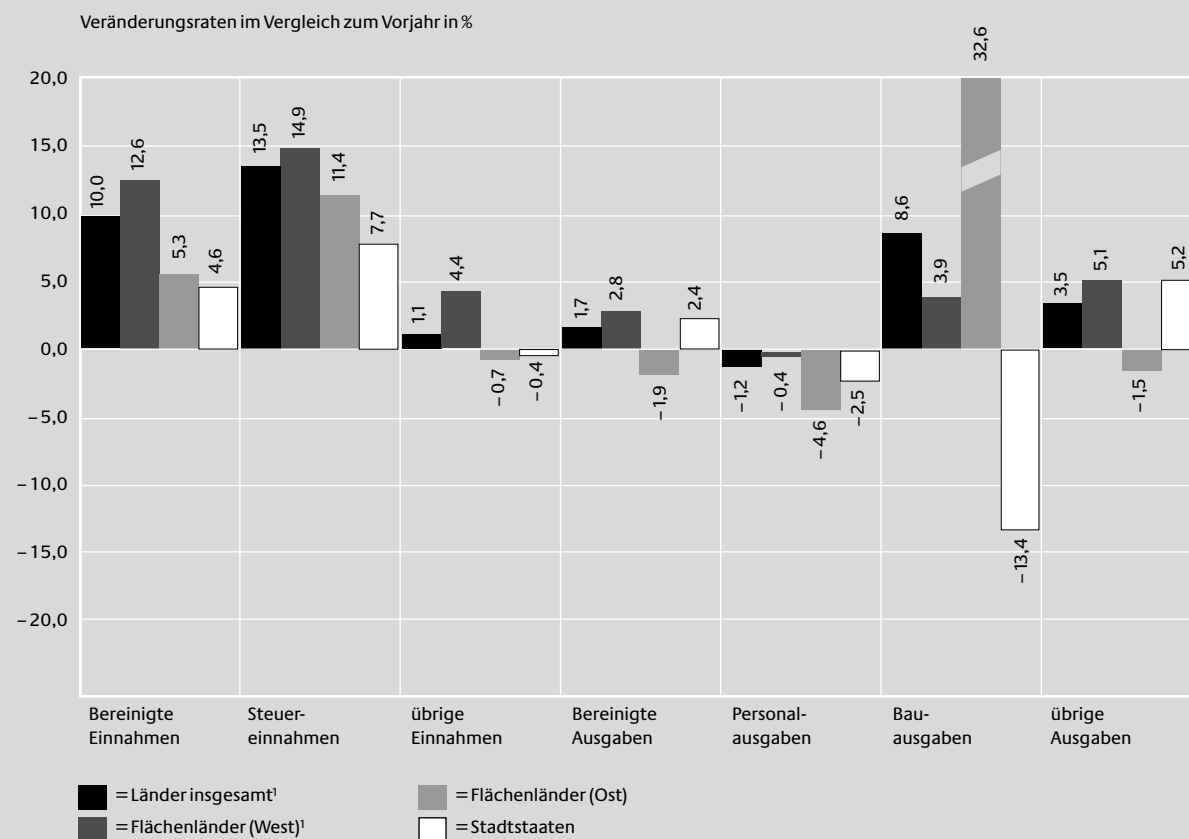
Stand: Februar 2007.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	174 186	43 822	50 524	12 816	29 725	7 994	248 819	63 046
darunter:								
Steuereinnahmen	139 904	34 937	25 492	6 748	18 359	5 064	183 755	46 749
übrige Einnahmen	34 282	8 885	25 033	6 069	11 365	2 930	65 064	16 298
Bereinigte Ausgaben	183 753	49 161	52 229	12 257	33 966	8 894	264 332	68 726
darunter:								
Personalausgaben	71 862	19 540	12 429	3 121	10 889	2 882	95 180	25 544
Bauausgaben	2 396	294	1 647	187	673	83	4 716	563
übrige Ausgaben	109 495	29 327	38 153	8 949	22 404	5 930	164 436	42 619
Finanzierungssaldo	- 9 564	- 5 339	- 1 704	560	- 4 244	- 900	- 15 512	- 5 680

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2007



¹ Ohne Saarland.

3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	März 2006			Februar 2007			März 2007		
		Bund	Länder ⁵	Ins- gesamt ⁵	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	47 258	56 715	100 198	34 766	39 253	71 543	55 695	63 046	114 716
111	darunter: Steuereinnahmen	38 198	40 699	78 897	31 153	31 004	62 157	47 075	46 749	93 823
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	66 192 ³	21 668	87 860	43 884 ³	11 482	55 366	58 223 ³	16 215	74 438
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	74 599	66 729	137 553	57 108	44 871	99 503	75 633	68 726	140 334
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	7 009	25 468	32 476	4 834	18 079	22 913	6 911	25 544	32 455
122	Baus Ausgaben	621	509	1 130	383	290	673	658	563	1 222
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	– 135	– 135	–	13	13	–	149	149
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	65 552	19 065	84 617	44 325	15 833	60 159	66 730	22 781	89 511
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 27 341	– 10 015	– 37 356	– 22 342	– 5 618	– 27 960	– 19 938	– 5 680	– 25 618
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	0	324	324	0	200	200	0	200	200
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0	52	52	0	60	60	0	900	900
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	0	272	272	0	140	140	0	– 700	– 700
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	744	2 914	3 657	– 389	– 4 380	– 4 769	– 7 694	– 5 799	– 13 492
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0	52	52	0	– 115	– 115	0	– 115	– 115
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0	– 942	– 942	0	–	0	0	–	0
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	11 611	7 568	19 179	4 078	7 276	11 354	7 317	8 698	16 015
32	Vorschüsse	0	12 485	12 485	0	10 003	10 003	0	9 944	9 944
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	0	5 068	5 068	0	8 183	8 183	0	8 961	8 961
34	Saldo (31–32+33)	11 611	151	11 762	4 078	5 456	9 534	7 317	7 715	15 032
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 14 986	– 7 569	– 22 555	– 18 653	– 4 516	– 23 169	– 20 315	– 4 578	– 24 893
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	14 986	4 616	19 602	18 653	4 655	23 308	20 315	2 770	23 085
52	Schatzwechsel	0	–	0	0	–	0	0	–	0
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	0	–	0	0	–	0	0	–	0
54	Kassenkredit vom Bund	0	–	0	0	–	0	–	–	–
55	Sonstige	0	252	252	0	975	975	0	592	592
56	Zusammen	14 986	4 868	19 854	18 653	5 630	24 283	20 315	3 362	23 677
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 2 700	– 2 700	0	1 114	1 114	0	– 1 216	– 1 216
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	938	938	–	1 066	1 066	–	1 565	1 565
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 971	1 971	–	3 093	3 093	–	2 931	2 931

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Ohne Saarland.

Stand: Mai 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	7 945,7	8 808,9	2 354,8	5 029,1	1 566,9	5 639,3	11 124,7	2 920,0	679,1
111	darunter: Steuereinnahmen	6 254,8	7 117,1	1 314,1	4 379,4	790,8	3 664,1	9 569,7 ⁶	1 979,3	545,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	0,0	149,6	0,0	131,0	35,5	0,0	86,8	28,6
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 851,5	1 400,0	429,9	0,0	–35,6	1 000,0	4 134,9	2 700,4	503,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	8 706,9	9 712,1	2 311,1	5 405,6	1 668,6	5 725,2	13 094,8	3 635,5	867,5
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	3 939,9	4 546,7	588,0	1 715,1	369,4	2 101,4 ³	4 509,1 ³	1 428,3	376,3
122	Bauausgaben	52,0	119,8	4,6	61,9	33,5	13,3	16,7	5,5	10,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	456,1	764,0	0,0	868,9	0,0	–	–169,0	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 271,1	1 317,4	1 227,2	1 499,0	201,4	1 783,1	6 247,1	2 838,2	594,8
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–761,2	–903,2	43,7	–376,4	–101,7	–85,9	–1 970,1	–715,4	–188,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	118,5	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	847,3	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–728,8	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	597,4	181,2	–536,1	–1 516,5	–237,1	–776,7	–2 122,7	–128,4	–97,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	882,7	0,0	–1 119,5	0,0	–	0,0	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 660,0	1 767,4	307,2	1 216,6	332,9	198,0	1 660,5	904,2	181,1
32	Vorschüsse	2 463,2	4 447,6	7,4	16,2	0,6	674,3	139,4	328,2	–20,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	253,3	3 248,4	0,0	732,6	186,0	1 199,4	587,3	2,4	7,7
34	Saldo (31–32+33)	–549,9	568,2	299,8	1 933,0	518,3	723,1	2 108,4	578,3	209,5
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–178,5	0,0	–192,6	–1 079,4	179,5	–139,5	–1 984,4	–265,5	–76,3
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	180,0	3,3	0,0	8,0	2 030,0	266,0	150,2
52	Schatzwechsel	–	0,0	–	0,0	0,0	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	0,0	–	0,0	0,0	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	0,0	–	0,0	0,0	–	–	–	–
55	Sonstige	–	0,0	–	232,0	0,0	360,0	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	180,0	235,3	0,0	368,0	2 030,0	266,0	150,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–178,5	0,0	–12,6	–844,1	179,5	228,5	45,6	0,5	74,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	0,0	–	0,0	–	903,9	0,0	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	0,0	–	0,0	–	1 199,4	582,9	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne April-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten –14,302 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Mai 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	4 247,4	2 288,3	1 860,3	2 358,8	4 933,8	744,6	2 445,0	63 046,4
111	darunter: Steuereinnahmen	2 166,9	1 221,5	1 427,3	1 254,4	2 530,1	465,1	2 069,0	46 748,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	302,1	169,4	34,7	170,9	715,9	75,8	0,0	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	– 213,0	32,7	1 528,2	1 012,1	1 614,3	983,9	– 727,8	16 215,1
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	3 438,2	2 499,5	2 199,1	2 339,2	5 335,4	1 082,9	2 605,1	68 726,4
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 038,3	540,9	923,6	584,8	1 825,5	320,4	736,1	25 543,8
122	Bauausgaben	92,6	21,6	14,5	34,4	18,4	14,0	50,2	563,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	0,0	0,0	0,0	–	–	0,0	129,3	149,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	459,3	659,2	1 656,8	713,8	1 832,9	480,0	0,0	22 781,3
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	809,2	– 211,2	– 338,8	19,6	– 401,6	– 338,3	– 160,1	– 5 679,8
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	0,0	–	–	–	–	81,9	0,0	200,4
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0,0	–	–	–	–	52,7	0,0	900,0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	0,0	–	–	–	–	29,2	0,0	– 699,6
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 674,6	– 627,4	– 128,9	299,3	189,6	500,4	– 720,7	– 5 798,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,0	0,0	–	–	–	– 409,0	– 4,0	– 114,6
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	0,0	–	–	–	0,0	0,0	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	321,4	960,0	0,0	14,8	– 141,3	– 49,8	– 634,8	8 698,2
32	Vorschüsse	1 940,0	235,0	0,0	343,3	–	– 26,8	– 603,4	9 944,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 396,1	92,6	0,0	2,2	367,8	223,7	661,2	8 960,7
34	Saldo (31–32+33)	– 222,5	817,6	0,0 ⁵	– 326,3	226,5	200,8	629,8	7 714,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 87,9	– 21,1	– 467,7	– 7,4	14,5	– 16,9	– 255,0	– 4 578,2
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	59,7	73,0	2 770,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	0,0	0,0	592,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	59,7	73,0	3 362,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	– 87,9	– 21,1	– 467,7	– 7,4	14,5	42,8	– 182,0	– 1 215,9
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	0,0	661,2	1 565,1
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	367,8	119,4	661,2	2 930,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne April-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten – 14,302 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Mai 2007.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt ⁴	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
			in %	Mio.	in %				Veränderung in % p. a.
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,8	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	– 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2006	39,1	0,7	51,5	3,4	8,1	2,8	2,0	2,0	17,8
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	– 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,0	1,3	18,1

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Rechenstand: 15. Mai 2007. ⁵ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: März 2007.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal) ¹	Bruttoinlands- produkt (Deflator) ¹	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ²	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ³
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	– 0,2	1,0	1,6	1,6	– 0,5
2005	1,5	0,6	– 0,8	0,9	1,4	2,0	– 0,9
2006	3,0	0,3	– 2,2	1,2	1,4	1,7	– 1,2
2001/1996	2,4	0,3	– 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,8	0,8	0,0	0,9	1,4	1,5	– 0,3

¹ Rechenstand: 15. Mai 2007. ² Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ³ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.
Stand: März 2007.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2006	13,5	14,7	122,71	108,76	44,9	39,6	5,3	4,7
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,1	5,7	95,9	62,9	38,3	34,0	4,3	2,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: März 2007.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p. a.					Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	– 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	– 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	– 0,7	67,4	69,0	0,3	– 1,1
2006	3,3	7,3	1,4	66,2	67,8	0,7	– 1,8
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,1	5,9	0,4	69,4	70,7	0,8	– 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: März 2007.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,7	2,5	2,4
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	3,1	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	4,3	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,9	3,7	3,4
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,0	2,4	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	6,0	5,0	4,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	6,2	5,0	4,7
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	2,9	2,8	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,9	2,5
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,3	0,5	1,3	1,8	2,0
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	5,2	4,3	4,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,5	3,1	2,7
Euroraum	2,4	3,5	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,7	2,6	2,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,1	6,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,1	2,3	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	11,4	8,7	8,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	9,6	7,9
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,5	7,3	6,3
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,3	0,4	3,0	2,9	3,0	2,8
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,5	6,1	6,1	5,5
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,7	6,3
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,4	3,8	3,3
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,5	6,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,1	4,9	4,9
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	3,9	2,4	2,6
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,8	2,8	2,5
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,7	3,0	2,9	2,7
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,3	2,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.
Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007
Stand: Mai 2007.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	1,9	1,7
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	1,8
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,2	3,1
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,4	2,6
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,7	2,6	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,0	2,4	2,0
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,7	1,5	2,1
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	3,0	2,3	2,3
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,6	2,7
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,7
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9
Bulgarien	5,8	2,3	6,1	6,0	7,4	4,2	4,3
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	1,9	1,9	2,2
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	5,1	5,3
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,6	7,2	6,2
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	4,7	4,4
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	2,6	1,4	2,1
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,3	2,0	2,5
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,2	1,9
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,4
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,1	2,4	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	4,0	7,5	3,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,0
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,2	1,3	2,0
EU-27	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,2	0,0	0,4
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.
Stand: Mai 2007.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,4	7,3	6,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,8	7,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,5	8,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,6	8,1	7,8
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,4	9,6	9,7	9,4	8,9	8,5
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,6	6,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,6	4,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,8	4,4	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	7,7	7,5
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	5,8	5,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,2	6,8
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,2	8,7	8,8	8,6	7,9	7,3	6,9
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	8,2	7,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,3	3,3
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	6,6	6,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,3	6,0
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,8	4,3
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,4	7,4	7,3
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	11,0	9,0
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,4	7,2	7,1
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	12,2	11,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,4	5,9
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	6,4	6,1
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,8	7,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,0	4,9
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,7	4,8	4,8
EU-27	–	–	–	8,6	9,0	9,0	8,7	7,9	7,2	6,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	4,1	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,7	5,0

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6 ↑	7,7 ↑	7,0 ↑	6,4	12,4 ↑	9,6 ↓	9,0 ↓	8,3	8,8	7,7 ↓	5,0 ↓	4,4
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7 ↑	6,4 ↓	5,9	12,7 ↑	9,7	8,1 ↓	7,5	10,9	9,8 ↓	6,2 ↓	5,0
Ukraine	2,7 ↑	7,1 ↑	5,0 ↑	4,6	13,5	9,0 ↓	11,3 ↑	10,0	2,9 ↓	-1,7 ↓	-4,1 ↓	-5,5
Asien	8,7 ↑	8,9 ↑	8,4 ↑	8,0	3,5 ↑	3,7 ↑	3,7 ↑	3,2	4,5 ↓	5,4 ↑	5,7 ↑	5,9
darunter												
China	10,4 ↑	10,7 ↑	10,0	9,5	1,8	1,5	2,2	2,3	7,2	9,1 ↑	10,0 ↑	10,5
Indien	9,2 ↑	9,2 ↑	8,4 ↑	7,8	4,2 ↑	6,1 ↑	6,2 ↑	4,3	-0,9 ↑	-2,2 ↓	-2,4 ↑	-2,3
Indonesien	5,7 ↑	5,5 ↑	6,0	6,3	10,5	13,1 ↑	6,3 ↑	5,3	0,1 ↓	2,7 ↑	1,8 ↑	1,3
Korea	4,2 ↑	5,0	4,4 ↑	4,4	2,8 ↑	2,2 ↓	2,5 ↓	2,5	1,9 ↓	0,7 ↑	0,3	0,0
Thailand	4,5	5,0 ↑	4,5 ↓	4,8	4,5	4,6 ↓	2,5 ↓	2,5	-4,5 ↓	1,6 ↑	1,5 ↑	0,9
Lateinamerika	4,6 ↑	5,5 ↑	4,9 ↑	4,2	6,3	5,4 ↓	5,2	5,7	1,4	1,7 ↑	0,5 ↓	-0,2
darunter												
Argentinien	9,2	8,5 ↑	7,5 ↑	5,5	9,6	10,9 ↓	10,3 ↓	12,7	1,9	2,4 ↑	1,2 ↑	0,4
Brasilien	2,9 ↑	3,7 ↑	4,4 ↑	4,2	6,9	4,2 ↓	3,5 ↓	4,1	1,6 ↓	1,3 ↑	0,8 ↑	0,3
Chile	5,7 ↓	4,0 ↓	5,2 ↓	5,1	3,1	3,4 ↓	2,5 ↓	3,0	0,6	3,8 ↑	2,7 ↑	-0,2
Mexiko	2,8 ↓	4,8 ↑	3,4 ↓	3,5	4,0	3,6 ↑	3,9 ↑	3,5	-0,6	-0,2	-1,0 ↓	-1,4
Venezuela	10,3 ↑	10,3 ↑	6,2 ↑	2,0	15,9	13,6 ↑	21,6 ↑	25,7	17,8 ↓	15,0 ↓	7,0 ↓	6,2
Sonstige												
Türkei	7,4	5,5 ↑	5,0	6,0	8,2	9,6 ↓	8,0 ↑	4,3	-6,3 ↑	-8,0 ↓	-7,3 ↓	-6,8
Südafrika ²	5,1	5,0	4,7	4,5	3,4	4,7	5,5	4,9	-3,8	-6,4	-6,4	-6,0

¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].

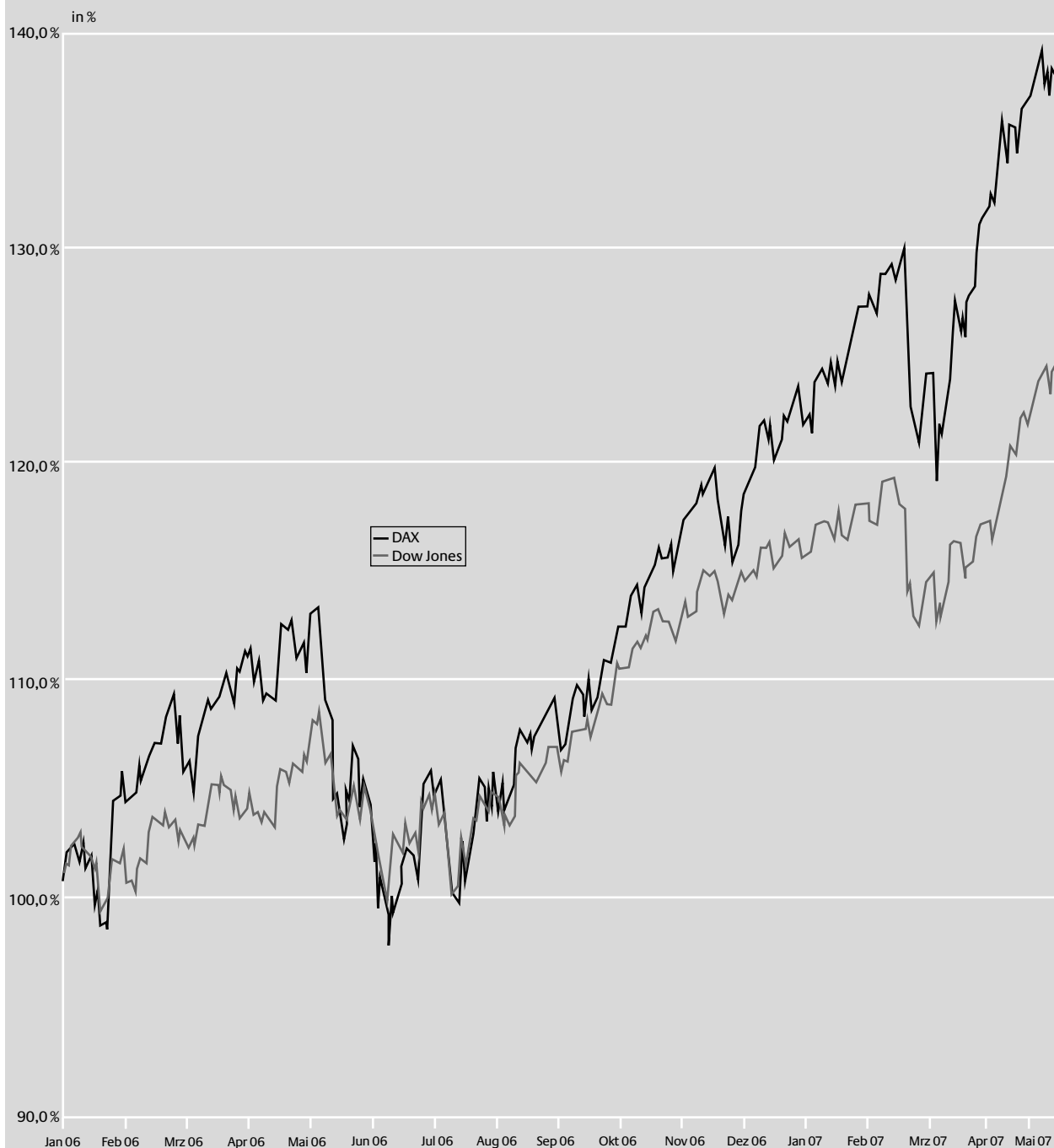
² Neu in diese Übersicht aufgenommen, daher noch keine Veränderungswerte.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2007.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %

(2. Januar 2006 bis 15. Mai 2007)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 16.5.2007	Ende 2006	Änderung in % zu Ende 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	13 384	12 463	7,4	10 667	12 511
Eurostoxx 50	3 877	3 697	4,9	3 204	3 739
Dax	7 490	6 597	13,5	5 292	6 597
CAC 40	6 034	5 542	8,9	4 615	5 618
Nikkei	17 529	17 226	1,8	14 219	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 16.5.2007	Ende 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,69	4,70	–	4,33	5,25
Bund	4,29	3,95	– 0,40	3,26	4,12
Japan	1,67	1,68	– 3,02	1,43	2,00
Brasilien	10,43	12,57	5,74	12,57	16,91

Währungen

	Aktuell 16.5.2007	Ende 2006	Änderung in % zu Ende 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,36	1,32	2,97	1,18	1,33
Yen/Dollar	120,46	119,00	1,23	110,00	120,00
Yen/Euro	163,75	157,00	4,30	138,00	157,00
Pfund/Euro	0,69	0,67	2,34	0,67	0,70

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	0,9	2,7	2,5	2,4	1,9	1,8	1,9	1,7	9,5	8,4	7,3	6,5
OECD	1,1	2,6	1,8	2,1	1,9	1,7	1,9	1,0	9,1	8,0	7,7	7,2
IWF	0,9	2,7	1,8	1,9	1,9	1,8	2,0	1,6	9,1	8,1	7,8	7,6
USA												
EU-KOM	3,2	3,3	2,2	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9	5,1	4,6	4,7	5,0
OECD	3,2	3,3	2,4	2,7	3,4	3,3	2,3	2,3	5,1	4,6	4,8	5,1
IWF	3,2	3,3	2,2	2,8	3,4	3,2	1,9	2,5	5,1	4,6	4,8	5,0
Japan												
EU-KOM	1,9	2,2	2,3	2,1	-0,3	0,2	0,0	0,4	4,4	4,1	4,1	4,2
OECD	2,7	2,8	2,0	2,0	-0,6	0,3	0,3	0,8	4,4	4,2	3,9	3,6
IWF	1,9	2,2	2,3	1,9	-0,6	0,2	0,3	0,8	4,4	4,1	4,0	4,0
Frankreich												
EU-KOM	1,2	2,0	2,4	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7	9,7	9,4	8,9	8,5
OECD	1,2	2,1	2,2	2,3	1,9	2,0	1,4	1,6	9,9	9,1	8,5	8,2
IWF	1,2	2,0	2,0	2,4	1,9	1,9	1,7	1,8	9,7	9,0	8,3	7,8
Italien												
EU-KOM	0,1	1,9	1,9	1,7	2,2	2,2	1,9	2,0	7,7	6,8	6,6	6,4
OECD	0,1	1,8	1,4	1,6	2,2	2,2	1,9	2,0	7,8	7,1	6,8	6,5
IWF	0,1	1,9	1,8	1,7	2,2	2,2	2,1	2,0	7,7	6,8	6,8	6,8
Großbritannien												
EU-KOM	1,9	2,8	2,8	2,5	2,1	2,3	2,3	2,0	4,8	5,3	5,0	4,9
OECD	1,9	2,6	2,6	2,8	2,0	2,2	2,0	1,9	4,8	5,5	5,7	5,8
IWF	1,9	2,7	2,9	2,7	2,0	2,3	2,3	2,0	4,8	5,4	5,3	5,1
Kanada												
EU-KOM	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
OECD	2,9	2,8	2,7	3,1	2,2	2,1	1,5	2,0	6,8	6,4	6,6	6,5
IWF	2,9	2,7	2,4	2,9	2,2	2,0	1,7	2,0	6,8	6,3	6,2	6,2
Euroraum												
EU-KOM	1,4	2,7	2,6	2,5	2,2	2,2	1,9	1,9	8,6	7,9	7,3	6,9
OECD	1,5	2,6	2,2	2,3	2,2	2,2	1,9	1,8	8,6	7,9	7,4	7,1
IWF	1,4	2,6	2,3	2,3	2,2	2,2	2,0	2,0	8,6	7,7	7,3	7,1
EU-27												
EU-KOM	1,7	3,0	2,9	2,7	2,3	2,3	2,2	2,1	8,7	7,9	7,2	6,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Mai 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	1,1	3,1	2,3	2,2	2,5	2,3	1,8	1,8	8,4	8,2	7,8	7,6
OECD	1,5	2,9	2,3	2,1	2,5	2,4	1,7	1,8	8,4	8,6	8,3	8,0
IWF	1,5	3,0	2,2	2,0	2,5	2,3	1,9	1,8	8,4	8,3	7,8	7,6
Finnland												
EU-KOM	2,9	5,5	3,1	2,7	0,8	1,3	1,5	1,7	8,4	7,7	7,2	6,8
OECD	3,0	5,0	2,8	2,7	0,8	1,3	1,4	1,5	8,4	7,8	7,6	7,4
IWF	2,9	5,5	3,1	2,7	0,8	1,3	1,5	1,6	8,4	7,7	7,5	7,4
Griechenland												
EU-KOM	3,7	4,3	3,7	3,7	3,5	3,3	3,2	3,1	9,8	8,9	8,5	8,1
OECD	3,7	4,0	3,8	3,8	3,5	3,4	2,9	2,8	10,4	9,6	9,2	8,8
IWF	3,7	4,2	3,8	3,5	3,5	3,3	3,2	3,2	9,9	8,9	8,3	8,5
Irland												
EU-KOM	5,5	6,0	5,0	4,0	2,2	2,7	2,6	2,2	4,3	4,4	4,5	4,6
OECD	5,5	5,1	5,1	4,5	2,2	2,8	2,8	3,0	4,4	4,4	4,4	4,4
IWF	5,5	6,0	5,0	3,7	2,2	2,7	2,4	2,1	4,4	4,4	4,5	4,7
Luxemburg												
EU-KOM	4,0	6,2	5,0	4,7	3,8	3,0	2,4	2,7	4,5	4,7	4,6	4,4
OECD	4,0	5,2	4,3	4,0	3,8	3,3	2,0	2,2	4,6	4,6	4,7	5,0
IWF	4,0	5,8	4,6	4,1	2,5	2,7	2,1	2,1	4,2	4,4	4,6	4,8
Niederlande												
EU-KOM	1,5	2,9	2,8	2,6	1,5	1,7	1,5	2,1	4,7	3,9	3,2	2,7
OECD	1,5	3,0	3,1	3,0	1,5	1,5	1,0	1,9	5,0	4,9	4,2	3,1
IWF	1,5	2,9	2,9	2,7	1,5	1,7	1,8	2,1	4,7	3,9	3,2	3,1
Österreich												
EU-KOM	2,0	3,1	2,9	2,5	2,1	1,7	1,8	1,7	5,2	4,8	4,4	4,3
OECD	2,6	3,2	2,5	2,4	2,1	1,7	1,8	2,0	5,8	5,5	5,5	5,5
IWF	2,0	3,2	2,8	2,4	2,1	1,7	1,6	1,7	5,2	4,8	4,5	4,3
Portugal												
EU-KOM	0,5	1,3	1,8	2,0	2,1	3,0	2,3	2,3	7,6	7,7	7,7	7,5
OECD	0,4	1,3	1,5	1,7	2,1	3,1	2,0	1,8	7,7	7,5	7,4	7,0
IWF	0,5	1,3	1,8	2,1	2,1	3,1	2,5	2,4	7,6	7,7	7,4	7,3
Slowenien												
EU-KOM	4,0	5,2	4,3	4,0	2,5	2,5	2,6	2,7	6,5	6,0	5,8	5,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,0	5,2	4,5	4,0	2,5	2,7	2,7	2,4	6,5	6,4	6,4	6,4
Spanien												
EU-KOM	3,5	3,9	3,7	3,4	3,4	3,6	2,4	2,6	9,2	8,6	8,1	7,8
OECD	3,5	3,7	3,3	3,1	3,4	3,5	2,7	3,2	9,2	8,4	7,8	7,6
IWF	3,5	3,9	3,6	3,4	3,4	3,6	2,6	2,7	9,2	8,5	7,8	7,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.

Stand: Mai 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,1	6,1	6,2	6,0	7,4	4,2	4,3	10,1	9,0	8,2	7,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	5,5	6,2	6,0	6,0	5,0	7,3	5,3	3,6	–	–	–	–
Dänemark												
EU-KOM	3,1	3,1	2,3	2,0	1,7	1,9	1,9	2,2	4,8	3,9	3,3	3,3
OECD	3,0	3,5	2,6	1,6	1,8	2,0	2,1	2,6	4,8	3,8	3,3	3,3
IWF	3,1	3,3	2,5	2,2	1,8	1,9	2,0	1,9	5,7	4,5	4,7	4,9
Estland												
EU-KOM	10,5	11,4	8,7	8,2	4,1	4,4	5,1	5,3	7,9	5,9	6,6	6,2
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,5	11,4	9,9	7,9	4,1	4,4	4,8	5,3	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	10,6	11,9	9,6	7,9	6,9	6,6	7,2	6,2	8,9	6,8	6,3	6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,2	11,9	10,5	7,0	6,7	6,5	7,3	6,5	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	7,6	7,5	7,3	6,3	2,7	3,8	4,7	4,4	8,3	5,6	4,8	4,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,6	7,5	7,0	6,5	2,7	3,8	3,5	3,4	–	–	–	–
Malta												
EU-KOM	3,0	2,9	3,0	2,8	2,5	2,6	1,4	2,1	7,3	7,4	7,4	7,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	2,2	2,5	2,3	2,3	2,5	2,6	2,4	2,3	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	3,5	6,1	6,1	5,5	2,2	1,3	2,0	2,5	17,7	13,8	11,0	9,0
OECD	3,5	5,1	5,1	4,8	2,2	1,4	1,9	2,3	17,7	14,2	12,6	11,3
IWF	3,5	5,8	5,8	5,0	2,1	1,0	2,2	2,9	–	–	–	–
Rumänien												
EU-KOM	4,1	7,7	6,7	6,3	9,1	6,6	4,6	4,5	7,2	7,4	7,2	7,1
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,1	7,7	6,5	4,8	9,0	6,6	4,5	5,0	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	2,9	4,4	3,8	3,3	0,8	1,5	1,2	1,9	7,4	7,0	6,4	5,9
OECD	2,7	4,3	3,6	2,9	0,5	1,4	2,2	2,5	5,8	5,5	5,3	4,3
IWF	2,9	4,4	3,3	2,5	0,8	1,5	1,8	2,0	5,8	4,8	5,5	5,0
Slowakei												
EU-KOM	6,0	8,3	8,5	6,5	2,8	4,3	1,7	2,4	16,3	13,4	12,2	11,7
OECD	6,0	8,2	8,0	5,7	2,7	4,5	2,8	2,2	16,2	13,5	12,2	11,7
IWF	6,0	8,2	8,2	7,5	2,8	4,4	2,4	2,3	–	–	–	–
Tschechien												
EU-KOM	6,1	6,1	4,9	4,9	1,6	2,1	2,4	2,9	7,9	7,1	6,4	6,1
OECD	6,1	6,2	4,8	4,6	1,9	2,8	3,4	3,1	8,0	7,3	6,8	6,3
IWF	6,1	6,1	4,8	4,3	1,8	2,5	2,9	3,0	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	4,2	3,9	2,4	2,6	3,5	4,0	7,5	3,8	7,2	7,5	7,8	7,8
OECD	4,2	4,0	2,2	3,0	3,6	3,9	6,7	4,1	7,3	7,5	7,7	7,6
IWF	4,2	3,9	2,8	3,0	3,6	3,9	6,4	3,8	–	–	–	–
Zypern												
EU-KOM	3,9	3,8	3,8	3,9	2,0	2,2	1,3	2,0	5,2	4,7	4,8	4,8
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,9	3,8	3,9	4,0	2,6	2,5	2,1	2,1	5,3	4,9	4,8	4,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
Stand: Mai 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	-3,2	-1,7	-0,6	-0,3	67,9	67,9	65,4	63,6	4,2	4,7	5,6	5,7
OECD	-3,2	-2,3	-1,4	-1,3	68,0	68,2	66,8	66,2	4,2	4,0	4,8	5,2
IWF	-3,2	-1,7	-1,3	-1,3	66,4	66,8	66,5	65,9	4,6	5,1	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	-3,7	-2,3	-2,6	-2,9	-	-	-	-	-6,2	-6,1	-5,8	-6,0
OECD	-3,7	-2,3	-2,8	-3,0	61,8	60,9	61,8	62,6	-6,4	-6,6	-6,5	-6,6
IWF	-3,7	-2,6	-2,5	-2,5	60,3	59,6	60,3	60,6	-6,4	-6,5	-6,1	-6,0
Japan												
EU-KOM	-6,4	-4,6	-3,9	-3,5	-	-	-	-	3,6	3,9	4,2	4,1
OECD	-5,3	-4,6	-4,0	-3,7	173,1	176,2	177,6	177,3	3,7	3,8	4,5	5,3
IWF	-4,8	-4,3	-3,8	-3,5	182,9	184,8	185,0	184,3	3,6	3,9	3,9	3,6
Frankreich												
EU-KOM	-3,0	-2,5	-2,4	-1,9	66,2	63,9	62,9	61,9	-2,1	-2,0	-1,9	-1,8
OECD	-2,9	-2,7	-2,5	-2,3	66,7	65,8	65,1	63,9	-1,6	-1,7	-1,8	-1,8
IWF	-2,9	-2,6	-2,6	-2,4	66,7	64,7	63,9	63,4	-1,6	-2,1	-2,2	-2,3
Italien												
EU-KOM	-4,2	-4,4	-2,1	-2,2	106,2	106,8	105,0	103,1	-1,2	-2,0	-1,7	-1,7
OECD	-4,3	-4,8	-3,2	-3,3	106,6	106,9	107,2	107,3	-1,6	-2,2	-2,2	-2,6
IWF	-4,1	-4,4	-2,2	-2,4	106,2	106,8	106,0	105,3	-1,6	-2,2	-2,2	-2,2
Großbritannien												
EU-KOM	-3,1	-2,8	-2,6	-2,4	42,2	43,5	44,0	44,5	-2,4	-3,4	-3,9	-4,1
OECD	-3,4	-3,0	-2,7	-2,6	43,0	44,2	45,4	46,5	-2,2	-2,4	-2,0	-2,1
IWF	-3,0	-2,5	-2,4	-2,2	42,7	43,2	43,6	43,7	-2,4	-2,9	-3,1	-3,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,9	0,8	0,8	70,8	68,0	66,3	64,1	2,3	1,1	0,1	0,0
IWF	1,4	0,9	0,6	0,7	78,6	74,1	70,7	66,5	2,3	1,7	0,7	0,6
Euroraum												
EU-KOM	-2,5	-1,6	-1,0	-0,8	70,5	69,0	66,9	65,0	0,0	0,0	0,2	0,1
OECD	-2,4	-2,1	-1,5	-1,4	70,8	69,9	68,6	67,5	0,0	-0,3	-0,1	-0,1
IWF	-2,4	-1,6	-1,2	-1,1	70,5	69,3	67,9	66,7	0,1	-0,3	-0,3	-0,4
EU-27												
EU-KOM	-2,4	-1,7	-1,2	-1,0	62,9	61,7	59,9	58,3	-0,5	-0,7	-0,7	-0,8

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Mai 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	-2,3	0,2	-0,1	-0,2	93,2	89,1	85,6	82,6	2,5	2,3	2,7	2,9
OECD	-	-	-0,2	-0,2	93,0	89,2	86,3	83,7	2,5	2,0	1,9	1,6
IWF	-2,3	-	-	-	-	-	-	-	2,5	2,5	2,4	2,5
Finnland												
EU-KOM	2,7	3,9	3,7	3,6	41,4	39,1	37,0	35,2	4,9	5,9	6,1	5,8
OECD	2,5	2,5	2,4	2,2	41,3	41,3	42,3	42,6	5,2	6,8	7,3	7,6
IWF	2,5	3,8	3,5	3,7	-	-	-	-	4,9	5,3	5,1	5,2
Griechenland												
EU-KOM	-5,5	-2,6	-2,4	-2,7	107,5	104,6	100,9	97,6	-9,2	-11,4	-11,0	-10,5
OECD	-5,1	-2,6	-2,6	-2,6	107,5	103,9	100,9	98,0	-7,9	-10,8	-10,1	-9,7
IWF	-4,2	-2,1	-2,0	-1,9	-	-	-	-	-6,4	-9,6	-9,3	-8,7
Irland												
EU-KOM	1,0	2,9	1,5	1,0	27,4	24,9	23,0	21,7	-3,1	-3,3	-3,9	-4,4
OECD	1,1	1,0	0,7	0,7	27,4	27,4	27,4	27,4	-2,6	-1,7	-1,3	-0,4
IWF	1,1	2,1	1,3	0,5	-	-	-	-	-2,6	-4,1	-4,4	-3,0
Luxemburg												
EU-KOM	-0,3	0,1	0,4	0,6	6,1	6,8	6,7	6,0	11,1	8,6	10,5	11,9
OECD	-1,0	-1,3	-0,8	-0,4	6,0	6,6	7,1	6,7	11,8	10,8	12,8	12,4
IWF	-1,0	-1,4	-0,9	-0,8	-	-	-	-	11,8	11,7	11,7	11,4
Niederlande												
EU-KOM	-0,3	0,6	-0,7	0,0	52,7	48,7	47,7	45,9	7,1	9,9	9,2	9,0
OECD	-0,3	-0,4	-0,2	-0,1	52,7	50,6	48,6	46,5	6,6	7,4	7,7	9,3
IWF	-0,3	0,5	0,5	0,7	-	-	-	-	6,3	7,1	7,7	7,6
Österreich												
EU-KOM	-1,6	-1,1	-0,9	-0,8	63,5	62,2	60,6	59,2	2,9	3,7	3,2	3,1
OECD	-1,6	-1,3	-1,6	-1,5	63,4	62,9	62,7	62,5	1,2	2,3	2,6	3,6
IWF	-1,6	-1,2	-1,2	-1,0	-	-	-	-	1,2	1,8	1,9	1,6
Portugal												
EU-KOM	-6,1	-3,9	-3,5	-3,2	63,6	64,7	65,4	65,8	-9,6	-9,8	-9,5	-9,0
OECD	-6,0	-4,6	-3,7	-3,4	64,0	65,6	66,4	66,8	-9,3	-8,8	-9,2	-9,9
IWF	-5,7	-3,9	-3,3	-2,6	-	-	-	-	-9,7	-9,4	-9,1	-9,1
Slowenien												
EU-KOM	-1,5	-1,4	-1,5	-1,5	28,4	27,8	27,5	27,2	-2,0	-2,7	-2,4	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,8	-0,9	-0,8	-	-	-	-	-2,0	-2,3	-2,6	-2,5
Spanien												
EU-KOM	1,1	1,8	1,4	1,2	43,2	39,9	37,0	34,6	-7,5	-8,5	-9,1	-9,7
OECD	1,1	1,4	1,2	1,4	43,1	39,8	37,0	34,3	-7,4	-8,8	-9,2	-9,6
IWF	1,1	1,8	1,3	1,1	-	-	-	-	-7,4	-8,8	-9,4	-9,8

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Mai 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	1,9	3,3	2,0	2,0	29,2	22,8	20,9	19,0	-12,0	-15,8	-16,6	-17,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-11,3	-15,9	-15,7	-14,7
Dänemark												
EU-KOM	4,7	4,2	3,7	3,6	36,3	30,2	25,0	20,0	3,6	2,5	1,9	2,3
OECD	4,6	3,4	3,2	3,2	35,9	34,1	32,3	30,6	2,9	1,3	1,8	1,3
IWF	4,6	4,2	3,4	2,5	-	-	-	-	3,6	2,0	1,7	1,9
Estland												
EU-KOM	2,3	3,8	3,7	3,5	4,4	4,1	2,7	2,3	-11,1	-14,2	-15,1	-14,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,5	-13,8	-12,9	-12,2
Lettland												
EU-KOM	-0,2	0,4	0,2	0,1	12,0	10,0	8,0	6,7	-12,6	-21,1	-22,4	-21,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-12,7	-21,3	-23,0	-22,7
Litauen												
EU-KOM	-0,5	-0,3	-0,4	-1,0	18,6	18,2	18,6	19,9	-6,9	-10,7	-12,4	-13,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,1	-12,2	-12,3	-11,0
Malta												
EU-KOM	-3,1	-2,6	-2,1	-1,6	72,4	66,5	65,9	64,3	-8,3	-6,3	-5,6	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,5	-11,2	-11,5	-11,0
Polen												
EU-KOM	-4,3	-3,9	-3,4	-3,3	47,1	47,8	48,4	49,1	-1,7	-2,3	-3,1	-4,3
OECD	-2,4	-2,2	-1,8	-1,6	42,0	45,5	45,2	42,2	-1,7	-2,1	-1,9	-1,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-1,7	-2,1	-2,7	-3,6
Rumänien												
EU-KOM	-1,4	-1,9	-3,2	-3,2	15,8	12,4	12,8	13,1	-8,7	-10,3	-12,1	-12,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,7	-10,3	-10,3	-9,8
Schweden												
EU-KOM	2,1	2,2	2,2	2,4	52,2	46,9	42,1	37,7	5,8	7,0	7,5	7,5
OECD	2,8	2,9	2,4	2,6	50,4	47,0	43,4	39,7	6,0	7,1	7,5	7,6
IWF	2,8	2,8	2,3	2,6	-	-	-	-	7,0	7,4	6,6	6,8
Slowakei												
EU-KOM	-2,8	-3,4	-2,9	-2,8	34,5	30,7	29,7	29,4	-7,9	-7,7	-4,2	-3,7
OECD	-3,1	-3,7	-2,7	-2,2	34,5	30,9	27,7	24,6	-8,7	-6,4	-3,9	-3,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,6	-8,0	-5,7	-4,6
Tschechien												
EU-KOM	-3,5	-2,9	-3,9	-3,6	30,4	30,4	30,6	30,9	-2,7	-4,1	-3,0	-2,7
OECD	-3,6	-3,7	-4,1	-4,3	30,3	32,2	34,2	36,4	-2,1	-2,9	-2,0	-2,0
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,6	-4,2	-4,1	-4,2
Ungarn												
EU-KOM	-7,8	-9,2	-6,8	-4,9	61,7	66,0	67,1	68,1	-6,8	-5,9	-3,5	-2,2
OECD	-6,5	-8,7	-5,4	-4,3	57,7	62,0	62,5	62,8	-6,7	-7,3	-6,3	-5,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,7	-6,9	-5,7	-4,8
Zypern												
EU-KOM	-2,3	-1,5	-1,4	-1,4	69,2	65,3	61,5	54,8	-5,6	-5,9	-5,6	-5,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-1,4	-1,6	-0,9	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-5,2	-5,1

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2006.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Mai 2007.



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, MAI 2007

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:
TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/MINUTE)
PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.